

wald, betreffend die Errichtung einer dislozierten Klasse der Musikschule Murau und St. Peter am Kammersberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichtinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (14.47 Uhr): Die Vorlage betrifft die Errichtung einer dislozierten Klasse der Musikschule Murau in St. Peter am Kammersberg, wo Schwierigkeiten wegen mangelnder Busverbindungen nach Murau aufgetreten sind und die Eltern gezwungen waren, ihre Kinder privat zum Unterricht zu bringen. In Anbetracht des förderungswürdigen Bestrebens der Marktgemeinde St. Peter am Kammersberg wurde im Rahmen des Stellenplanes des Landes für die Musikschule Murau ein dislozierter Unterricht in St. Peter am Kammersberg ab sofort im Ausmaß von mindestens einem halben Dienstposten gesichert. Ich bitte um die Annahme. (14.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

15. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1238/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 1989.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (14.49 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Es liegt ein umfangreicher, beachtenswerter Bericht des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, über das Jahr 1989 vor. Dieser Bericht umfaßt 148 Seiten. Ich werde Ihnen den Suggus aus diesem Bericht vortragen und dann um Annahme dieses Berichtes ersuchen. Der Bericht wurde von der Abteilung für Wissenschaft und Forschung auf der Grundlage der Mitteilungen der einzelnen kontaktierten Stellen zusammengestellt. Nach der Bundesverfassung wäre an sich für die Förderung von Wissenschaft und Forschung einzig und allein die Bundesregierung nach Artikel 10 zuständig. Aber, wie es der Herr Landesrat Dr. Klauser auch Vormittag gesagt hat, das Land hat nicht nur Hoheitsverwaltung, sondern auch Privatwirtschaftsverwaltung nach Artikel 17 der Bundesverfassung wahrzunehmen, und so hat eben das Land Steiermark nach Artikel 17 der Bundesverfassung seit eh und je die Förderung der Wissenschaft und Forschung im Rahmen des Landes und des Landesbudgets wahrgenommen.

Allein vier Bereiche sind es, in denen das Land Steiermark erfolgreich fördert. Erstens die Tätigkeit von den Landesdienststellen aus, zweitens Forschungsgesellschaft Joanneum Ges. m. b. H., drittens Forschungseinrichtung historische Landeskommission und viertens Energieforschung einschließlich Energiesparen.

Zum ersten Bereich: Tätigkeit von Landesdienststellen. Da ist die Tätigkeit der Präsidialabteilung zu

nennen. Das Land Steiermark ist Gründungsmitglied der 1978 ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, einer sehr großartigen Einrichtung, die ja jetzt zum Trigon, Pentagonale, erweitert worden ist, zu dem insgesamt 15 größere Bereiche, Hochschulbereiche, Universitäten dieses Raumes gehören. Dieser Tätigkeitsbereich bezieht sich auf den ganzen Raum der Alpen-Adria, und hier ist gerade die Grazer Universität unterstützt vom Land Steiermark, führend tätig. Im Jahre 1989 wurden 11,4 Millionen Schilling ausgegeben. Im universitären Bereich wurden den folgenden Instituten Landesmittel zugeführt: dem Außeninstitut der Universität Graz unter Prof. Brunner, Berufs- und Informationsmesse der Universität, dann David-Herzog-Fonds, Prof. Höflechner, Institut für österreichische Rechtsgeschichte, Institut für Politikwissenschaft und Verwaltung. Dann geburtshilfliches gynäkologisches Institut, vom Land gefördert und unterstützt, zusätzlich zu dem, was von der Universität direkt kommt.

Institut für klassische Archäologie: Meine Damen und Herren, dieses Institut leistet Ungeheures im Rahmen der archäologischen Forschung im Land Steiermark und wird daher auch vom Land unterstützt. Die Ausgrabungen unten in Flavia Solva, Herr Kollege Trampusch, und sonst im Rahmen der ganzen archäologischen Forschung des Landes Steiermark.

Dann kommt das Ludwig-Boltzmann-Institut unter Professor Götschl, Institut für Weltraumforschung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Förderung der Hochseebiologie usw. Ich könnte hier noch sieben Institute aufzählen. Dann kommt das Landesmuseum Joanneum mit seinen 16 Abteilungen. Dazu gehört das steirische Landesarchiv, die Rechtsabteilung 8, die Landesversuchsanstalt für Spezialkulturen im Bereich „Wasser und Wirtschaft“ und Weinkultur. Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen, ARGE für Raps, Rechtsabteilung 14, Wohnbauforschung, Handbuch für Energieberater. Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, Fachabteilung Landesbaudirektion, wasserwirtschaftliche Rahmenplanung, Fachabteilung I a, Fachabteilung III a.

Dann kommt die Fachabteilung für das Forstwesen, Abteilung für Katastrophenschutz, alles Bereiche im Rahmen der Landesdienststellen, die vom Land gefördert werden und wissenschaftliche Leistungen vollbringen. Dabei ist es sehr wichtig, daß der oberste Auftrag, wie es Landeshauptmann Krainer auch in seinem Vorwort gesagt hat, Aufgabe im Dienst des Landes, die Umsetzung, Transferierbarkeit auch zugunsten der Wirtschaft erfolgt.

Zweiter Bereich dieser Forschungsgesellschaft Joanneum Ges. m. b. H.: Wir wissen, daß diese Forschungsgesellschaft eine Umstrukturierung in den letzten Jahren erfahren hat und daß eben mit 1. Jänner 1987 diese als Ges. m. b. H. eingerichtet wurde, daß diese Ges. m. b. H. schwere Forschungsschwerpunkte im Bereich der Biotechnologie, der Elektrotechnik, Elektronik und in verschiedenen Fachbereichen gesetzt hat. Allein vier Fachbereiche seien hier genannt: Geowissenschaft und Umwelt, Biotechnologie und Umwelt, Elektrotechnik und Informationsverarbeitung sowie Werkstoffe und Verarbeitung, Laserzentrum im Raum Leoben.

Und dann kommt drittens: große Forschungseinrichtung, historische Landeskommission. Bereits 1892 gegründet, 1992 werden wir die Hundert-Jahr-Feier dieser Forschungskommission für Landesgeschichte begehen. 1989 wurden 17 Forschungsaufträge vergeben und Publikationsprodukte vorgelegt. Eine bedeutende Sache ist dieses Landesforschungsinstitut, die historische Landeskommission für Steiermark, eine bedeutende Leistung, die in der Welt durch die Publikationen, die sie herausgebracht hat, größtes Ansehen genießt.

Und dann kommt viertens die Energieforschung und Energiesparen: Landesdienststellen: Abteilung für Wissenschaft und Forschung, Rechtsabteilung 12, dann Rechtsabteilung 14, Wärmesonderförderung, Forschung für Fernwärmeanschlüsse, Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, und dann noch dazu die Fachabteilung IVb, die Forschungsgesellschaft am Institut für Geothermie, STEWEAG, auch im Rahmen der Forschung dienend. Dann eben die einzelnen Institute, die noch da erwähnt seien.

Meine Damen und Herren, das Land Steiermark hat, einzigartig dastehend, für Forschung, Wissenschaft Millionen ausgegeben und steht an zweiter Stelle der Bundesländer neben Wien, neben dem Boltzmann-Institut hinter anderen. Und dieser Forschungsbericht von 148 Seiten, der dann der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden wird, kann sich sehen lassen.

Ich beantrage die Annahme dieses Forschungsberichtes. (14.56 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (14.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter DDr. Steiner hat sehr temperamentvoll wieder seinen Vortrag gemacht und sehr viel über diesen Bericht ausgesagt.

Die Steiermärkische Landesregierung legt uns ja alljährlich diesen Bericht vor, einen Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung. In diesem Bericht ist kompetenzmäßig nicht eingeschlossen ein Bericht über die steirischen Universitäten.

Hingegen nehmen, wie schon der Berichterstatter gesagt hat, die landeseigene Forschungsgesellschaft Joanneum und die Abteilung für Wissenschaft und Forschung einen breiten Raum ein. Der ganze Bericht hat 148 Seiten, und der Herr Berichterstatter hat bereits aufgezählt, welche Kapitel hier besonders behandelt werden. Zu den Zielen der Abteilung für Wissenschaft und Forschung gehört aber vor allem auch die Zusammenfassung der Förderungen und Aktivitäten im Bereich von Wissenschaft und Forschung sowie der landesinternen Koordinierung dieser Tätigkeit. Ich glaube, daß gerade diese landesinterne Koordinierung besonders wichtig ist. Und laut diesem 148 Seiten umfassenden Bericht hat die Abteilung für Wissenschaft und Forschung folgende Aufgaben, die mir sehr wichtig erscheinen: Projektförderung und Reisekostenzuschüsse für die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen und die Verwaltung des Wissenschafts- und Forschungsfonds, die Förderung universitärer und außeruniversitärer wissenschaftlicher Institutionen, die

Förderung von wissenschaftlichen Kongressen, Symposien in der Steiermark, die Förderung von wissenschaftlichen Publikationen – ein ganz entscheidender Faktor –, die Koordinierung der Rohstoffenergie- und Umweltforschung auch im Rahmen der Bundesländerkooperation, wie bereits auch der Berichterstatter ausgeführt hat, die Vergabe von Studienbeihilfen und die Vergabe von Forschungspreisen.

Es würde, sehr geehrte Damen und Herren, sicher den zeitlichen Rahmen sprengen, zu allen 148 Seiten Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir aber, daß ich zu einigen Punkten Stellung nehme, die mir besonders wichtig erscheinen. Im Rahmen des Kapitels „Wissenschaftspflege“ standen im Jahre 1989 insgesamt 2.059.000 Schilling zur Verfügung. Allein aus dem Bericht ist ersichtlich, daß dieser Betrag wesentlich zu gering angesetzt war und schon wichtige Vorhaben nicht durchgeführt werden konnten. Ich glaube also hier, daß unbedingt eine Aufstockung notwendig ist.

Ein besonders wichtiges Kapitel stellt die Förderungspost für die steirischen Hochschulen dar. Wir haben erst vor kurzem in Leoben 150 Jahre Montanuniversität Leoben gefeiert, und ich muß Ihnen sagen, daß es für alle Anwesenden an diesen vier Tagen erhebend war zu sehen, was an so einer Universität geleistet wird, geleistet wurde, und vor allem wurde uns auch bewußt, daß hier noch mehr Förderung unbedingt notwendig ist. Wie wichtig gerade die Förderung der steirischen Hochschulen ist, ist uns an der Präsenz der ausländischen Teilnehmer ersichtlich geworden, und wenn wir im Bericht zurückblättern und hören, daß bereits in den letzten zehn Jahren 75.000 Wissenschaftler in der Steiermark bei Tagungen und Symposien anwesend waren, so zeigt das, daß hier echt gute Arbeit geleistet wurde.

Für alle Wissenschaftler an den hohen Schulen in der Steiermark ist es eine Verpflichtung und Notwendigkeit zugleich, in der Forschung die internationale Öffentlichkeit zu suchen, und wir alle, die wir immer wieder die Gelegenheit haben, auch Publikationen zu lesen, sehen, daß das in reichem Maße gemacht wird. Es wäre daher meiner Ansicht nach in Zukunft vor allem auch notwendig, bei der Durchführung internationaler wissenschaftlicher Veranstaltungen – das möchte ich heute ganz besonders betonen – neben Graz auch Leoben in den Vordergrund zu stellen. Es sind nun in Leoben alle Voraussetzungen einer Kongreßtätigkeit gegeben, und gerade diese 150-Jahr-Feier und auch die Ergebnisse einer Befragung der Hochschulen, wo diese relativ kleine Universität an der Spitze steht, zeigen, daß hier besondere Förderungen auch kongreßmäßig notwendig sind.

Und nun zu einem Kapitel, das mich auch besonders beschäftigt hat, das sind die Studienbeihilfen, die das Land Steiermark pro Studienjahr gibt. Wir alle wissen, daß nach dem Studienförderungsgesetz 1983 der Bund für Stipendien zuständig ist. Aber meist bedingen die Stipendien, die von der Steiermark aus gegeben werden, eine Einkommensgrenze von 13.000 Schilling. Diese Einkommensgrenze ist unbedingt zu niedrig, und wir sehen das allein schon daran, daß nur 34 Normalstipendien im Gesamtbetrag von 196.000 Schilling ausgegeben wurden. Also, hier ist eine Anhebung der Nettoeinkommensgrenze unbedingt notwendig. Man sieht allein schon bei den Begabtenstipendien, die 68

ausmachen um 368.000 Schilling, daß hier die Familienbeihilfe zum Nettoeinkommen mitgerechnet, 18.000 Schilling als Ansatz haben, und hier sieht man, daß bereits ein wesentlich größerer Teil von Studenten in den Genuß dieser Begabtenstipendien kommt. Die Einkommensgrenze ist meiner Ansicht nach eine Barriere für viele, daß sie nicht zu diesen Stipendien kommen. Als besonders erfreulich möchte ich sagen aus dem Bericht sind die 39 Auslandsstipendien mit einem Betrag von insgesamt 302.000 Schilling. Wir alle müssen trachten, daß unsere Studenten die Möglichkeit haben, Auslandserfahrungen zu haben. Ich glaube, auch hier wird der Ansatz in nächster Zeit sicher verstärkt werden müssen. Was auch reformbedürftig ist, ist die Studienbeihilfe für studierende Mütter. Derzeit erhalten studierende Mütter mit dem ordentlichen Wohnsitz außerhalb von Graz bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen für die Dauer eines Jahres nach der Geburt des Kindes eine monatliche Studienbeihilfe. Im Budgetjahr 1989 wurden zwölf derartige Studienbeihilfen mit einem Betrag von 94.000 Schilling vergeben. Auch hier ist eine Ansatzverstärkung sicher notwendig und erfreulich. Sehr geehrte Damen und Herren! Viele Hörer sind meiner Ansicht nach nicht in der Lage, auch die Akademie in Wien zu besuchen, weil ganz einfach bei der Akademie für die Ausbildung von Diplomaten die Studiengebühren, die zu tragen sind, sehr hoch sind. Es ist zwar so, daß wir 80.000 Schilling, zwei Jahresbeträge, zuschießen, aber allein aus der Statistik dieser Akademie ist ersichtlich, daß der Anteil der Wiener sehr hoch ist. Ganz klar, weil sie auf Grund der räumlichen Nähe geringere Ausgaben haben. Ich glaube also, daß es hier unbedingt notwendig ist, diese 80.000 Schilling zu erweitern. Sie sind bis jetzt ein sehr gut angelegtes Geld. Ausbaufähig erscheinen mir auch die Mensabeihilfen für bedürftige Studenten, die über Vorschlag der österreichischen Hochschülerschaft 2800 Schilling pro Semester betragen. Wir alle, die wir mit Studenten zu tun haben, wissen, daß hier noch immer Not am Mann ist und daß sehr viele Studenten unbedingt noch in den Genuß dieser Beihilfe kommen müssen. Ich glaube, wir sollten allgemein alles daransetzen, um zu einer Verbesserung der sozialen Lage unserer Studierenden durch Anhebung und Ausbau der Studienförderung und vor allem durch bessere Vorsorge zu kommen, vor allem auch für studentengerechte Wohnmöglichkeiten zu sorgen. Die Zahl der Studierenden wird in Zukunft nicht mehr sehr anwachsen, wir haben derzeit 180.000 Studenten, und es wird prognostiziert, daß bis zum Jahre 1995 183.600 Studenten sein werden. Ab diesem Zeitpunkt ist also eine Stagnation vorgezeichnet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein vorrangiges Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muß es aber auch weiterhin sein, die Betreuungsintensität im Wissenschaftsbereich zu erhöhen und vor allem auch das Lehrangebot zu erweitern. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Wien ist auch eine deutliche Anhebung der Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung. Sie soll von derzeit 1,36 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahre 2000 auf 2,5 Prozent angehoben werden. Es ist aber auch unbedingt notwendig, die Forschungsleistungen der Wirtschaft zu verstärken. Ich weiß, daß die Wirtschaft sehr viel tut, aber auch hier ist eine Verstärkung notwendig, um ein

Ausgabenverhältnis von zwei zu eins zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand, wie wir es bereits in Schweden, Deutschland und in der Schweiz haben, auch bei uns zu erreichen. Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich feststellen, daß die Erhaltung des im Jahre 1970 von der SPÖ geschaffenen Zukunftsministeriums für Wissenschaft und Forschung, das für die Forschungsorganisation, Forschungskoordination und Forschungsförderung sowie für den gesamten postsekundären Bildungsbereich einschließlich der Erwachsenenbildung zuständig ist, auch in Zukunft unbedingt notwendig ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.09 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (15.09 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die bisherigen Beiträge haben schon gezeigt, daß dieses Kapitel in Nüchternheit und Ruhe abgehandelt wird, wie es der Wissenschaft auch zukommt. Ich darf vielleicht an den Anfang eine Beobachtung stellen, daß Wissenschaft und Forschung in Österreich ganz sichtbar in eine völlig neue Phase kommen. Ich möchte diese Phase charakterisieren durch zwei Schlagworte: „Internationalisierung“ auf der einen Seite, „Regionalisierung“ auf der anderen. Das klingt zunächst wie ein Widerspruch, ist es aber nicht. Internationalisierung: Wenn Sie sich den Wissenschaftsbericht anschauen, gibt es drei internationale Forschungsfelder, denken Sie an das Riedler-Institut, Weltraumforschung, Satellitenforschung und so weiter, wo die Wissenschaft überhaupt nur durch Kooperation weit über die österreichischen Grenzen hinaus möglich ist, aber nunmehr als neue Forschungsvorhaben Teilnahme an europäischen Programmen. Ich bin wirklich dankbar, daß sich das Land Steiermark entschlossen hat, an sämtlichen Programmen der EG und der verwandten Institutionen teilzunehmen. Warum? Weil durch einen gewissen Beitrag ungleich mehr Forschungsgeld nach Österreich fließen kann. Das heißt, die europäischen Forschungsmöglichkeiten müssen von uns auf jeden Fall aufgemacht werden. Dazu ist aber gleichzeitig eine gewisse Regionalisierung notwendig. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Die Steiermark gibt für Forschung und Wissenschaft rund 320 Millionen Schilling aus, wenn Sie alles zusammenrechnen. Das ist so viel, wie Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg gemeinsam ausgeben. Wien gibt mehr aus als wir, etwa 500 Millionen, aber wir sind schon an zweiter Stelle mit diesem Betrag. Durch diese Regionalisierung wird es möglich, daß es das Land Steiermark den Universitäten und Forschungseinrichtungen, wie vorhin der FGJ, ermöglicht, tatsächlich an europäischen Vorhaben teilzunehmen. Wir müssen hier gewisse Mittel investieren, damit Forschungsmittel auch wieder zurückkommen ins Land und wieder verwertet werden können. Dieser neue Hinfluß und Rückfluß, der sich jetzt – bevor wir noch in der EG sind – durch die Vereinbarung des Wissenschaftsministers mit den EG-Behörden ergeben, wollen wir in der Steiermark nützen.

Ein zweiter Aspekt: In den Koalitionsverhandlungen ist festgestellt worden, daß die Regionalisierung und Autonomie der Hochschulen ein wichtiges Ziel ist. Warum? Hochschulen können nur funktionieren als Betriebe. Sie können nicht bürokratisch-zentralistische Anstalten sein. Übrigens so wenig wie Schulen, um das in Klammer zu setzen. Und die Hochschule als Betrieb bedarf einer hohen Autonomie. Und es wird in Zukunft der Fall sein, daß die Hochschulen, wenn das Koalitionsprogramm Wirklichkeit wird, tatsächlich eine ungleich höhere Autonomie eingeräumt erhalten als jetzt. Sie müssen sich etwa vorstellen, daß der Rektor der Grazer Universität im Grund ein Budget hat, das weit über die 100 Millionen hinausgeht, also ohne die Personalkosten jetzt im einzelnen weit über die 100 Millionen Schilling. Er selbst kann aber nicht einmal über 5 Millionen Schilling verfügen. Er muß in allem und jedem irgendeinen Ministerialrat fragen, ob er das oder jenes anschaffen darf, ob ein Institut so oder so ausschauen soll, und das ist ein mühseliger Prozeß, der noch aus der Zeit der Monarchie stammt, wo die Obrigkeit in Wien alles zu sagen hatte. Das entspricht in keiner Weise der Beweglichkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen, wie wir sie heute brauchen, um eben in Europa bestehen zu können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen dritten Aspekt bringen. Universitäten allein sind, wie Sie wissen, nicht die Träger der steirischen Wissenschaftspolitik und Forschungspolitik, sondern daneben haben wir seit 25 Jahren die Forschungsgesellschaft Joanneum in verschiedenen Variationen, und diese Gesellschaft ist ebenso auf einem neuen Weg gegenüber Europa, aber auch auf einem neuen Weg hier in der Steiermark durch Öffnung ihrer Politik. Nehmen Sie etwa das Institut von Prof. Rauch – Informationsentwicklungssystem, Systementwicklung von Pribyl, wo wir auch hier steirisch vollkommen neue Wege gehen. Nehmen Sie aber auch, was Ussar schon gesagt hat, die wichtige Kooperation FGJ – Jeglitsch und Bund in allen Energierohstofffragen, so daß diese Institution mit ungefähr 160 Millionen Schilling Umsatz und 250 Mitarbeitern eine der wesentlichsten Forschungsinstitutionen Österreichs darstellt. Auf diesen beiden Beinen, Hochschulen einerseits und FGJ andererseits, möchten wir die Internationalisierung und Regionalisierung der steirischen Forschungspolitik erreichen.

Vierter Punkt und letzter Punkt: Es ist bei den Diskussionen rund um eine Neuordnung des postsekundären Schulwesens folgender Befund herausgekommen: Wir haben an den österreichischen Hochschulen rund 190.000 Studenten, und diese 190.000 Studenten kehren, darüber haben wir hier schon geredet, zu 60 Prozent bereits nach einer gewissen Zeit als bemooste Häupter, Altmaturanten wieder zurück. Das ist ein ungeheurer Effizienzverlust. In der Steiermark sind es 45.000 Studenten, und davon kehren mehr als 60 Prozent wieder zurück. Warum? An der Technischen Universität ist die Nichterfolgsquote zum Teil über 70 Prozent, auf der Architektur sogar noch höher. Das heißt, daß eine ganze Reihe junger Menschen das Falsche tun, nicht das machen, was sie eigentlich können, was sie eigentlich machen sollten, sondern ein Studium absolvieren, das falsch ist. Um das in einem Vergleich zu bringen: Die Hochschulen der Schweiz

haben 80.000 Studenten und jährlich 6900 Abschlüsse. Die österreichischen Hochschulen haben 190.000 Studenten und jährlich 7200 Abschlüsse, also fast dasselbe bei einer riesigen Menge. Daher hat nunmehr in der Koalitionsverhandlung Einhelligkeit bestanden, daß wir neben den Universitäten Fachhochschulen errichten, die drei Jahre dauern, damit Europeaniveau haben und für Verwaltungsberufe, Techniker, Sozialberufe, Pflegeberufe, Journalisten eine Möglichkeit bieten, einen Hochschulabschluß zu bekommen. Ich bin überzeugt, daß damit ein Großteil der Studenten, die bislang fälschlicherweise aus Verzweiflung, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Universität besuchen, künftighin an die Akademie gehen werden. Gleichzeitig begrüße ich es, daß private Institutionen, wie das BFI und WIFI, bemüht sind, durch Berufsakademien Maturanten der AHS und BHS ebenfalls für Berufe zu qualifizieren, so daß wir auch hier die Bedürfnisse der Wirtschaft mit den Interessen der Studenten in ein optimales Verhältnis bringen. Ich darf resümieren: Die Steiermark braucht sich mit ihrer Wissenschaftsförderung nicht zu verstecken. Wir sind so stark und so gut wie drei andere Bundesländer zusammen in dieser Förderung, wir haben durch die Öffnung in Gestalt der FGJ, aber auch der Universitäten selbst, die Internationalisierung, die notwendig ist; mitgetragen und werden sie zukünftig mittragen, und wir haben durch die Regionalisierung und Autonomie den Universitäten und Forschungseinrichtungen künftig die Möglichkeit eingeräumt, daß sie beweglich auf die Anforderungen reagieren. Und schließlich werden wir durch Einführung von Fachakademien jenen fehlgeleiteten Teil der Hochschüler in eine sinnvolle Beschäftigung bringen, wo auch die Wirtschaft zufrieden ist, aber wo auch der einzelne Absolvent zufrieden ist, weil er das macht, was ihm Freude macht. Darum ist die Montanistische Hochschule zum Beispiel die beliebteste in Österreich, weil sie am kürzesten ist und berufsbezogen ist und weil man relativ rasch einen Job bekommt, wenn man da drinnen war. Das sind also die Kriterien, die man eigentlich für Fachhochschulen anwenden sollte. Kurze Studiendauer, berufsbezogen und in enger Kooperation mit der Wirtschaft neben dem Hochschulstudium, das eben eine andere Ausrichtung hat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 15.19 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (15.19 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Vorwort zum sehr umfangreichen steirischen Wissenschaftsbericht 1989 hat der Herr Landeshauptmann gemeint, ich zitiere: „Forschung ist Investition in die Zukunft und deshalb für eine vorausschauende Politik lebensnotwendig, sie ist aber auch mit dem Risiko behaftet, das gesteckte Ziel nicht oder nur teilweise zu erreichen.“ Und weiters hat er gemeint: „Die Förderung von Wissenschaft und Forschung dient daher der Vorsorge für die Zukunft unseres Landes, unter anderem auch der Risikoabdeckung.“ Ich glaube, diese beiden Sätze sagen eigentlich alles, worum es dem Land Steiermark, uns allen, der Landesregierung, dem Landtag hier gehen muß bei der Wissenschafts- und Forschungsförderung.

Meine Damen und Herren, ich möchte nichts wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben, wenn ich mir auch höflichst erlaube, den Herrn Landtagskollegen Univ.-Prof. Schilcher etwas zu korrigieren. Die Montanuniversität Leoben ist zwar sehr beliebt und bildet auch wunderbar aus, aber hat keine kurze Studiendauer. Der Durchschnitt des Studiums beträgt an sich sechs bis sieben Jahre. Es gibt Wunderkinder, die es darunter machen. Aber es ist bitte an sich für Techniker nicht unbedingt ein kurzes Studium. Es ist nur, Gott sei Dank, ein sehr umfangreiches und vor allem hochschulpräsenzerforderliches Studium.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, weil es heuer, und zwar vor ganz kurzer Zeit, dieses 150jährige Bestehen der Montanuniversität gegeben hat, das auch ordentlich gefeiert wurde, ein wenig über Leobener Angelegenheiten zu reden. Die Montanuniversität Leoben und die in Leoben und Umgebung situierten FGJ-Einrichtungen sind sehr stark und sehr positiv von der Wissenschaftsförderung des Landes Steiermark betroffen. Wie wir alle wissen und das auch hier nachlesen können, sind diese Landesmittel außerordentlich gut angelegt. Kollege Univ.-Prof. Schilcher hat schon angedeutet, um was es zum Beispiel bei der Rohstoffforschung geht, und wir können diese Erfolge, die daraus für uns alle erwachsen, immer wieder feststellen, vor allem dann, wenn uns diese Erfolge von hohen ausländischen Gästen bestätigt werden. Und wenn eine Universität, die nicht zu den großen Universitäten gehört, sondern eher zu den kleinen, eigentlich die kleinste in Österreich ist, wie die Leobener Montanuniversität, zu ihrem Jubiläum Vertreter von 35 in- und ausländischen Universitäten begrüßen kann, wenn von Moskau, über amerikanische Vertreter, über Ostblockvertreter alles vorhanden ist, was nur irgendwie mit Montanwesen, mit Technik und natürlich auch, was die österreichischen Universitäten betrifft, mit österreichischem Universitätsgeist zu tun hat, und diese unisono der Leobener Montanuniversität bestätigen, daß sie eine ganz, ganz ausgezeichnete Ausbildungsstätte für unsere Jugend ist, dann ist das schon etwas, das uns auch letztlich, da wir bescheidenermaßen auch durch finanzielle Mittel zu diesem Erfolg beitragen, stolz machen kann.

Meine Damen und Herren! Es hat, auch das hat schon Univ.-Prof. Dr. Schilcher erwähnt, vor etwa einem halben Jahr ein ÖH-Profil-Ranking gegeben, das ist also der Versuch, durch Umfragen unter allen österreichischen Studenten eine Art Rangliste der österreichischen Universitäten herzustellen, und in diesem Ranking hat sich gezeigt, daß die Montanuniversität mit sehr deutlichem Abstand an die erste Stelle aller Universitäten gesetzt wurde. Und es hat dann ein weiteres Spiel gegeben. Der „Spiegel“ hat dasselbe in Deutschland mit den Studenten durchgeführt, und dann hat man diese beiden inoffiziellen Wettbewerbe gekoppelt und hat die Resultate verglichen und auf einen Nenner gebracht. Und da ist wiederum die Montanuniversität Leoben auf den ersten Platz gesetzt worden. Das immerhin unter 63 Universitäten im deutschsprachigen Raum. Und nicht nur die Montanuniversität hat so ausgezeichnet abgeschnitten, an siebenter Stelle von 63 liegt die Technische Universität Graz. Und für eine große Universität ganz ausgezeichnet auch die Universität Graz an 19. Stelle von 63. Das

ist doch ein ausgezeichnete Erfolg für eine Massenuniversität, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf. Nun, meine Damen und Herren, ich habe gestern ein Gespräch mit dem Rektor der Montanuniversität Prof. Dr. Jeglitsch geführt. Er hat mir gesagt, wie sehr er der Steiermärkischen Landesregierung und dem Landtag für die Zurverfügungstellung dieser Mittel dankbar ist. Wie sehr er dankbar ist für die Schaffung des Laserzentrums in Niklasdorf. Sie wissen, was Lasertechnologie heute bedeutet in der Verarbeitung neuer Werkstoffe, beim Schneiden, Schweißen und Bearbeiten. Er hat mir mitgeteilt, daß er sich ganz besonders und selbstverständlich mit ihm seine Kollegen auch im Mittelbau darüber freuen, daß das Land Steiermark sich sehr wesentlich auch an der Finanzierung der neuen Leobener Lehrkanzel für Umwelttechnik und Recycling beteiligen wird. Ich habe heute schon einmal hier von dieser Stelle aus die Niklasdorfer Steinbeiß-Aktivitäten gelobt, weil es dabei auch um Umwelttechnik gegangen ist und um Umweltschutz. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, wenn das Land Steiermark sich auch – wie es schon vom Herrn Landeshauptmann zugesagt wurde – an der Finanzierung dieser neuen, für Leoben vorgesehenen Lehrkanzel beteiligt. Und nun hat mir der Rektor der Montanuniversität etwas aufgetragen. Er hat gesagt, wenn er wüßte, und er hofft es, daß er Resonanz findet, möchte er sich gerne persönlich beim Steiermärkischen Landtag und bei der Landesregierung bedanken. Er würde uns oder zumindest eine zahlenmäßig nicht zu kleine Delegation des Steiermärkischen Landtages bei Gelegenheit, vielleicht im Frühjahr, nach Leoben einladen, um dem Steiermärkischen Landtag und natürlich auch der Landesregierung, die das viel hautnaher mitbekommt, zu zeigen, was mit diesen Geldern, die wir zur Verfügung stellen, geschieht. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn diese Einladung beim Präsidenten des Steiermärkischen Landtages eintrifft, sollten wir sie nicht übersehen. Wir sollten sie annehmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.28 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (15.28 Uhr): Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Das ungeheure Lob, das meine beiden Vorredner an die Universitäten ausgesprochen haben, und das Bekenntnis, das insbesondere Herr Univ.-Prof. Schilcher zur Autonomie dieser Universitäten ausgesprochen hat, haben mich dazu verlockt, hier von dieser Stelle und im Zuge dieser Diskussion anzumerken, daß die Medaille auch eine zweite Seite hat. Wir haben uns selber alle, die wir irgendwann einmal in der Hochschulpolitik tätig waren, dazu gehört auch Herr Univ.-Prof. Schilcher, immer wieder dafür eingesetzt, daß das Wesentlichste ist, daß unsere hohen Schulen von jeglichem politischen Einfluß, insbesondere was den persönlichen Bereich beinhaltet, freigehalten werden. Und da muß, wenn es eine solche Diskussion zu diesem Zeitpunkt in diesem Haus gibt, angemerkt werden, daß gerade zum jetzigen Zeitpunkt in diesem Augenblick an der Grazer Universität ein Besetzungsvorgang läuft, der all den Sonntagsreden und Beteuerungen bezüglich der Autonomie unserer Universitäten Hohn spricht. Es handelt sich um die geplante Besetzung der

Hals-Nasen-Ohren-Klinik in Graz, wo es ein sehr genaues Auswahlverfahren gegeben hat, eine Kommission, die es sich wirklich nicht leicht gemacht hat und die wirklich mit Spitzenleuten der Universität besetzt war, etwa dem Vorsitzenden Univ.-Prof. DDr. h. c. Kraft-Kinz, und die ganz eindeutig zu einem Ergebnis gekommen sind, dem Ministerium quasi dreieinhalb Leute vorzuschlagen. Drei sollen sie vorschlagen, nämlich erst einen Erst-, Zweit- und Drittgereihten, und sie haben dann, weil Stimmengleichheit herrschte, einen vierten noch mitgenannt. Und es war eindeutig klar auch bei den Beschreibungen, die mir vorliegen, wo die wissenschaftliche Kompetenz liegt. Ich bedaure es ungeheuerlich, daß gerade in dieser Situation der augenblickliche Bundesminister – ich sage dazu, er tut nichts anderes als seine Vorgänger, leider, und wir haben uns gemeinsam immer wieder dagegen gewehrt, die wir jemals an den Hochschulen tätig waren – Verhandlungen genau mit dem letzten, mit dem allerletzten aufgenommen hat. Alle vorher Gereihten und mit weitem Stimmenvorsprung Gereihten, einen sehr bekannten Universitätsprofessor aus Köln, einen weit über die österreichischen Grenzen hinausgehenden bekannten Universitätsprofessor aus Graz, einen sehr bekannten Universitätsprofessor aus Frankfurt, all diejenigen hat er zur Seite gestellt und einen Mann, der gerade noch mithineingerutscht ist auf die Liste, mit ihm hat er Verhandlungen aufgenommen. Es beeindruckt mich nicht so sehr, daß es Proteste dagegen gibt. Das ist immer wieder der Fall. Da hat der Kollege Schilcher schon völlig recht, wenn wir wählen lassen, sind nur die Hauskandidaten diejenigen, die zum Zug kommen. Aber es beeindruckt mich, daß faktisch alle, absolut alle, die mit diesen Dingen zu tun haben, alle Ärzte der Hals-Nasen-Ohren-Klinik, alle Ärzte, die vorher an der HNO-Klinik waren, sich einhellig sagen, um Himmels willen, da gehen wir in die falsche Richtung, da wird in die Autonomie der Hochschule eingegriffen. Meine verehrten Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Bundesminister – wahrscheinlich ist er falsch beraten worden – diese Angelegenheit in dieser Brutalität durchziehen möchte, wie es jetzt den Anschein macht. Aber wir sollten als Steiermärkischer Landtag – und hier weiß ich mich eins mit dem Herrn Landeshauptmann, der sagt, wir aus der Steiermark müssen uns auf die Hinterfüße stellen und zeigen, daß wir uns nicht dreinreden lassen –, wir sollen erstens als Steirer nach Wien sagen, daß sich hier ein Wiener Bundesminister nicht einmischen soll in die steirischen Angelegenheiten, und zweitens sollen wir uns als steirischer Landtag während dieser Debatte über den Wissenschaftsbericht hinter unsere Universität stellen und sagen, wir lehnen es ab, und da bin ich auch einer Meinung mit Bernd Schilcher, der das ja auch hier formuliert hat, wenn gleich in anderem Zusammenhang, wir stehen hinter der Universität, und die Politik hat hier zentral nicht hineinzuregieren, und der Wiener Zentralminister hat sich hier nicht einzumischen bei diesem Berufungsvorgang, der noch dazu so eindeutig für einen sehr bekannten Universitätsprofessor ausgegangen ist, daß es eindeutiger nicht geht. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Ich habe daher auch keinen Namen genannt. Ich bin nur der Meinung, daß wir alle uns hinter die Universität stellen sollen, wenn das, was hier von diesem Pult aus über die Autonomie der Universi-

täten gesprochen wird, nicht reinen Sonntagsredencharakter haben sollte. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 15.31 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

16. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1233/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtgesetz über die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Ludwig Rader, dem ich das Wort erteile.

Abg. Mag. Rader (15.32 Uhr): Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtgesetz über die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern, wird abgelehnt.

Ein gleichlautender Antrag hat dem Landtag bereits in seiner Sitzung vom 20. Juni 1989 vorgelegen und wurde damals unter dem Hinweis auf die verfassungsmäßige Unmöglichkeit dieser Fragestellung abgelehnt. Da diese Debatte in der Zwischenzeit aber wieder begonnen hat, haben mein Kollege Weilharter und ich neuerlich einen derartigen Antrag eingebracht, und zwar in der Sitzung vom 16. Oktober 1990, der folgenden Inhalt gehabt hätte:

Gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtgesetz wird eine Volksbefragung abgehalten, in der der Wille der Landesbürger darüber erforscht wird, ob die Interessensvertretungen im Sinne von „beruflichen Vertretungen“ durch den Landtag beziehungsweise Nationalrat geregelt bleiben sollen, wobei eine Zwangsmitgliedschaft vorgesehen ist, oder die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Form der Interessensvertretung mit freiwilliger Mitgliedschaft eröffnet werden soll.

Der Verfassungs-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Antrag kurz beschäftigt und hat mit Mehrheit beschlossen, Ihnen zu empfehlen, diesen Antrag abzulehnen, was ich pflichtgemäß nach der Geschäftsordnung hiemit tue. (15.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander: Ich habe mich zu den Punkten 16, 17 und 18 gemeldet, und welcher ist jetzt die eigentliche Kammerdebatte?

Präsident Dr. Kalnoky: Wir sind beim Tagesordnungspunkt 16.

Abg. Kammlander: Ja, ich habe mir gedacht, da gibt es einen inhaltlichen Zusammenhang, und es wird gemeinsam diskutiert.

Dann warte ich noch. Danke.

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (15.35 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag der Freiheitlichen ist so zu verstehen, daß ganz eindeutig festgestellt werden muß, daß schon aus der Diktion heraus die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft, wie sie sagen, dazu führen sollte, daß die Kammern also letztendlich beseitigt werden. Ich erinnere an das Gespräch im Jänner 1990, also des heurigen Jahres, wo alle Präsidenten aller Kammern die Meinung vertreten haben, daß es eine Kammer ohne Pflichtmitgliedschaft nicht geben kann und geben wird. Es ist also ganz eindeutig das Wollen der Freiheitlichen vom Parteipolitischen getragen, und keineswegs von der Sachkompetenz. Es ist auch nach Überprüfung so, daß die Durchführung einer Volksbefragung nach dem Volksrechtsgesetz nur in jenen Bereichen möglich ist, wo es eine Landeskompetenz gibt. Nicht jedoch ist das der Fall bei der Landwirtschaftskammer und bei der Landarbeiterkammer. Hier haben wir eine Landeskompetenz, nicht jedoch bei den übrigen Kammern. In diesem Zusammenhang ist auf die Bestimmungen des Paragraphen 82 des Volksrechtsgesetzes zu verweisen, und ich zitiere diesen:

„Volksbefragungen dienen der Erforschung des Willens der Landesbürger hinsichtlich künftiger, das Land betreffende politische Entscheidungen, Planungen und Gegenstände der Gesetzgebung sowie Fragen der Vollziehung aus dem selbständigen Wirkungsbereich des Landes“. Also nicht der Kammern. Auch das Volksbefragungsgesetz des Bundes schränkt den Fragenkatalog auf Bundeskompetenzen ein und ist daher von uns ebenso nicht anzuwenden. Bei richtiger rechtlicher Beurteilung sind auch Interpretationen der Nationalratswahlergebnisse in diesem Zusammenhang wohl automatisch ausgeschlossen. Es ist weiters eine krasse Fehlmeinung zu unterstellen, daß alle Steirerinnen und alle Steirer Mitglieder irgendeiner Kammer sind. Politische Taktik sollte nicht dazu verführen, die rechtlichen Gegebenheiten und die vorhandene Realität aus den Augen zu verlieren. Kammern ohne Pflichtmitgliedschaft sind nicht denkbar; ja, es gibt sogar angesehene Rechtsexperten, zum Beispiel Herrn Dr. Korinek vom VGH, der folgende Meinung vertritt: Daß man ihnen ex lege angehört, das heißt, Selbstverwaltung ohne Pflichtmitgliedschaft, ist undenkbar; man kann auch aus einer Gemeinde nicht austreten. Daß ihre Organe aus der Mitte der Selbstverwaltungsangehörigen bestellt werden, also das demokratische Prinzip der Selbstverwaltung, hat eine ganz besondere historische Bedeutung, auch für die demokratische Entwicklung unseres Staatswesens. Daß die Mittel der Selbstverwaltungsangehörigen von diesen aufzubringen sind; und daß sie eine Kompetenz zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen haben und teilweise Hoheitsgewalt besitzen und daß sie relativ unabhängig sind, weisungsfrei gegenüber dem Staat, aber an die staatliche Aufsicht gebunden.

Man muß sich der Unterschiedlichkeit wegen freiwillige Interessensverbände oder private Vereine ansehen. Private Verbände sind freie Schöpfungen der Bürger; Selbstverwaltungskörper, wie Gemeinden und Kammern, sind eine Schöpfung des Staates. Private Verbände beruhen auf der Vereinsfreiheit; Selbstverwaltungskörper beruhen auf der Organisationsgewalt des Staates. Das hat mit der Vereinsfreiheit nichts zu tun. Mehrfach hat daher der Verfassungsgerichtshof die Einrichtung von Kammern mit Pflichtmitgliedschaft als verfassungsrechtlich völlig unbedenklich bezeichnet, und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat in einem, vor allem der belgischen Ärztekammer, Fall entschieden, daß die obligatorische Mitgliedschaft bei Berufskammern an sich konventionsgemäß ist. Übrigens hat auch das deutsche Bundesverfassungsgericht bei ähnlicher Verfassungslage zu den Industrie- und Handelskammern entschieden, daß die Einrichtung der Pflichtmitgliedschaft mit den Grundrechten der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit der Berufswahl und der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit nicht in Widerspruch steht. Daraus ergibt sich jedenfalls, daß Kammern ohne Pflichtmitgliedschaft nicht mehr taugliche Interessensvertreter wären. Jedenfalls aber sind sie nicht mehr taugliche Interessensvertreter für Aufgaben, die diese Institutionen heute wahrnehmen. Diese müßten daher also vom Bund, von den Ländern, den Gemeinden, also von den Gebietskörperschaften, übernommen werden. Eine Entwicklung, die der tendenziellen Einstellung zum Staate und seiner sozialen Aufgabenerfüllung, also wie wir heute sagen – weniger Staat und mehr Privat – zuwiderläuft. Wir verschließen uns keineswegs den Reformbestrebungen in allen Kammern, und wir anerkennen insbesondere die Stärkung der Minderheitsrechte in den Kammern. Und ganz besonders, wir anerkennen den Ausbau der Kontrolle

Im Interesse einer funktionierenden Sozialpartnerschaft aber muß es notwendigerweise die Pflichtmitgliedschaft auch weiterhin geben. Reformen sind gut und notwendig, jedoch dürfen sie nicht die zu reformierende Institution ruinieren, und es kann keinesfalls so sein, daß politische Taktik über alles geht.

Und daher glauben wir, daß dieser Antrag zu Recht abgelehnt wird, und ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (15.40 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich teile nicht die Auffassung und die Meinung meines Vorredners, Kollegen Rainer, nämlich, daß eine Volksbefragung hier nach dem steirischen Volksrechtsgesetz über die Zwangsmitgliedschaft innerhalb der Kammern nicht zulässig wäre. Ich meine vielmehr, Herr Kollege Rainer, es sollten doch alle Steirerinnen und Steirer, die ja zu einem Gutteil oder fast alle einer Kammer angehören, über ihre Standes- oder Kammervertretung befinden. Darüber hinaus, lieber Kollege Rainer, ist es ja bewiesen, daß die Kompetenz für die Bauernkammer genauso wie für die Landarbeiterkammer hier im Land liegt und daß sehr wohl Steuermittel aller Steirerinnen und Steirer verwendet werden. Und

außerdem, es spricht überhaupt nichts dagegen, daß wir in dieser Frage als Steirer eine sogenannte Vorreiterrolle einnehmen. Da meine ich vielmehr, meine Damen und Herren, daß die ÖVP in dieser Frage eigentlich eine sehr eindeutige Haltung einnimmt, denn Sie versuchen ja, im Hinblick auf die kommende Bauernkammerwahl eine sogenannte Vermengung dieser beiden Themen vorzunehmen. Einerseits finden also im März die Kammerwahlen statt, und gleichzeitig will man bei dieser Kammerwahl die Volksbefragung mitkoppeln. Ich sage sehr deutlich, das stellt einerseits eine Vermengung dar, und andererseits ist es nichts anderes, als das Ziel der Österreichischen Volkspartei, und speziell des Bauernbundes, für diese Wahl wieder die Grundlagen zu errichten, daß sie in dieser Landes- und in den Bezirkskammern die Mehrheit haben. Denn es kann nicht angehen, und es ist auch ein Widersinn darin zu erkennen, wenn man unter dem Motto oder unter dem Titel in die Öffentlichkeit geht und die Wahlberechtigten und die Zwangsmitglieder anruft: „Bitte geht zur Wahl, wenn ihr gewählt habt, in der Folge dann entscheidet, ob ihr diese Landesvertretung wollt oder nicht“. Wir treten daher dafür ein, und dieser Antrag beinhaltet dies auch, daß wir eine getrennte Befragung wollen. Wir wollen also wissen, ob unsere steirischen Steuerträger zur Zwangsmitgliedschaft stehen oder ob sie diese nicht wollen. Man könnte eigentlich sagen, wenn man die Beteiligung der letzten Kammerwahlen anschaut, ich verstehe den Bauernbund und die ÖVP in dieser Frage, so war doch die Wahlbeteiligung bei den letzten Kammerwahlen sehr niedrig, also bei zwei Drittel, bei gut 70 Prozent, und diese Vermengung, lieber Herr Altpräsident Buchberger, ist bitte nichts anderes als der direkte Aufruf, sich an dieser Bauernkammerwahl nicht zu beteiligen. Mir wäre es nämlich viel lieber, wenn man getrennt diese Frage in der Steiermark diskutiert, damit diese Interessenskollision vorweg einmal ausgeschaltet wird, denn es ist meistens in dieser Frage nicht zu trennen, und das wollen Sie ja von Seiten des Bauernbundes, daß es Vermengungen auch der Interessensvertretung gibt. So haben Sie also die Interessen der Sozialversicherer im bäuerlichen Bereich genauso zu vertreten, und dieselben Leute Ihrer Fraktion und dieselben Personen und Vertreter der Sozialversicherung der Bauern sind meistens auch Kammer- und Bauernbundfunktionäre.

Das darf ich an Hand eines Beispiels fundamentieren und belegen. Der Kollege Schrammel, er grinst schon (Abg. Schrammel: „Ich lache nur!“), er kennt wahrscheinlich diese Geschichte wirklich, er kennt diese Geschichte von einer Bäuerin am Reinischkogel, die mit 52 Jahren auf Grund ihrer schweren Arbeit leider bedingt einsatz- und arbeitsfähig ist. Da wird also von den Sozialversicherungsträgern geprüft, ob ihr mit 52 Jahren auf Grund der bedingten Invalidität eine sogenannte Frühpension zusteht. Die Antwort der Sozialversicherungsträger ist, jawohl, sehr wohl, wenn sie anderweitig nicht einsetzbar ist. Und dann wird geantwortet, es gibt 150 freie Positionen als sogenannte Garderobenfrau. Das ist bitte schlichtweg eine Kühnheit, dieser Frau mitzuteilen, da sie auf Grund ihrer körperlichen Situation und auf Grund ihrer Invalidität nicht in der Lage ist (Abg. Schrammel: „Das ist eine bundesgesetzliche Bestimmung und im ASVG geregelt!“), im Betrieb ihre Aufgabe noch zu bewerkstelligen,

und ihr vorzuschlagen, sich als Garderobenfrau irgendwo in Österreich zu bewerben. Und der Zwischenruf, lieber Kollege Schrammel, im Bundesgesetz geregelt, das ist bitte dieser Punkt, wo die Vermengung vorliegt zwischen Vertretern der Sozialversicherung und der Bauernvertretung, weil sie eben doppelbödig in dieser Frage agieren. (Abg. Schrammel: „Eben nicht!“) Sie treten einerseits auf als Vertreter der Sozialversicherung und andererseits als Kammervertreter. (Abg. Schrammel: „Das ist ein Blödsinn!“) Das wäre bitte die Aufgabe der Landesvertretung der Kammer gewesen, auf diesen Mißstand hinzuweisen und ihn zu verändern.

Ein weiterer Punkt ist auch, daß die Österreichische Volkspartei, und im speziellen der Bauernbund, diese getrennte Volksbefragung nicht wollen, weil sie selbstverständlich im Bereich der Bauernkammer die Vermengung weiter haben wollen. Es ist nämlich niemandem zumutbar, wenn man heute zur sogenannten Landesvertretung, zur Bezirksbauernkammer, geht und im Vorzimmer residiert der Bauernbundsekretär. Sie haben Angst bei einer getrennten Abstimmung, daß dieses Thema sehr wohl von den Steirern zur Sprache kommt und sie dann deutlich eine Absage bekommen. (Abg. Buchberger: „Bis jetzt waren die Bauernkammerwahlen die demokratischsten Wahlen vom Scheitel bis zur Sohle. Daß die Freiheitlichen so schlecht abgeschnitten haben, ist nicht unser Kaffee!“) Lieber Herr Kollege Buchberger, wir werden uns sicherlich in einem Punkt finden. Ich glaube, du wirst mir recht geben, es ist einem parteifreien, sogenannten selbständigen freien Landwirt wirklich nicht zumutbar, daß – wenn er zu seiner Landesvertretung geht – er durch das Vorzimmer eines Parteifunktionärs geht. Und das ist in vielen Bereichen, in vielen Bezirkskammern der Fall. (Abg. Buchberger: „Sage mir jetzt, in welcher Bezirksbauernkammer!“) Lieber Kollege Buchberger, da halte ich es viel lieber mit dem Kollegen Grillitsch. Der Kollege Grillitsch hat ja eigentlich medial sehr wortgewaltig angekündigt, daß, wenn der Zwang in den Kammern abgeschaffen wird, die Zwangsmitgliedschaft abgeschaffen wird, dann steht er nicht mehr zur Verfügung als Kammerobmann in seinem Bezirk. (Abg. Grillitsch: „Ich bin es schon lange nicht mehr!“) Ich glaube, lieber Herr Kollege Grillitsch, in weiser Voraussicht bekleidest du ja diese Funktion als Kammerobmann nicht mehr, in weiser Voraussicht. Und ich sage auch, und es wird mir bestätigt von vielen Zwangsmitgliedern aus deinem Bezirk Judenburg, daß sie deinen Verlust als Kammerobmann sehr leicht und sehr wohl verschmerzen. Ich meine vielmehr, der Österreichische Bauernbund der Steiermark und die steirische ÖVP halten es in dieser Frage wirklich viel mehr mit Bertolt Brecht. Brecht hat einmal gesagt: „Unrecht gewinnt oft Rechtscharakter, einfach dadurch, daß es häufig vorkommt“. In dieser Frage agieren Sie bitte genau so. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wer hat dir das aufgeschrieben?“)

Lieber Kollege Dr. Hirschmann, der Herr Präsident Pörtl ist ja noch viel ärger in seinem Agieren. So schreibt er in einer unabhängigen Mitteilung, nämlich im offiziellen Sprachrohr der steirischen Land- und Forstwirtschaftskammer, am 1. November in einer Drohgebärde: Wenn der Zwang zur Kammer abgeschafft wird, wenn die Zwangsmitgliedschaft abge-

schafft wird, dann ist die Sozialpartnerschaft gefährdet. Ich sage dem Herrn Präsidenten Pörtl darauf, er sollte wirklich Einschau und Umschau halten in der Sozialpartnerschaft, denn der Österreichische Gewerkschaftsbund ist nach wie vor freiwillig. Ich behaupte, das ist zur Zeit die stärkste Standesvertretung in der Sozialpartnerschaft. Ich empfehle dir, lieber Herr Präsident, genau in dieser Frage, vielleicht in der Otto-Möbes-Schule ein bißchen Nachhilfeunterricht zu nehmen beziehungsweise diese Schwarzmalerei und diese Drohgebärde den steirischen Bauern gegenüber schleunigst einzustellen, denn es ist eine Roßtäuscherei und Vor-das-Licht-führen zu sagen, wenn eine freiwillige Standesvertretung installiert wird, daß dann die Interessen vernachlässigt sind. Ich glaube vielmehr, wenn Sie das sagen, Herr Präsident Pörtl, das mag Ihr Stil sein, wir werden es den Steirerinnen und Steirern sagen, daß das Ihr Stil ist. (15.50 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters auf Ablehnung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 1228/2, Beilage Nr. 114, über den Antrag, Einl.-Zahl 1228/1, der Abgeordneten Pörtl, Bacher, Buchberger, Dr. Cortolezis, Prof. Dr. Eichlinger, Göber, Grillitsch, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Purr, Pußwald, Dr. Rupp, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Prof. Dr. Steiner und Ing. Stoisser, betreffend die Erlassung einer Novelle zum Steiermärkischen Landwirtschaftskammergesetz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger (15.50 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Alle Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, mit Präsident Pörtl an der Spitze, haben in der Landtagssitzung am 16. Oktober 1990 einen Initiativantrag, betreffend die Erlassung einer Novelle zum Steiermärkischen Landwirtschaftskammergesetz, eingebracht. Mit diesem Antrag sollen die Voraussetzungen für die Durchführung einer Befragung der Kammerzugehörigen geschaffen werden. Über diesen Antrag haben bereits vor der Landwirtschafts-Ausschußsitzung Parteienverhandlungen am 14. November dieses Jahres stattgefunden. In der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses am Dienstag, dem 20. November 1990, wurde dieser Initiativantrag samt den für die Durchführung der Befragung erforderlichen Ergänzungen mehrheitlich beschlossen. In derselben Sitzung haben die Abgeordneten Zellnig, Günther Ofner, Hammer, Sponer, Reicher und Ussar einen Minderheitsantrag zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Landwirtschaftskammergesetz geändert wird, eingebracht, welcher aber nicht die erforderliche Mehrheit erlangt hat.

Ich stelle daher namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft den Antrag, der Hohe Landtag wolle den Entwurf des Gesetzes, mit dem das Land-

wirtschaftskammergesetz geändert wird, in der Fassung des heute aufliegenden Berichtes des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 1228/2, zum Beschluß erheben. (15.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (15.52 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

In diesem vorliegenden Antrag der ÖVP soll die Befragung der Kammermitglieder per Gesetz geregelt werden. Und welchen Charakter Befragungen dieses unverbindlichen Typs in der steirischen Landesverfassung haben, wissen wir. Vor allem, wir wissen es jetzt ganz real seit heuer im Juni. Diese Umweltvolksbefragung hat uns ja demonstriert, wie dann letztendlich mit dem Ergebnis umgegangen wird. Sie dienen jeweils der Mehrheitsfraktion, um ihre Wahlkampfmaschine in Gang zu setzen und einen Probelauf zu starten. Die unangenehmen Entscheidungen, die man nicht bereit ist, selber zu fällen, werden damit wieder an das Volk weitergereicht. Diese Ergebnisse solcher Befragungen sind dann binnen Halbjahresfrist wieder vergessen. Ich erinnere an die Umweltabgabe – heute ist sie ja beim Budget wieder angeklungen –, ich denke an (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ist nicht vergessen!“) die Verkehrssicherheit, ich denke, daß gerade das Rauchen in Ämtern davon umgesetzt worden ist, aber sonst schon nichts. Im politischen Wirkungsbereich der Landwirtschaftskammer stehen wahrscheinlich eine Reihe von Problemen an, die jetzt wirklich einer Urabstimmung unter allen Kammermitgliedern würdig gewesen wären. Ich denke da an den Beitritt zur EG und deren Marktordnung und die daraus folgenden ökologischen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die steirischen Bäuerinnen und Bauern oder eine Urabstimmung über die GATT-Verhandlungen. Das wäre ein Auftrag an die österreichischen Verhandler dort, was wäre ein wichtiger Punkt, den man abfragen müßte. Das sind wirklich existenzielle Fragen für die Agrarpolitik der Zukunft. Aber das kommt ja im Moment anscheinend in die Nähe dieser Initiative. Angesichts dieser Fragen hat man sich nicht des Instrumentes auch nur einer Befragung in der für die Kammerexekutive ohnehin unverbindlichen Form, wie im vorliegenden Entwurf, entsonnen. Hier hat man einfach selbstherrlich Entscheidungen getroffen, auch über die Köpfe der bäuerlichen Bevölkerung hinweg. Man hat diese Entscheidungen gefällt und sie im nachhinein außerdem noch verharmlost. Und wenn es dann um die Interessen der Industrie geht und auch der Wirtschaft, hat die gleiche Landwirtschaftskammer den Schweif eingezogen. (Abg. Grillitsch: „Was ist das?“) Den Schweif eingezogen? Ich kann es auch volkstümlicher sagen, aber das habe ich durchgestrichen.

Hier liegt auch der tiefere Anlaß, warum beim Bauernbund das Interesse an der plebiszitären Demokratie jetzt sanft erwacht. Die Mitglieder der Kammern versagen jetzt schon dieser eher defensiven Nichtvertretungspolitik zusehends ihre Gefolgschaft. Also, ich glaube, da beginnt es nämlich. Dort, wo man immer mehr unzufrieden wird, da fangt man jetzt an, wieder den ganzen Apparat zu aktivieren, daß die Leute doch wieder das Gefühl haben, daß Erich Pörtl der richtige Mann für sie ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Die ganze Kammerbefragung richtet sich jetzt auf die Person des Präsidenten, und es wird so wie die letzte Nationalratswahl mit dem Ziel geführt: „Wollt ihr den Franz Vranitzky?“ Und es heißt halt in der Steiermark: „Wollt ihr den Erich Pörtl als Kammerpräsidenten behalten?“ (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir wollen ihn!“ – Abg. Kröll: „Jawohl, wir wollen ihn!“) Ja, und das ist die ganze Mobilmachung, die hier passiert, und da geht es nicht um eine Befragung „Kammer ja oder nein“. Es geht über die Person wahrscheinlich viel leichter als über die Organisation und über die Struktur. Also, die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern und damit das Kammersystem selbst und somit auch die Sozialpartnerschaft als solche sind für mich jetzt nicht unbedingt zur Disposition gestellt. Auch wenn es vielleicht in der tagespolitischen Auseinandersetzung sehr in ist, jetzt vorgegeben durch die FPÖ, grundsätzliche Überlegungen anzustellen, möchte ich doch daran erinnern, und der Herr Kollege Rainer hat das schon vorweggenommen, daß die Gründung der Landwirtschaftskammer genauso wie die Gründung der Landarbeiterkammer und der Arbeiterkammer im Sinne der Vertreter der Interessen von Arbeitern und Arbeiterinnen oder Bäuerinnen und Bauern war. Und daß das damals soziale und sehr wichtige politische Errungenschaften waren und die Pflichtmitgliedschaft gerade diesen Institutionen als Interessensvertretung ein Gewicht gegeben hat. Damals hat man das sehr positiv aufgenommen. Was jetzt aber der krankmachende Faktor war, ist die politische Hegemonie, jetzt einerseits der SPÖ in der Arbeiterkammer und andererseits der ÖVP in der Bundeswirtschaftskammer und natürlich in der Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer. Daß dieses Gewicht von vielen zwangsverpflichteten Mitgliedern zusehends als Mühlstein um den eigenen Hals empfunden wird, das ist das eigentliche Problem. Und ich glaube, daß die Parteien in ihrer Minderheit, die sie jeweils in den Interessensvertretungen repräsentiert haben, die Totengräber dieser Interessensvertretungen geworden sind, die Parteien mit den dementsprechend präpotent auftretenden Funktionären. Die steirische Landwirtschaftskammer bezieht – wenn ich es mir aus dem Budget 1991 schon herauslese – rund ein Drittel allein für die Kammer aus dem Agrarbudget der Steiermark. Wenn ich aber weglassen zum Beispiel die Beträge für den Wege- und Wasserbau und für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe des Landes, also der landeseigenen Betriebe, sind das immerhin schon zwei Drittel des Agrarbudgets der Steiermark, das in die Landwirtschaftskammer geht. Die Aufrechterhaltung einer sehr umfangreichen Bürokratie ist damit verbunden und ohne große Kontrollmöglichkeit des Geldgebers, jetzt des Landes. Es gibt ja keine Richtlinien über die Verwendung von Geldern des Landes an die Kammer. Ich bekomme immer wieder zu hören, das wäre ja eine Entschädigung dafür, daß die Kammer die Beratung der Bauern und die Vergabe und Kontrolle der Agrarförderungsmittel übernimmt. Das stimmt ja doch. In der Realität tritt also die Kammer den Bäuerinnen und Bauern so gegenüber als Agentur des Staates, als Kreditvermittler und als Kontrollor. Und heute noch betont so mancher Kammerfunktionär oder Kammersekretär, wie wichtig es sei, daß die Bauern halt doch bei der Kammer anklopfen müssen, wenn sie einen Agrarinvestitionskredit brau-

chen. Und wir müssen es wirklich offen sagen, diese Vermischung von Agrarbürokratie einerseits und Berufsvertretung andererseits hat die Vorherrschaft des ÖVP-Bauernbundes in den Dörfern jahrzehntelang auch gesichert. Also, es geht auch um das zukünftige Wahlverhalten in diesen Bereichen.

Auf Grund dieser Machtstellung gegenüber den einfachen Mitgliedern ist die Kritik an der politischen Orientierung der Berufsvertretung relativ leicht im Keim dann erstickt. Wenn ich mir so anschau, wie die Kammerberater so aufgetreten sind! Ich habe ja in den letzten Jahren, seit ich im Landtag bin, einiges an Beschwerden mir anhören müssen. Ich erinnere nur an die Rolle der Kammergutachter oder Kammerrechtsberater im Zusammenhang mit der Pyhrnautobahn. Sie haben die Bauern nicht wirklich vertreten, die da enteignet werden sollten, sondern die Bauern mußten dann von uns Rechtshilfe bekommen, weil die Kammer hat ihnen keine gegeben, sie hat gerade noch die Weidezäune herausgehandelt bei der Pyhrnautobahn. Wie war die Rolle der Kammerberater bei der Hochspannungsleitung? Die haben überhaupt nicht gewußt, um was es dabei geht, welche Folgen das unter Umständen für Mensch und Tier hat. Wie ist die Rolle der Kammerberater, wenn es um Wegerecht geht – in letzter Zeit in der Untersteiermark? Da ist auch eine Familie zu mir gekommen, alle waren vorher bei der Kammer, und alle sind bei der Kammer ganz kläglich eingefahren. Wenn es um Enteignungen geht, die Kammer vertritt immer das Interesse des Stärkeren, und nicht des Schwächeren. Also im Sinne der Bauern nicht immer gerade – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist maßlos übertrieben!“) Nein, das ist nicht maßlos übertrieben, Herr Kollege, wir müssen dann für die – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Es gibt auch solche Fälle. Aber es ist maßlos übertrieben!“) Was heißt maßlos übertrieben? Ich habe Ihnen ja nur vier Beispiele gesagt, und die nicht einmal – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich könnte auch Beispiele bringen!“) Ja, okay, dann kannst du das hier vorbringen, wenn es Beispiele gibt, wie man über mich schimpft. Ich möchte hier jetzt über die Landwirtschaftskammer reden, und nicht über irgendetwas anderes.

Die Rolle der Kammerberater gegenüber den Bauern: Das ist hier das Thema gewesen, und über das habe ich gesprochen. Es ist die Strategie der Sprachlosen und derer, die sich ohnmächtig fühlen, die sich stillschweigend aus diesem politischen System beginnen zu verabschieden. Es wird immer mehr Wahlenthaltungen geben, und vielleicht einmal als trotziges Abschiedsgeste wählt jemand, einmal die Rattenfänger von der FPÖ, um ein letztes Mal zu schauen, was geht denn vielleicht bei denen. Aber schuld sind Sie mit diesen Machtapparaten, die im Grunde genommen sich ganz, ganz weit davon entfernt haben, wo Ihre ehemaligen Vertretungsabsichten waren. Gerade angesichts der Veränderungen, die uns mit dem Beitritt zur EG bevorstehen, ist die Notwendigkeit starker Berufsvertretungen gegeben. (Abg. Pörtl: „Die Forderungen an die EG muß man durchsetzen!“) Die Forderungen an die EG, die gibt es schon seit vier Jahren von mir. Ich werde ja eigentlich mißverstanden, wenn mich der Herr Präsident Pörtl da seitwärts kritisiert. In Wirklichkeit rede ich ja auch für seine Organisation. (Abg. Schützenhöfer: „Das haben wir noch nicht

gemerkt!“) Ich rede ja nur nicht für die Auswüchse der Organisation. Da werden Sie mir ja recht geben. Es ist andererseits nicht verwunderlich, daß jetzt jene Fraktion, die FPÖ, man muß ihr ja dankbar sein, daß sie nicht wieder so alte Reste aufbereitet, wie die Wiedereinführung des Reichsnährstandes, daß gerade diese Organisation die Zerschlagung des Kammersystems in Österreich, und natürlich bedeutet das die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft, zu ihrer politischen Hauptforderung macht. Ich meine, die FPÖ tut sich ja leicht, weil sie hat ja hinter sich – nehme ich an, und wie mir immer wieder versichert wird – eine starke Preschergroup, und das ist die Industriellenvereinigung, die ja ohne Kammerorganisation auskommt und mit sehr dicker Brieftasche bei der FPÖ – nehme ich an – hofiert. (Abg. Mag. Rader: „Wer hat eine dicke Brieftasche?“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wie war das?“) Das kommt davon, weil ihr immer schwätzt. Ich erkläre das noch einmal. Die FPÖ tut sich ja sehr leicht, weil sie hofiert nicht bei den Kammern, sondern bei der Industriellenvereinigung. Die ist ja nicht so organisiert. Das ist eine einfache Preschergroup mit dicker Brieftasche. (Abg. Mag. Rader: „Dort herrscht keine Zwangsmitgliedschaft!“) Es herrscht keine Zwangsmitgliedschaft, aber man kann leicht gewählte Institutionen dann totreden, wenn man bei anderen Institutionen antichambriert. (Abg. Schrammel: „Trotzdem haben die Freiheitlichen so hohe Schulden!“) Ich glaube, daß die Krise in den Kammern in Österreich schon ein willkommener Anlaß ist, das hypertrophe Hineinwachsen der Sozialpartnerschaft in alle Lebens- und Politikbereiche zu kritisieren. Und die Kammern sollten wir auf das reduzieren, was ihr ursprünglicher Zweck war. Ihr Zweck war, die demokratisch verfaßte Vertretung ihrer Mitglieder. (Abg. Schützenhöfer: „Jawohl, da gebe ich Ihnen recht!“) Und dazu müssen sie demokratischer in ihrer Praxis werden, und insofern ist unter anderem die Aufnahme eben plebiszitärer Elemente in das Kammergesetz ja zu begrüßen. Unser Vorschlag ist, daß wir das trennen, daß wir die Befragung von der Wahl trennen, weil wir glauben, daß das keineswegs gemeinsam gehandhabt werden soll. Hingepfuschte Abstimmungen über den Status quo allein werden das Ende auch der Landwirtschaftskammer möglicherweise nur hinauszögern, aber nicht abwenden, denn der derzeitige Zustand dieser Kammer, jetzt der steirischen Kammer, ist keine gute Werbung für das Weiterbestehen dieser Kammer. Danke!

Ich muß mich ein zweites Mal zu Wort melden und meinen Änderungsantrag verlesen. Ich habe ihn jetzt nicht mit. (16.10 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus! Ich unterbreche nun die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 17 und rufe nun die **dringliche Anfrage** der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Gennaro, Reicher, Heibl, Rainer, Minder, Weilharter, Günther Prutsch und Kanape an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba, betreffend Objektivierung der Besetzung von leitenden Positionen im Bereich des Landes Steiermark, auf.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Mag. Rader (16.10 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Es ist vor einem halben Jahrzehnt ein sehr bemerkenswertes Buch in der Steiermark erschienen, das

nennt sich „Nachdenken über Politik“ und wurde herausgegeben unter anderem vom derzeitigen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. In diesem Buch gibt es einen sehr bemerkenswerten Beitrag von Hans Weigel, der, selbst Intellektueller, an die Intellektuellen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gelebt und gewirkt haben, folgende Kritik richtet: „Als die Kämpfer gegen das Totale gesiegt hatten, gingen sie nicht nochmals auf die Barrikaden, um auch das Proportionale zu besiegen, sondern sie gingen zum CV oder zum BSA und wurden dort Mitglieder“. Und wie sich das ausgewirkt hat, hat auch Hans Weigel in diesem Buch beschrieben, indem er gesagt hat, man erzählte sich in den 60er Jahren, die leitenden Herren bei uns sind so kostspielig, denn man braucht für jede Stelle drei, einen schwarzen, einen roten und einen, der wirklich etwas versteht. Hans Weigel sagte dann, der Witz ist gut, aber geschmeichelt, denn meistens sind nicht drei vorhanden, insbesondere nicht derjenige, der wirklich etwas davon versteht. Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben vor etwa drei Jahren – der Landesparteiobmann Dr. Josef Krainer als Parteiobmann der ÖVP, der damalige Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und meine Wenigkeit – eine Vereinbarung unterschrieben, daß für die Aufnahme von Personal in den Landesdienst Objektivierungsrichtlinien erarbeitet werden und auch tatsächlich durchgeführt werden. Und, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen über alle Parteigrenzen hinweg bei dieser Gelegenheit – und ich nehme an, alle anderen Redner werden das bestätigen – sagen, daß dieser Objektivierung der Personalaufnahmen gegen alle Ängste, die es gegeben hat, natürlich auch unter den Parteien, gegen alle Ängste optimal funktioniert, daß die Ausschufarbeit, die Personalbeiratsarbeit frictionsfrei vor sich geht und daß ein exzellentes Klima herrscht, wozu ganz sicher alle, beginnend vom Obmann bis zu den Mitgliedern, beitragen. Und wenn ich hinauskomme und mit den Ämtern rede und mit den verschiedenen Verantwortlichen, die dort in der Zwischenzeit Leute zugewiesen bekommen haben, die nach diesem objektiven System aufgenommen worden sind, kann ich rundherum nur Lob hören. Mit einem Wort, dieses Modell ist gelungen. Und es geht so weit, daß in der Zwischenzeit jeder, der etwa in einem Straßenbauhof Arbeiter ist, einem sehr umfangreichen, sehr objektiven und sehr gut gemachten Objektivierungsverfahren unterzogen wird und dann – bis jetzt noch immer einstimmig – vom Personalbeirat dem Referenten zur Bestellung vorgeschlagen wird, und es gibt eigentlich nur positive Ergebnisse. In dieser Situation, meine verehrten Damen und Herren, empfinde ich es ganz einfach als unerträglich, und auch andere Abgeordnete dieses Hauses, daß zwar jeder Arbeiter in einer Baubezirksleitung einem Objektivierungsverfahren unterzogen wird und nach objektiven Richtlinien aufgenommen wird, deren Chefs allerdings keinerlei Objektivierung unterliegen und – wie es noch immer den Anschein hat – nach wie vor nach verschiedensten Überlegungen, die nicht nur objektive sein können, bestellt werden. In dieser Situation, meine Damen und Herren, ist es hoch an der Zeit, einen Vorstoß zu machen, daß alle leitenden Positionen dieses Landes einem mindestens ebenso positiven und objektiven Verfahren unterzogen werden, bevor sie bestellt werden wie deren Untergebene nun schon seit drei Jahren.

Die Landesregierung bestellt selbst Amtsvorstände in ihren eigenen Bereichen. Die Landesregierung bestellt Vorstandspositionen, wie etwa jene der Krankenanstaltengesellschaft, und die Landesregierung hat Einfluß über die Besetzung verschiedener Vorstandspositionen dort, wo eine Beteiligung des Landes vorliegt. Meine Damen und Herren, das ist jene Zielgruppe, die natürlich, wenn die Dinge optimal auch in Zukunft funktionieren sollen, objektiv besetzt werden müssen, damit jeder in diesem Lande voll überzeugt ist, daß es hier keinerlei parteipolitischen Einfluß mehr gibt. Ich bin froh, daß gerade heute ein Tag ist, an dem anscheinend – und ich habe ja die Pressekonferenz des Herrn Amtsführenden Landesschulratspräsidenten gehört und die Pressekonferenzen, die über die Schuldirektoren stattgefunden haben in den letzten Tagen – in dieser Frage sehr viel in Bewegung geraten ist. Und da sollten wir doch gemeinsam, und diesem Ziel soll diese dringliche Anfrage dienen, doch viel mehr in Bewegung bringen auch in diesem Bereiche.

Die Anfrage, meine Damen und Herren, die ich dann in kurzen Worten verlesen werde, soll zuerst klarstellen, wie viele solcher Positionen es gibt.

Die Anfrage soll dann klarstellen, wie diese Amtsleiterpositionen bisher besetzt worden sind. Und jetzt, meine Damen und Herren, sind ja diese Regierungsprotokolle, in denen besetzt worden sind, nicht öffentlich, und daher können wir das ja nicht diskutieren. Wir sind daher in der Anfrage einem Verdacht nachgekommen, daß an sich im großen und ganzen im Land Steiermark nur eine ganz bestimmte eingeschränkte Gruppe von Personen tatsächlich in der Praxis Zugang zu diesen Leiterpositionen hat. Wir haben daher gefragt – und das wird Herr Landesrat hoffentlich im Detail wirklich beantworten –, ob jene Amtsleiterpositionen, die eine juristische Ausbildung verlangen – ich rede jetzt bitte zuerst nicht von jenen, die eine technische Ausbildung verlangen, weil da das Bild ganz sicher anders sein wird –, aber ob in jenen Amtsleiterpositionen, die eine juristische Ausbildung verlangen, sehr viel andere Damen und Herren zum Zug haben können in den letzten Jahrzehnten als solche, die vorher einen Dienst im Büro eines Landesregierungsmitgliedes geleistet haben. Und, meine Damen und Herren, es soll auch klargestellt werden, wenn dem so ist, aus welchem Bereich sie gekommen sind. Daher beschäftigt sich ein Teil dieser Anfrage auch damit, festzustellen, bei welchen Regierungsmitgliedern die Damen und Herren tätig waren und welche Parteien dieses Hauses nach der Landesverfassung diese Regierungsmitglieder vorgeschlagen haben. Mit einem Wort, meine Damen und Herren, wir wollen klären: ist in der Vergangenheit auch politisch besetzt worden in diesem Lande? Ich behaupte, daß das mit höchster Wahrscheinlichkeit der Fall ist. Wir können die Diskussion ja dann führen.

Nächster Punkt: Hat es die Möglichkeit gegeben, nicht nur bei den Spitzenjobs dieses Landes, sondern insbesondere auch in den Bezirkshauptmannschaften, daß sich außenstehende Fachleute für eine Position bewerben können? Hat es in den Ausschreibungen solche Möglichkeiten gegeben? Wenn ja, hat sich überhaupt jemand beworben, wenn ja, ist überhaupt jemand zum Zug gekommen? Ich befürchte, diese Frage wird mit nein beantwortet werden müssen.

Wenn wir diese Vorfragen geklärt haben, meine Damen und Herren, und dazu soll diese dringliche Anfrage dienen, soll es auch klargestellt werden, wie es nach Auffassung einiger Abgeordneter dieses Hauses, und ich hoffe nicht nur der Mehrheit, sondern auch aller, künftig weitergehen soll, und auch diesem Ziel dienen einige Fragen. Wir wollen klargestellt haben, ob sich künftig auch Außenstehende bewerben können, nicht nur für die Amtsleiterpositionen, sondern auch für alle Vorstandspositionen, auf deren Besetzung die Landesregierung Einfluß hat, und wie die behandelt werden. Meine Damen und Herren, wir haben auch in Form von zwei dringlichen Anfragen in diesem Hause im Zusammenhang mit der Krankenanstaltengesellschaft, die ich nicht aufwärmen möchte bei dieser Gelegenheit, aber erlernen und erkennen müssen, daß Ausschreiben allein nicht genügt. Der Verdacht, daß die Besetzung mancher Positionen bereits entschieden ist, bevor sie überhaupt ausgeschrieben werden, erhebt sich ja nicht nur anlässlich der Diskussion um Spitzenpositionen im Bereiche des ORF, die in diesen Tagen stattfindet. Ausschreiben allein genügt daher nicht. Es muß für die Besetzung objektive Kriterien geben, die auch angewendet werden. Dazu dient, und das gibt es in anderen Bereichen, etwa, daß mit den Kandidaten ein Hearing stattfindet, dazu dient, daß wir der Meinung sind, daß dieser optimal funktionierende Personalbeirat unter Umständen oder ein anderer Ausschuß diese Aufgabe der Kontrolle übernehmen soll, und – und auch das ist ein Teil dieser Anfrage – dazu dient auch die Frage, ob Spitzenbeamte künftig auf Zeit bestellt werden sollten.

Es ist das insbesondere in den Ministerien, schon weniger im Landesregierungsbereich, weil hier der Wechsel geringer ist, aber in den Ministerien ein wirkliches Problem, daß jeder politische Referent in jede Abteilung einen zusätzlichen Vertrauensmann hineinsetzt, um dort jemanden sitzen zu haben, von dem er wenigstens irgendwelche Informationen zu bekommen glaubt. Bei Spitzenbeamten auf Zeit würde sich das erledigen. Dasselbe gilt, meine Damen und Herren, natürlich auch für die Bezirkshauptleute. Derzeit, und das ist auch Anlaß für diese Anfrage, sind mehrere Positionen öffentlich ausgeschrieben, und zwar in der „Grazer Zeitung“, Stück 46, ausgegeben am 16. November 1990, also vor wenigen Tagen. Es handelt sich um den Vorstand der Rechtsabteilung 12 des Amtes der Landesregierung, um den Bezirkshauptmann von Leoben, um den Bezirkshauptmann von Liezen, den Bezirkshauptmann von Weiz, den Vorstand der Fachabteilung II b, sowie in einer Nachtragsausschreibung dann auch noch um den Vorstand der Fachabteilung III b.

Das sind nur wenige, die im Augenblick zur Ausschreibung gelangt sind. Aber es geht um die Regelung dieser Frage überhaupt. Und ich stelle daher, meine verehrten Damen und Herren, namens der unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn zuständigen Personallandesrat folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Wie viele leitende Positionen, das sind Abteilungsvorstände von den Fach- und Rechtsabteilungen, Bezirkshauptleute und weitere führende Positionen, werden von der Steiermärkischen Landesregierung besetzt, und zwar in Summe, nicht nur jetzt?

Zweitens: Welche derzeit amtierenden Inhaber solcher Positionen waren im Laufe ihrer Dienstzeit einem politischen Büro zur Dienstleistung zugeordnet, welche Büros waren das, und welche Partei hat das entsprechende Regierungsmitglied vorgeschlagen? Drittens: Haben sich außenstehende Fachleute für die einzelnen Positionen bewerben können? Viertens: Welche Objektivierungskriterien wendet die Landesregierung bei der Besetzung solcher leitender Positionen derzeit an? Fünftens: Wie weit ist die Bearbeitung des Antrages, Einl.-Zahl 1164/1, der auf die Objektivierung der Besetzung solcher Positionen abzielt, gediehen? Ein Antrag, der schon einige Monate in diesem Haus liegt. Sechstens: Haben Sie, Herr Landesrat, die Absicht, die im Aufnahmebereich, und das habe ich anfangs erwähnt, gut funktionierende Objektivierung auch auf diese Besetzungen auszudehnen beziehungsweise warum haben Sie sich bisher dagegen gewehrt oder haben Sie bisher davor zurückgeschreckt? Siebentens: Sind Sie, Herr Landesrat, bereit, derartige Positionen grundsätzlich auch auf Zeit zu bestellen? Achttens: Sind Sie bereit, Hearings für diesen Bereich mit einem Ausschuß des Landtages durchzuführen, wobei dem Ausschuß ein Empfehlungsrecht zustehen müßte?

Ich bitte Sie herzlich um Beantwortung und dann um eine rege Diskussion. Ich hoffe, daß dieser Vorstoß einer weiteren Objektivierung dienen wird. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 16.21 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage erteile ich Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (16.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader und Trampusch, betreffend die Objektivierung der Besetzung von leitenden Positionen im Bereiche des Landes Steiermark, die in acht Unterpunkte gegliedert ist, beantworte ich wie folgt:

Frage eins: Wie viele leitende Positionen (Abteilungsvorstände von Fach- und Rechtsabteilungen, Bezirkshauptleute und weitere führende Positionen) werden von der Steiermärkischen Landesregierung besetzt?

Auf Grund der Richtlinien für die Ausschreibung von Dienstposten leitender Beamter sind mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1972 von der Rechtsabteilung 1 Dienstposten leitender Beamter in der „Grazer Zeitung – Amtsblatt für die Steiermark“ auszuschreiben. „Als Dienstposten leitender Beamter“ – ich zitiere wörtlich – „sind insbesondere anzusehen: die Dienstposten der Vorstände der Rechts- und Fachabteilungen, Leiter der Verwaltungsbehörden erster Instanz, also Bezirkshauptleute, Verwaltungsleiter von Anstalten, Heimen und Betrieben und alle sonstigen in ihrer Bedeutung diesen gleichkommende Dienstposten“. In Summe handelt es sich um zirka 140 solcher leitender Positionen, die von der Steiermärkischen Landesregierung besetzt werden.

Frage zwei: Welche derzeit amtierenden Inhaber solcher Positionen waren im Laufe ihrer Dienstzeit einem politischen Büro zugeordnet, welche Büros waren dies, und welche Partei hat das entsprechende Regierungsmitglied vorgeschlagen?

Ich habe auf Grund der Fragestellung eine Trennung in Juristen und Nichtjuristen nicht vorgenommen, weil das nicht aus der Frage zu entnehmen war. Ich kann also antworten:

Von den vorhin genannten zirka 140 Dienstposten sind derzeit 21 mit Bediensteten besetzt, die im Laufe ihrer Dienstzeit auch in einem politischen Büro tätig waren. Seit 1972, dem Zeitpunkt des oben zitierten Beschlusses, erfolgten aus den verschiedenen Büros beider Regierungsparteien derartige Besetzungen.

Frage drei: Haben sich außenstehende Fachleute für die einzelnen Positionen bewerben können?

Antwort: Seit dem Zeitpunkt der Einführung des Personaleinstellungsmodells im Jahre 1987 – wir haben das ja schrittweise weitergeführt von einer Kategorie zur anderen, es war auch gut so, dadurch ist uns ein Fehler, wie ich ihn im derzeit geltenden Gesetz finde, nicht unterlaufen –, also seit der Einführung dieses Personaleinstellungsmodells – in Einzelfällen auch schon vorher – werden die vorgenannten Dienstposten leitender Beamter offen ausgeschrieben, so daß sich auch Nichtlandesbedienstete, die die Ausschreibungserfordernisse erfüllen, bewerben können.

Zu einer gleichlautenden Frage habe ich mich hier im Hause bereits im Jahre 1988 geäußert und veranlaßt, daß verschiedene Positionen, insbesondere in fachspezifischen Gebieten, offen ausgeschrieben werden.

Frage vier: Welche Objektivierungskriterien wendet die Landesregierung bei der Besetzung solcher leitender Positionen an?

Bei der Bestellung leitender Beamter ist ein mit Regierungsbeschluß vom 13. Dezember 1971 festgelegtes Verfahren noch heute einzuhalten. Die leitenden Positionen sind öffentlich auszuschreiben. Öffentlich und offen ist hier rechtsformalistisch nicht dasselbe. Eine Begutachtungskommission hat unter dem Vorsitz des Landesamtsdirektors zu prüfen, ob die Bewerber die Voraussetzungen erfüllen. Dies, meine Damen und Herren, ist eine formale Prüfung. Die Bewerbungsgesuche sind sodann der Steiermärkischen Landesregierung zur Entscheidung vorzulegen. Die Qualifikation der Bewerber, soweit es sich um Landesbedienstete handelt, ist der Landesregierung auf Grund der bisherigen beruflichen Leistung – wenn sie Landesbedienstete sind – bestens bekannt. Nunmehr ist eine neue Situation eingetreten, weil die Landesregierung von einer auf Landesbedienstete eingeschränkten Ausschreibung zunehmend zu einer offenen Ausschreibung übergegangen ist.

Fünftens: Wie weit ist die Bearbeitung des Antrages, Einl.-Zahl 1164/1, der auf eine Objektivierung der Besetzung solcher Positionen abzielt, gediehen?

Der am 28. Juni 1990 eingebrachte Antrag ist am 18. Oktober 1990 in der Rechtsabteilung 1 eingelangt und in Bearbeitung genommen worden.

Der Antrag enthält im wesentlichen zwei Punkte: a) Bewerbung von Außenstehenden für Spitzenpositionen in der Landesverwaltung und b) Ausarbeitung von Objektivierungsrichtlinien für die Besetzung von Spitzenpositionen.

Zu a) darf ich verweisen auf meine Ausführungen zu Punkt drei der dringlichen Anfrage.

Zu b): Zur Erstellung von Objektivierungsrichtlinien für die Besetzung von Spitzenpositionen sind derzeit umfangreiche Arbeiten und Überlegungen im Gange. Auch für die Realisierung, meine Damen und Herren, des sehr erfolgreichen Personaleinstellungsmodells waren gründliche Vorbereitungsarbeiten von gut zwei Jahren notwendig.

Sechstens: Haben Sie die Absicht, die im Aufnahmebereich gut funktionierende Objektivierung auch auf diese Besetzungen auszudehnen, beziehungsweise warum haben Sie bisher davor zurückgeschreckt?

Antwort: Sowohl bei der Neuaufnahme von Personal über das Steirische Personaleinstellungsmodell als auch bei der Besetzung leitender Funktionen sind jeweils durch Regierungssitzungsbeschlüsse exakt vorgegebene, allerdings unterschiedliche Verfahren einzuhalten. Bei der Neuaufnahme von Mitarbeitern gibt der Personalbeirat an mich als Personalreferenten eine Einstellungsempfehlung ab, an die ich mich bisher immer halten konnte. Die Bestellung leitender Funktionen erfolgt auf Basis des bereits zitierten Regierungssitzungsbeschlusses aus dem Jahre 1971.

Siebtens: Sind Sie bereit, derartige Positionen grundsätzlich auch auf Zeit zu bestellen?

Bei allen Schwierigkeiten vornehmlich dienstlicher Natur muß ernsthaft darüber diskutiert, nachgedacht und eine Lösung gefunden werden. Ich wäre zu dieser Bestellung auf Zeit bereit.

Und schließlich achtens: Sind Sie bereit, Hearings für diesen Bereich mit einem Ausschuss des Landtages durchzuführen, wobei dem Ausschuss ein Empfehlungsrecht zustehen müßte?

Antwort: Wie ich bereits angekündigt habe, sind Überlegungen über ein Auswahl- beziehungsweise Vorauswahlverfahren auf der Grundlage objektiver Kriterien im Gange. Welche Methoden und Instrumente dabei tatsächlich angewandt werden – ob sie nun Hearing, Assessment-Center oder Bewerbungsgespräche heißen –, steht noch nicht fest. Diese Kommission, die letztendlich über diese Bestellung verantwortlich zu entscheiden hat, ist das Kollegialorgan Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Erna Minder.

Abg. Minder (16.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als Mitglied des Personalbeirates, der für die Aufnahme in den Landesdienst nach objektiven Kriterien mit zuständig ist, kann ich über eine zwar diskussionsfreudige, jedoch friktionsfreie Arbeit berichten, die auch in bisher immer einstimmigen Beschlüssen ihren Niederschlag gefunden hat. Ich komme auf meinen Kollegen Mag. Rader zurück. Anders sehen jedoch die Beschlüsse für die leitenden Personalangelegenheiten durch die Landesregierung aus. Hier gab es in den letzten Jahren Mehrheitsbeschlüsse bei der Besetzung der Stelle des Expositurleiters Bad Aussee (Abg. Gennaro: „Weil er das richtige Parteibuch gehabt hat!“),

bei der Verlängerung des Sondervertrages für den Sicherheitsbeauftragten, bei der Besetzung der Stelle des Vorstandes der Rechtsabteilung 5, bei der Bestellung des Energiebeauftragten des Landes Steiermark, bei der Besetzung des Postens des Leiters und des Stellvertreters der Buchhaltung, Abteilung 8 der Landesbuchhaltung und bei der Bestellung des Leiters des Straßenbauamtes. Noch eine kurze Ist-Analyse: Von den insgesamt 123 A-Posten der Dienstklassen VIII und IX hat die ÖVP 113 besetzt. (Abg. Gennaro: „Das ist ein Skandal!“) Bei wichtigen Landesdienststellen, die mit A-Posten der Dienstklasse VIII und IX besetzt sind, wie etwa Landesrechnungshof, Präsidialabteilung, Rechtsabteilung, Baudirektion, Bezirkshauptmannschaften und so weiter, sind von den 89 Posten 79 der ÖVP zuzurechnen. Seit Monaten sind, wie schon Landesrat Dr. Klausner in seiner heutigen Budgetrede aufgezeigt hat, für das Land wichtige Leistungsfunktionen aus sachlich nicht erklärbaren Gründen nicht nachbesetzt worden. Es sind dies, jetzt wiederhole ich, aber ich möchte es trotzdem genauer sagen, Rechtsabteilung 10, Fachabteilung V, Direktor der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt, Geschäftsführer der Landesholding. Hinzu kommen ab 1. Jänner 1991 die schon erwähnten Posten der Rechtsabteilung 12, Bezirkshauptmann oder -frau, Vorstand der Fachabteilungen II b und III b. Wir erwarten uns Bestellungen nach objektiven Kriterien.

Herr Landesrat, ich glaube nicht, daß es zwei Jahre Vorbereitungsarbeiten bedarf, wie es bei der Einstellung war, denn gute Vorarbeit ist ja schon geleistet worden. Ich möchte hier grundsätzlich nicht Zweifel an den bisherigen Bestellungen üben und keineswegs die Qualifikation der ernannten Personen in Frage stellen, den Beweis für eine objektive Besetzung sind Sie uns aber schuldig geblieben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das heißt, diese Leute leisten nichts. Kann man das hier von dieser Stelle aus sagen?“) Ich glaube, Herr Kollege, Sie haben mir nicht zugehört, was ich gesagt habe. Sie haben mir nicht zugehört. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Doch, doch. Sie sind den Beweis schuldig geblieben. Das nehme ich nicht zur Kenntnis!“) Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich die Qualifikation der Genannten nicht in Frage stelle. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da stelle ich mich hinter diese Leute!“) Die Objektivität der Bestellung ist trotzdem offen. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Minder!“) Ich stelle daher den Beschlüßantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Gennaro, Reicher, Heibl, Rainer, Minder und Weilharter, betreffend die Objektivierung der Besetzung von leitenden Positionen im Bereich des Landes Steiermark. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Landesregierung hat für die Besetzung leitender Positionen ein Objektivierungsmodell ähnlich jenem, wie es im Aufnahmebereich besteht, auszuarbeiten und dem Landtag darüber zu berichten.

Zweitens: Die Ausschreibung für leitende Positionen ist so zu gestalten, daß sich außenstehende Fachleute für die einzelnen Positionen verstärkt bewerben können.

Drittens: Der derzeitige Personalbeirat hat auch die Aufgaben, die sich aus diesem Modell ergeben, wahrzunehmen.

Viertens: Leitende Positionen sind auf Zeit zu stellen.

Herr Präsident, ich darf Ihnen den Beschlußantrag übermitteln. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (16.35 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich sage – Genossen darf man ja nicht mehr sagen, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß – (Abg. Gennaro: „Du kannst von mir ein Formular haben. Du kannst es dir aussuchen, ob du Parteifreund oder Parteigenosse sagen willst!“) Ich habe schon öfters in meiner jüngeren Zeit die Bitte gestellt bekommen oder den Wunsch, aber ich habe es deshalb abgelehnt, auch als sozial denkender Mensch, weil ich immer das Gefühl gehabt habe, bei der ÖVP kann man seine Meinung sagen, und bei euch ist man leider sehr oft unter einem Diktat. Und das ist der Grund dafür, daß sich manche, die sich das freie Denken noch bewahrt haben, nicht zu den Sozialisten gegangen sind, sondern zu den Freiheitlich-Liberalen oder zur Volkspartei, wie man es nennen möchte. Und wir sind nie eine Kaderpartei gewesen, weder die Freiheitlichen, noch die ÖVP, noch andere liberale Einrichtungen. Wir sind auch nie jene Partei gewesen, wo es einen Zwang gegeben hat. (Abg. Trampusch: „Ihr habt einen Klubzwang, den es bei uns nicht mehr gibt!“) Wir sind auch heute nicht jene Partei, wo die Leute aufstehen bei einer Landesversammlung und sagen: „Wir haben Angst, daß wir unsere Meinung sagen“ – siehe bei eurem letzten Parteitag – (Abg. Zellnig: „Das ist Meinungsfreiheit!“) Ich zitiere hier – wieso werdet ihr jetzt nervös, wenn ich nichts anderes mache, als praktisch die „Neue Zeit“ zu zitieren, die im Grunde genommen – (Abg. Trampusch: „Du warst am Weizberg bei eurer Veranstaltung, nicht bei unserer!“) Aber nein, Kollege, ich lese ja die „Neue Zeit“. Sie ist ja in meinen Augen gut redigiert, meine Herrschaften, ich lese sie gerne – gebe ich offen zu –, ich bin ein liberaler Mensch. Und ich verstehe überhaupt nicht, warum ihr, bevor ich etwas gesagt habe, so nervös seid. Ehrlich gestanden, warum? (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Weil du so sachlich begonnen hast. Wie immer! Eine sachliche Einleitung war das!“) Danke Trampusch, das freut mich, dieses Lob von dir stärkt mich enorm. Ich sage es dir ganz ehrlich. Mein Selbstbewußsein hebt sich. Das ist selbstverständlich. (Abg. Gennaro: „Drei Minuten geredet und nichts gesagt!“) Schau, du hast jetzt leicht reden. Ich rede eine Minute und sage nichts, du redest zehn Stunden und sagst da nichts. Das ist viel schlechter. Hör auf, deine Aussagen kenne ich schon. Du hast schon so viele Rückzieher machen müssen, weil man letzten Endes daraufgekommen ist, daß sie unhaltbar sind. Freund, denke auch an das.

Ich möchte mich aber jetzt kurz dem Thema zuwenden. Es sind ja nur 20 Minuten, die mir gegönnt sind. In erster Linie freue ich mich darüber – (Allgemeine Unruhe und viele unverständliche Zwischenrufe) Ich hoffe, ihr beruhigt euch jetzt. Ich habe ja nichts Grausliches gesagt. In aller Freundschaft, Schrittwe-

ser, edler Junge. Gar nichts habe ich gesagt sonst. Ich freue mich darüber, daß sowohl meine Kollegin Minder als auch mein Vorredner, der Kollege Mag. Rader, betont haben, daß die Objektivierung, so wie sie geschaffen wurde, und sie entsprach einem Wunsch von uns allen, anerkannt wird. Ich bin auch in diesem Ausschuß, auch mein Kollege Vollmann aus Kindberg, und wir zwei kommen doch öfter zusammen, und man freut sich, daß es hier Einstimmigkeit gibt, weil wir auch das Gefühl haben, es sollen heute die Posten so besetzt werden, daß man die Gewißheit hat, daß die Besten zum Zuge kommen. Das liegt im Interesse aller Parteien, das liegt aber auch im Interesse der Bevölkerung dieses Landes. (Abg. Hammer: „Die Meinung haben wir auch gehabt!“) Du unterbrichst mich andauernd, ich verstehe nicht, warum du das machst.

Ich freue mich auch, daß der Kollege Mag. Rader den Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Schilcher heute gelobt hat in Anbetracht der Schulprobleme. Und auch hier möchte ich ganz offen sagen, das entspricht einem Wunsch aller Lehrerorganisationen. Auch wir sind bestrebt, daß die Besten zum Zuge kommen, so wie es auch bei euch der Fall ist. Und darum, wenn ich das jetzt einflechten darf, verstehe ich es zum Beispiel nicht, daß euer großer Boß, unser Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek, nicht dem Wunsch eurer Lehrer und Lehrervertreter Rechnung getragen hat, sondern er es vorgezogen hat, und das dürfte auch wirklich stimmen, in einem etwas politischerem Gremium einen anderen vorzuschlagen (Abg. Minder: „Ist aber zuständig!“), von dem auch eure Parteifreunde das Gefühl haben, hier soll ein Parteimann, ein extremer Parteimann, zum Zuge kommen. Und das ist falsch. Denn zum Zuge soll der kommen, der in der Kollegenschaft das höchste Ansehen genießt, und das ist der Mann, der auch an erster Stelle hier gereiht wurde. Die Leserzuschriften sowohl in der „Neuen Zeit“ als auch in der „Kleinen Zeitung“ beweisen es, daß hier ein besserer Weg gegangen wurde, und ich darf hier dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek sagen, daß doch Zweifel geübt wird in solchen Fällen, wo ein neuer Chef einer Landesorganisation für sich das Recht in Anspruch nimmt, 50 Prozent aller Posten von seiner Einsicht aus zu besetzen. Das ist gefährlich. Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist gefährlich, weil das könnte unter Umständen dazu verleiten (Abg. Mag. Rader: „Das sind bei euch 100 Prozent!“ – Abg. Trampusch: „Dein Chef besetzt hundertprozentig!“), daß man plötzlich das Gefühl bekommt, man ist einer Macht ausgeliefert und allem, was mit dieser Macht und so weiter zusammenhängt, und euer Ressel hat ja auch tatsächlich das Richtige gesagt. Hier spreche ich vielleicht euren Gewerkschaftern aus den Herzen, das ist nicht gut, weil das letzten Endes all dem widerspricht, was wir wollen, daß nämlich die Basis, wie man so sagt, unsere Freunde unten die Möglichkeit haben, ihre Kandidaten auszusuchen. Wenn man dann plötzlich hergeht und sagt, nein, ich bestimme es jetzt, wer etwas wird, so ist das für die Demokratie nicht gut. Ich wundere mich über die Presse, das muß ich auch ganz ehrlich sagen, die ja sonst so sehr bedacht darauf ist, daß die Meinung zutage kommt, nämlich die Meinung des Volkes, wen es an der Spitze haben will. Die Leute im Bezirk wissen, wer der einzelne ist, daß man das auf diese Art und Weise ignoriert, und das meinte ja auch

letzten Endes euer Ressel, ich zitiere doch nur Ressel. Und nun darf ich weiter sagen, liebe Kollegin Minder.

Bei all diesen Entscheidungen, die getroffen wurden, kann man sagen, daß fast alle Regierungsbeschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Und wie die Zwischenrufe bei Bad Aussee (Abg. Trampusch: „Du plädiert, für unser Wahlmodell in den Bezirken zu entscheiden!“) Ich habe dich leider nicht verstanden, du hast bestimmt was Liebes zu mir sagen wollen! Ich muß jetzt aufpassen. Aber wie die Zwischenrufe zur Besetzung von Bad Aussee gezeigt haben, hat dieser (Abg. Trampusch: „Wolltest du Stainach sagen?“) Bewerber bewiesen, daß er diesen Posten ausgezeichnet ausführt. Und meine Freunde haben mir erklärt – das stimmt auch tatsächlich –, und ich darf jetzt auch eines dazu sagen, als ich in den Landtag gekommen bin, das muß ich jetzt einflechten, ich war so lange in einer Stadtgemeinde oder Marktgemeinde tätig, und da war ich immer bei der Minderheit. Und da habe ich erleben müssen, meine lieber Freund, bei Personalentscheidungen bist du nichts. (Abg. Trampusch: „Du mußt Verständnis haben für uns!“) Dann bin ich in den Landtag gekommen, und dann habe ich gemerkt, daß in der Landesregierung die Entscheidungen wesentlich objektiver fallen. Und zwar nicht erst heute, sondern schon viele, viele Jahre früher. (Abg. Vollmann: „Jetzt hast du zugegeben, daß Personalentscheidungen in der Landesregierung fallen!“) Kollege Vollmann, was gibt es? Regt dich irgend etwas auf? Das ist ja nicht notwendig.

Und jetzt, Frau Kollegin Minder. Ich hoffe, es ist ein Versprecher gewesen, denn Sie haben erwähnt, „nicht grundsätzlich möchte ich an den Fähigkeiten zweifeln“, so habe ich es mir mitnotiert, „aber den Beweis sind Sie schuldig geblieben“, und da habe ich das Gefühl, ich nehme es von Ihnen zur Kenntnis, daß es eine schlimme Aussage wäre, wenn wir behaupten würden, daß jene Beamte, die letzten Endes von der gesamten Regierung in den allermeisten Fällen beschlossen werden, nicht gut sind. Ich kann hier sagen, auf die steirischen Beamten können wir stolz sein. (Abg. Trampusch: „Außer dir hat es jeder verstanden.“) Wir können stolz auf sie sein, wenn es irgendwo nicht so klappt, das kommt überall vor, aber das Gros der Beamtenschaft, meine Damen und Herren, der Steiermark ist ausgezeichnet. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich freue mich, daß wir im Grunde genommen hier die gleiche Anschauung haben. Abschließend, liebe Freunde von der anderen Seite. Wenn hier schon, Frau Kollegin Minder, du dich stark machst, dann möchte ich sagen, mach das in deinem eigenen Bereich noch mehr. Bemühe dich hier. Bemühe euch hier alle, eine Demokratisierungswelle auszulösen, die einfach frapierend ist, die einfach vorbildlich ist. (Abg. Trampusch: „Ihr tut nicht mit!“) Probiert das einmal, wir würden es sehr, sehr begrüßen. Und zwar begrüßen im Interesse aller dort Beschäftigten, aber auch im Interesse aller Leute, die dort vertreten werden oder vertreten werden sollen. Und so darf ich sehr herzlich bitten oder auch fragen, wie viele leitende Positionen, Abteilungsvorstände und so weiter Stadtmamtsdirektoren im Bereich sozialistisch dominierter Institutionen im Ausschreibeverfahren wirklich objektiv besetzt werden konnten. (Abg. Dr. Maitz: „Gebietskrankenkasse!“) Ich kenne hier fast nichts, meine Damen und Herren.

Und dann möchte ich fragen, welche der derzeit amtierenden Inhaber solcher Institutionen stammen aus dem sozialistischen Establishment? Ihr könntet Verwandte oder sonst was nehmen, auch das könnte man einmal überprüfen, und man könnte sagen, hier beginnen wir – Herr Landeshauptmannstellvertreter, du bist ja der Garant, sagst du zumindest –, hier beginnen wir mit neuen Ideen und lassen wir alles, was mit Partei und Funktionen und so weiter zusammenhängt, zurück. Dann erst könnte ich sagen, für diese Funktionen in euren Institutionen haben sich auch außenstehende Fachleute (Abg. Vollmann: „Du verwechselst etwas. Denke an die Krobath-Besetzung, Möse und so weiter!“) für die einzelnen Positionen bewerben können. Warum ist der Vollmann so nervös? (Abg. Trampusch: „Er hat nur die Namen gesagt, die du vergessen hast!“) Haben sich Außenstehende bewerben können? Ich möchte hier sagen, wahrscheinlich nicht. Auch hier, Kollegin Minder, Kollege Vollmann, ein weites Feld für eine demokratische Betätigung. Und wenn wir heute diese Kammerdebatten haben, meine Damen und Herren, ausgelöst wurde es durch die Arbeiterkammer, weil das war der Boden, wo am rücksichtslosesten Parteiinteressen vertreten wurden. Das muß ich hier eindeutig sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich freue mich, daß Sie hier auch inzwischen die Konsequenzen gezogen haben (Abg. Rainer: „Das ist der Unterschied!“), denn ich war zum Beispiel sehr enttäuscht (Abg. Trampusch: „Wir haben schon gelernt, ihr nicht!“), Trampusch, Unterzeichner dieses wunderbaren Antrages! Ich war sehr enttäuscht, als ich aus der Zeitung zur Kenntnis nehmen mußte, daß ihr eurem neu gewählten Landesvorsitzenden als Stellvertreter – und er hat ihn auch akzeptiert – einen Alois Rechberger gegeben habt. Einen Alois Rechberger zu einer Zeit, wo alle schon gewußt haben, was sich hier abspielt. Nimm die Kapfenberger! Niemand darf sich damit schmücken, ich habe diesen Mann weggebracht, denn der Mann mußte ja weg. (Abg. Trampusch: „Das war am 7. Oktober – ein alter Kaffee!“) Denn das hat sich ja letzten Endes niemand mehr gefallen lassen. Und so möchte ich, meine Damen und Herren – ich hoffe, ich habe das in aller Ruhe und Sachlichkeit gebracht – (Abg. Erhart: „In bekannter Sachlichkeit!“) Ich verstehe nicht, das, was ich hier gesagt habe, ist untermauert durch die „Neue Zeit“, untermauert durch meine persönliche Lebenserfahrung, und ich möchte euch den Wunsch mitgeben, bei allen kommenden Entscheidungen und bei allen euren Institutionen, wo ihr die Möglichkeit habt, macht das, was ihr hier so stürmisch verlangt, denn wenn ihr das schon machen würdet, was wir jetzt schon tun, wäre alles auch bei euch schon viel demokratischer. (Beifall bei der ÖVP. – 16.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (16.50 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde die 20 Minuten in keinem Fall nützen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe mir im ersten Moment gedacht, jetzt lasse ich alle einmal gegeneinanderrennen und schaue einmal, was sie daraus machen, und wollte mich eigentlich ganz genüßlich zurücklehnen

und schauen, wer wem welche Schuld gibt. Nach einiger Zeit habe ich mir gedacht, wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte oder die dritte, aber das stimmt jetzt gar nicht so, weil die dritten wären ja die Frauen, wenn ich sage, die einen sind die Karrieristen der ÖVP oder die anderen bei der SPÖ, aber wie schaut es bei den leitenden Positionen der Frauen aus, und wie schaut es mit der Frauenförderung in den oberen Etagen aus? Und das ist eigentlich für mich auch eine zentrale Frage. Ist der Schulterschluß der Männer so gut, daß sie – ob sie jetzt ÖVP oder SPÖ sind – es immer zu verhindern wissen, Frauen zu fördern? Daß sie nichts dazu beitragen, daß Frauen in den oberen Positionen oder in den leitenden Positionen zu finden sind? Also, da frage ich mich, wie läuft denn das eigentlich oder sind die Frauen wirklich eher desinteressiert an diesen oberen Positionen? Wenn jetzt eine Ausschreibung als das Allheilmittel hingestellt wird, dann möchte ich hier auch so meine Zweifel anmelden, denn ich glaube, daß man sehr wohl die Wunschkandidatinnen auch schon durch die Ausschreibung definiert. Das heißt, die Ausschreibung ist auf die Person zugeschnitten. (Abg. Schützenhöfer: „Nehmen Sie den letzten Personalbeirat!“) Ja, das ist der positive Fall, daß man plötzlich einmal eine Parität gehabt hat. Aber ich würde mir auch wünschen, wenn es darum geht, sehr wohl eine Frau als ein Mann wären die qualifizierten Personen, daß sich hier etwas ändert, und daß man ganz bewußt bei gleicher Qualifikation der Frau den Vorzug gibt. Das würde ich mir für die Zukunft wünschen. Und ich möchte auch nicht die Gläubigkeit an bestimmte sogenannte objektive Testverfahren mittragen. Ich glaube, daß auch diese Gläubigkeit eher übertrieben ist. Ich habe noch immer meine Zweifel, bei den psychologischen Tests und so ganz von objektiv zu reden, das widerstrebt mir. Ich bekenne mich schon zu meiner Rolle als Personalbeirätin, aber bei allen bin ich auch nicht ganz überzeugt, daß das nur so und nicht anders hätte sein können. Danke. (16.54 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (16.54 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich vorweg sagen, daß ich die Reaktion und die Antwort des Herrn Personallandesrates beachtlich finde. Wirklich beachtlich deshalb, weil er in einer spontanen Reaktion, vorbereitet ganz sicher durch das gute Klima, das wir gemeinsam bei der Objektivierung der Aufnahmen geschaffen haben, nicht vorgefunden, sondern geschaffen haben im Laufe der Zeit, bereit ist, einzusteigen. Und ich weiß, daß das natürlich ein noch sehr weiter Weg sein wird, um das zu überwinden. Es wird unsere Aufgabe sein, so wie es auch unsere Aufgabe bei der Objektivierung der Aufnahmen war, ständig und immer wieder zu drängen und zu bohren und voranzuboxen, damit wir weiterkommen. Weil wir kommen ja darüber nicht hinweg, daß all das, was an strengen fixen Verfahren derzeit bei der Bestellung von Leiterpositionen vorliegt, halt nur eine formale Prüfung der Landesregierung beinhaltet. Eine formale Prüfung, die nichts anderes beinhaltet verständlicherweise, als ob die Voraussetzun-

gen, die bei der Ausschreibung verlangt waren, nämlich die Studienrichtung und was weiß ich, gegeben sind und damit hat sichs, und dann natürlich eine Entscheidung getroffen wird. Jetzt weiß ich schon – und das ist ein bißchen billig vom Kollegen Prof. Dr. Eichinger –, aber ein bißchen Demagogie muß schon sein, das verstehe ich schon, und manchmal sind wir ja dankbar, daß es dich gibt, weil sonst gäbe es ja keine Demagogie mehr hier in diesem Haus. Ich weiß natürlich schon, daß es lustig ist, jetzt die Geschichte so zu drehen und zu sagen, also bitte, jeder, der nicht objektiv besetzt worden ist, muß automatisch eine Flasche sein. Noch weit gefehlt. Es fällt auf, daß in den verschiedenen Gegenden verschiedene gute Leute immer aus derselben Gegend herkommen. Daß die ganzen Klassen und gescheiterten Leute in Wien primär rot sind und daß die ganzen Klassen und gescheiterten Leute in der Steiermark primär schwarz sind. Die Ziffern habe ich gar nicht gekannt, die die Frau Kollegin Minder genannt hat. Aber das ist ja noch die viel interessantere Antwort auf die dringliche Anfrage, als die, die der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba gegeben hat. Wenn von 123 Achter- und Neunerposten 113 an sich der ÖVP zuzuordnen sind, und sonst auch in den Dienststellen bei den Achtern von 89 79 der ÖVP zuzuordnen sind, dann sagt das ja nicht, daß die schlecht sind, aber es sagt, daß es eigentlich die furchtbare Situation gibt, daß diejenigen, die gut sind und weiterkommen wollen, daß diejenigen, die etwas leisten wollen und auch eine wirklich verantwortliche Position einnehmen wollen, sich zwangsläufig politisch orientieren müssen, um über die Runden zu kommen. Das ist noch lange nicht das böse Wort von der politischen Prostitution. Noch lange nicht. Aber sonst könnte es ja nicht sein – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich glaube nicht an diese Zuordnung. Mich frappt es, daß man sagen kann, von diesen 123 113!“). Entschuldige, wir haben bis auf dich so ein sachliches Klima da gehabt, tun wir das beibehalten. Entschuldigung, sonst müßte ich sagen, das wäre eine scheinheilige Frage, also streichen wir die Frage aus dem Protokoll. Natürlich wissen wir, wo wer zuzuordnen ist, was ja auch nichts Schlechtes ist, das Furchtbare ist nur, daß die guten Leute sich quasi in ein System eingliedern müssen, auch in ein politisches System eingliedern müssen, um dann tatsächlich nicht beim, was weiß ich, Landesregierungs- oder Oberlandesregierungsrat oder sowas hängen zu bleiben. Entschuldigung, ich bin beim Magistrat, bei uns heißt es Obermagistratsrat. Um also tatsächlich auf den Achtersprung machen zu können, und das ist in Wien genauso, andersfärbig so in Niederösterreich, damit wir ein anderes Bundesland nennen, oder vielleicht in der Steiermark, so in eurem Bereich, und ich hoffe inständig, daß es in Kärnten nie so werden wird in unserem Bereich, auch wenn wir theoretisch ewig den Landeshauptmann stellen könnten. (Abg. Pinegger: „In Kärnten auch!“) Na also bitte, ich werde dir etwas sagen. Die drittstärkste Partei wird, nehme ich an, nicht so schnell den Landeshauptmann stellen in Kärnten – wenn du mir diese spitze Bemerkung erlaubst. Du hättest sie mir erspart, wenn du nichts gesagt hättest. Aber weil ich ja genügend spitze Bemerkungen von euch in den letzten acht Jahren gesammelt habe, erlaube mir, eine kleine zurückzugeben. (Abg. Ing. S-toisser: „Das ist eine Momentaufnahme!“)

Aus diesem System kommen wir in Wahrheit (Abg. Schützenhöfer: „Ich hoffe, dein und mein Wunsch geht in bezug auf Kärnten in Erfüllung!“) Ich weiß nicht, was du wünschst. Also ich wünsche mir, daß wir lange den Landeshauptmann stellen. Wie kommen wir denn aus diesem System heraus? Aus diesem System kommen wir tatsächlich nur heraus, wenn – was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba angedeutet hat und was auch Gegenstand dieses Beschlufsantrages ist, von dem ich annehme und hoffe, daß er diesmal wirklich einmal einstimmig verabschiedet werden wird – gesagt wird, die totale Offenheit, kann kommen wer will, wenn er gut ist, kommt er zum Zug, egal, wo er herkommt. Das mag schon durchaus sein, daß möglicherweise in vielen Bereichen, nicht in allen, nach diesem System dieselben Leute dort säßen, wie sie jetzt säßen. Nur, bitte, sind sie durch ein anderes System dort hingekommen, und das ist das Wesentliche an der Situation. Daß überhaupt keiner das Gefühl haben muß, er sollte sich irgendwo orientieren, damit er tatsächlich über die Runden kommt, damit das endgültig vorbei ist, endgültig auch bei uns vorbei ist, und mein Gott, glauben Sie mir, es wird noch ein weiter Weg werden. Im Augenblick reden wir alle von Objektivierung, alle reden davon. Wir werden es vielleicht auch beschließen, nur sind wir noch ganz lange nicht soweit. Es wird auch davon abhängen, daß die Persönlichkeiten dieses System, das wir hoffentlich zustandebringen werden, auch gemeinsam handhaben müssen, daß die stark genug sind, jeder Versuchung zu widerstehen, dort und da wieder ein Hintertürl zu finden. Ich bin wirklich froh, daß diejenigen, die in diesem Aufnahmebereich im Moment tätig sind, sich diese Versuchung von vornherein verbaut haben. Das ist wichtig. Und dann wir es Jahre brauchen, bis wir in der Steiermark endlich ein freies System haben, nämlich für jeden erkennbar ein freies System haben, daß auch, was jetzt noch immer geschieht bei den Aufnahmen, die sagen, das glaube ich nicht, das muß ein Schmäh sein, das kann gar nicht stimmen. Und wir werden alle nicht müde sein zum Erzählen. Bitte, natürlich ist das so, daß, wenn du etwas kannst, kommst über die Runden, wenn du es nicht kannst, hilft dir kein Herrgott und insbesondere kein Intervenient, und vergiß das, du brauchst gar nicht kommen, wenn sich dieses System dann auch auf die Spitzenpositionen endgültig durchgesetzt hat. Dann haben wir ein freies Klima in diesem Lande. Und wenn diese, wenn auch kurze, aber inhaltvolle Diskussion heute, die wir gemeinsam initiieren durften, dazu führt, auch in diesem Bereich diesen Weg zu bereiten, dann war sie Gott sei Dank richtig, dann war sie erfolgreich, und dann ist das ganz sicher auch eine Sternstunde dieses Landtages. (Beifall bei der FPÖ. – 17.00 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (17.00 Uhr): Ja, ich möchte dem Herrn Kollegen Mag. Rader gratulieren. Er hat noch Illusionen, er träumt von leistungsbezogener Besetzungspolitik, von einem offenen und freien Klima, und ich glaube, einem Menschen soll man Illusionen nie rauben. Die Illusion ist eine Motivation und ist vielleicht auch ein Aspekt für bessere Zeiten. Wie es allerdings tatsächlich gehandhabt wird, wissen wir alle. Wir wissen, daß die Verwaltung nichts

anderes ist als ein Hilfswerkzeug im Sinne der Landespolitik. Daß diese Landespolitik meistens aber mit Parteipolitik verwechselt wird, wissen wir auch. Und daher sind diese Zahlen, die du genannt hast, daß soundsoviele Spitzenbeamte, Spitzenressorts einer politischen Partei, sprich eben der ÖVP, dem Lande zuzuordnen sind und vielleicht in Wien den Roten zuzuordnen sind, Fakten, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Die Entscheidungen fallen halt leider nur alle fünf Jahre, bei Wahlentscheidungen, und es ist eben höchste Zeit, daß die ÖVP in diesem Lande diese absolute Mehrheit verliert, damit auch über diese Sachen mehr gesprochen wird und vielleicht dieser Prozentsatz nach den Illusionen des Herrn Rader doch dann korrigiert wird. Ich hoffe nur, daß man dann nicht zwei Parteibücheln braucht im Lande, eines links und eines rechts. Es gibt auch Leute, die Nullgruppe sind bis zur Entscheidung, daß er sagt, na gut, jetzt nehmen wir freie Leute. Im Endeffekt sind es aber hinter den Kulissen etwa Ultraschwarze oder meist dem CV zuzurechnen. (Abg. Schützenhöfer: „Da gibt es auch Ausnahmen!“) Das ist ein Faktum, das ja nicht gerade auf dem Gebiet der Primärärzte und auf dem Gebiet der Spitzenbeamten. Da sagt immer einer: „Ich bin ja nicht bei der ÖVP, laßt mich in Ruhe“. Im Endeffekt ist er die Garde der ÖVP, das heißt, im Endeffekt sind es die CVer, die ja ultraschwarz sind und schwarzer als schwarz. Ich sage immer, die schwarzen Jesuiten sind das. Sie sind auch sehr gut geschult und sicher auch taktisch gut ausgebildet. Was mich betrifft und was uns seitens der Umweltpolitik und vor allem der Landeshygiene aufstößt, ist jüngst dieser ganze Fopper, wie man einen Landeshygieniker als meiner Meinung Spitzenposition in der Hygiene, in der Verwaltung im öffentlichen Interesse besetzt. Wie das über Nacht und Nebel gegangen ist vor den Urlaubsferien, damit es nach dem Urlaub im Herbst jeder vergessen hat und vor allem, damit man es bei der Landtagswahl wieder vergessen hat. Wie diese Besetzungspolitik, wie das funktioniert, daß man heute jemand im Land Steiermark, wo man soviel redet von fachbezogener Besetzungspolitik und von frei und offen, jemanden hinsetzt als Landeshygieniker, der nicht einmal Arzt ist, der nicht einmal langjährige ärztliche Erfahrung nachweisen kann, das ist für mich der Skandal schlechthin. Und der Herr Dr. Köck, wissen Sie was, der hat in Wieselsburg den kleinen Ingenieur für Land- und Forstwirtschaft und hat dann irgendein post graduated Studium gemacht, vielleicht Philosophie oder irgend etwas, damit er das Doktorat hat, aber so einem Mann hier diese Verantwortung als Landeshygieniker zu übertragen, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, wie ihr das gemacht habt, das ist ein Schandfleck in der steirischen Besetzungspolitik. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege Korber!“)

Und Sie können sich jetzt künstlich aufregen was Sie wollen. Mich wundert es ja nur, daß die linke Reichshälfte (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege Korber, Sie haben mich angesprochen!“) Sie können sich dann zu Wort melden, Herr Landeshauptmann, ich mache das meistens auch so. Jetzt bin ich am Wort, und ich sage Ihnen, daß diese Besetzungspolitik, ganz gleich, wie Sie jetzt das argumentieren wollen, beschönigen wollen, uns klar machen wollen, uns grünen chaotischen Narren, wie man das immer wieder hört oder wie das dann verwendet wird von Zeitungsschrei-

bern Ihrer politischen Couleur. Und ich muß sagen, auch daß die „Tagespost“ heute nicht mehr am Leben ist, das war noch eine Zeitung, die war Ihrer Partei zurechenbar, aber die noch objektiv war gegen manche andere Berichterstattung. Sie haben die Medien heute großteils in der Hand, Sie haben die Besetzungspolitik in der Hand, und ich sage Ihnen, ich bin überzeugt, daß Sie menschlich in Ordnung sind, daß Sie sich nie in Richtung einer Korruption, wie ein Rechberger oder andere, hinreißen lassen, aber Ihre Besetzungspolitik nenne ich einfach korrupt, weil Sie nur Macht sehen, nur Machtpolitik – (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt ist es genug!“ – Abg. Purr: „Solche Vergleiche sind unerhört!“) Rege dich nur auf für deinen Chef. Ich erzähle Ihnen auch, was mir passiert ist, weil ich der ÖVP nicht zugerechnet werde. (Abg. Dr. Maitz: „Überlege dir, was du sagst!“) Und grundsätzlich, ich sage noch einmal, diese Besetzungspolitik, ich habe nicht gesagt, der Herr Landeshauptmann, ist korrupt. Fangt einmal zu denken an, wenn ich euch was sage. Die Besetzungspolitik ist schlichtweg korrupt, weil man öffentliche Ausschreibung, ohne daß man sich interessiert, daß es gute Leute gibt im Land, einen Landeshygieniker, der in allen Medien zu Wort kommt, zu jedem das richtige abfangen kann. Das sind die modernen Abfangjäger, so wie euer Dr. Cortolezis, da weiß man, daß er ein parteipolitischer Abfangjäger ist, aber der Herr Dr. Köck. Und ich sage Ihnen auch noch eines, warum ich dem Herrn Dr. Köck gegenüber so reserviert bin. Wir haben jahrelang mit „Argumente“-Sendungen versucht, daß die Menschen südlich von Graz ein Trinkwasser bekommen, eine Wasserleitung bekommen. Das war der Chromskandal, Unfall hat man das genannt von den Puchwerken. Das war diese komische Wäscherei mit den chlorierten Kohlenwasserstoffen. Wir haben jahrelang gekämpft. Es ist dann endlich gelungen, daß die Menschen dort untersucht worden sind auf diese chlorierten Kohlenwasserstoffe. Und 90 Prozent der Bevölkerung, obwohl manche gar nicht im direkten Einflußbereich waren, darum waren es nur 90 Prozent, haben erhöhte Leberwerte nachgewiesen, und speziell Kinder. Ich akzeptiere nicht von irgendeinem von der Landwirtschaft, daß er dann sagt, ja, ja, das ist eine Alkoholikergemeinde. Lesen Sie nach in der „Kleinen Zeitung“. Das ist eine Alkoholikergemeinde, weil zufällig der Alkohol die gleichen Symptome hat wie chlorierte Kohlenwasserstoffe. Sie zersetzen die Leber, gehen ins Knochenmark und machen die ärgsten Veränderungen im Blutbild, was in Anämie und Leukämie geht. Und diese Leute akzeptiere ich nicht. Das sind Abfangjäger. Damals war es von Möse, und heute ist es von Landeshauptmann Dr. Krainer. Und solche Leute sind für mich einfach nicht in Ordnung, weil sie nicht bei den Fakten bleiben. Warum hat Prof. Möse eine Untersuchung gemacht? Er hat sich damals nachher entschuldigt. Nur so eine Sache, wenn sie einmal medial draußen ist, das ist wie ein Sack voll Flöhe. Fangen Sie die Flöhe einmal ein in der Meinungsvielfalt, dann heißt es, ja, ja, Alkoholikergemeinde und so weiter. Bitte, so kann man keine Umweltpolitik machen. Und seitdem steh ich dem Herrn Dr. Köck derart skeptisch gegenüber und kann das beweisen, daß einfach diese Besetzung für mich – ich will es nicht wiederholen, du hast es schon gehört. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Dich möchte ich zum Landeshygieniker machen. Deine Rede beweist

es!“) Wäre gar keine schlechte Idee, ja. Ich hätte es nicht annehmen, weil ich nicht Arzt bin. Ich muß doch bitte auch meine Möglichkeiten – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du redest auch über alles!“) Du kannst mich vielleicht zum Umwelthanwalt machen. Ja, das nehme ich vielleicht an. Da kann man darüber reden. Aber bitte, ich bin nicht Arzt, ich bin nicht Mediziner. Wie soll ich über landeshygienische Dinge, die derart reingehen in die Gesundheitspolitik, in die Vorsorgepolitik, in die Verhütungspolitik? Nichts gegen klein, aber ein kleiner Agraringenieur aus Wieselburg, der nur gelernt hat, wie man ordentlich spritzt, und nicht einmal das hat er richtig gelernt. Die haben noch die alte Schule der Giftspritzerei gelernt. Das sind Dinge, das ist nur beschwichtigen. Herr Landeshauptmann, Sie müssen sich von mir gefallen lassen, Sie sind sicher als Person für mich außer Streit, ich glaube, daß das in Ordnung ist, aber Ihre Besetzungspolitik ist für mich einfach nicht in Ordnung. Und Sie haben auch in der Landesbaudirektion eine komische Besetzungspolitik. Ich habe das ja mitverfolgt. Ich höre, ich sehe auch, ich bin ja selber auch nach meiner Hochschultätigkeit, wo ein freies Denken war und eine freie Meinung, fünf Jahre in der Landesbaudirektion gewesen und habe auch gelernt und gesehen, wie es zugeht. Ich habe das nie verstanden, ich verstehe es auch heute nicht. Ich danke dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, daß er das eingedämmt hat, ich habe nie verstanden, daß man einem Architekten, der Häusl baut, plant, die Abwassertechnik überläßt, das ist der Herr Hofrat Grancy, und einen Wasserbautechniker, einen typischen Bautechniker, Herrn Hofrat Josel, in den Hochbau steckt, was eine Domäne der Architekten ist. Da haben sie sich am Papier einfach verschaut. Sie haben zu beiden gesagt, die werden Hofräte, nur haben sie das verwechselt. Heute sitzt ein Architekt dort, wo Gott sei Dank der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller mit einem anderen Hofrat den ein bißchen einbremst oder wenigstens die Planung eingebremst hat. Das war alles nur Zentralismus. Das war nur Gigantomanie. Das war nur, die Bauern anschließen mit Zwang an den Grubendienst oder an den Kanal. Dem fehlt das Empfinden zur Ökologie, zur landwirtschaftlichen Entsorgung. Und der andere, der ein Fachmann ist auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung, der sitzt im Hochbau. Ich habe das nie verstanden. Ich muß sagen, das ist einfach ein Beweis, es sollen beide Hofräte sein, es ist ihnen keiner neidig, nur, die zwei gehören getauscht und dann, glaube ich, wäre manches besser. Um einmal auch hinzuweisen, daß man gegen keinen Menschen etwas hat, wenn er etwas wird, ist klar, ist in Ordnung. Die Leute sind loyal, ich bin nicht loyal. Ich habe auch eine Dienstbeschreibung bekommen. Herr Landeshauptmann, das hat sicher mit Ihnen nichts zu tun.

Ich glaube, auch nicht mit anderen. Aber weil eben manche Hofräte glauben, weil sie fachlich mit einem nicht fertig werden, weil wir haben seit Jahren gesagt, im ganzen Schutzwasserbau Ende mit der Regulierungstollwut, Ende mit diesen Trapezkünstlern. Du kannst nicht das Wasser hinunterschicken, und die unteren saufen ab. Der Kollege Trampusch weiß, was sich in Wagna abgespielt hat. Herr Landeshauptmann, ich muß mich auch nachträglich bedanken. Durch Ihre Initiative hat wenigstens der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser die Möglichkeit gehabt, daß er gesagt hat, da machen wir eine vernünftige Lösung und hören nicht

mehr dem Regulierungshofrat zu. Es gibt durchaus auch positive Aspekte. Aber was war denn der Dank, daß ich im Sinne eines integralen Schutzwasserbaues die Leibnitzer Au habe retten können, daß wir das mit einem Damm saniert haben? Heute ist jeder froh, daß dieses Leibnitzer Au Stadtgebiet wie ein Stadtpark ist, wie in Graz, ein Naherholungsraum, ein Naturraum, wo die Leute joggen können, wo sich die Leute zurückziehen können, wo sie mit dem Kinderwägel fahren können. Und wenn Hochwasser ist, gehen sie raus. Bei Hochwasser habe ich in der Au so nichts zu suchen. Daß man der Natur noch einen Überflutungsraum läßt, wo sich das Hochwasser ausweiten kann, ohne mit Verschärfung unten alles zu zerstören. Und was war dann der Dank? Ich habe das aus meinem Personalakt. Ich habe das mit einer 120-Schilling-Stempelmarke als Landesbediensteter versehen. Eine Abqualifizierung von „sehr gut“ auf „nicht entsprechend“ (Abg. Kanduth: „Zur Sache!“), das macht man heute nicht einmal mehr mit einem Volksschüler, den tut man vorher auch ermahnen. Mir hat auch eine Personalvertretung nicht so richtig helfen können, weil es ist ja eine Hofratsgeschichte, daß einfach eine Leistung von „sehr gut“ auf „nicht entsprechend“ abnimmt, weil man außerdienstlich parteifreier Gemeinderat in Weinitzen ist und weil außerdienstlich eine Pflanzenanlage und eine Versuchs- und Forschungsanlage geplant ist, das ist mir widerfahren. Und daher bin ich auch interessiert, daß Leute, die nicht immer dem Hofrats- oder politischen Machtkörper loyal sind, dann nicht mit solchen Repressalien zu rechnen haben. In dem Sinn ist es auch wichtig, daß die Personalvertretung freier ist und wir vielleicht auch einmal bei einer Liste hineinkommen. Vielleicht einmal eine Grüne Liste, vielleicht eine Alternative Liste, und wir werden schauen, daß das auch gelingt. Das heißt, es gibt auf diesem Gebiet der Verwaltung alle Möglichkeiten, es gibt die Möglichkeit, gezielt Leute hinzusetzen, die politisch loyal sind, das sieht man überall, das ist ein Machtinstrument der Politik, auch der Parteipolitik. Aber ich sehe nicht ein, daß Leute – und ich könnte Ihnen Namen nennen und einmal zu Ihnen kommen, Herr Landeshauptmann – heute Repressalien haben, nur weil sie für eine dezentrale Abwasserentsorgung sind, weil sie dagegen sind, daß man einem Bauern den Grubendienst aufzwingen will mit Bescheid des Landes oder einen Kanalanschluß auf Teufel mit 100 Meter langem Kanal und Pumpwerken und Mehrkosten von 170.000 Schilling. Das ist ja für eine Landwirtschaft eine Existenzfrage. Ich werde einmal fürbitten kommen, solange ich noch im Landtag bin, für solche Kollegen und Landesbedienstete. (Abg. Mag. Rader: „Abgeordnete!“) Ja, auch Abgeordnete, weil ich gehe ja auch wieder zurück. Ich habe aber Gott sei Dank keine Angst, das kannst du mir glauben, weil sonst hätte ich schon längst nicht den Schweif, sondern was anderes einziehen müssen. Aber ich bin ja kein Komet, daß ich einen Schweif habe.

Grundsätzlich geht es mir darum, daß man gegen jene Leute, die heute anders denken, die versuchen, aus diesen Strukturen, wo auch ohne weiteres die Wirtschaftslobby mitwirkt, interessiert ist, daß man nicht gegen solche Leute Repressalien ausübt. Und ich werde es mir auch vorbehalten, den politischen Parteien das zu sagen, wenn so etwas passiert. Danke. (17.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (17.15 Uhr): Der Herr Kollege Dr. Korber hat mir die Möglichkeit eines Zwischenrufes nicht eröffnet. Daher darf ich mich kurz zu Wort melden. Ich erinnere mich, ich war ein junger Landesrat, da hat mich der außerordentlich bedeutende und von mir sehr verehrte Herr Landesbaudirektor Hofrat Schönbeck gebeten, einen Assistenten der Technischen Universität aufzunehmen im Lande, in der Baudirektion (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich bin nicht verwandt mit dem Herrn Dr. Schönbeck!“) Wieso, habe ich das behauptet? Ich wußte nicht, daß Sie das für möglich halten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist eine falsche Darstellung!“) Ich erzähle ja nur eine wahre Geschichte, die sich zugetragen hat, die die Leute vielleicht interessieren wird im Zusammenhang mit Ihrer Wortmeldung. Einen Assistenten der Technischen Universität aufzunehmen, der dort nicht verlängert wird, einen Herrn Dipl.-Ing. Dr. Korber. Nachdem der Baudirektor Schönbeck sich sehr positiv für den Mann ausgesprochen hat, habe ich mich sehr dafür eingesetzt, daß er aufgenommen wurde. Seither ist er im Amt der Steiermärkischen Landesregierung tätig. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist eine derartig falsche Darstellung!“) Herr Kollege Dr. Korber, Sie können gar nicht wissen, was der Baudirektor Schönbeck mit mir gesprochen hat. Es hat ausschließlich unter vier Augen stattgefunden. Aber so war es. Ich will nicht mehr dazu sagen, weil ich nichts anderes in diesem Zusammenhang anmerken wollte. Natürlich habe ich Hofrat Schönbeck nicht gefragt, welcher politischen Partei gehört der Mann an in dem Augenblick, in dem mir ein so qualifizierter Herr mitgeteilt hat, daß es sich um einen Hochschulassistenten handelt, der nicht mehr verlängert wird. Ich habe mich bemüht, daß Sie aufgenommen werden, und Sie sind aufgenommen worden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Herr Landeshauptmann, das stimmt ja nicht!“) So war es und nicht anders, erster Punkt.

Zweiter Punkt, Herr Kollege Korber. Sie haben mich nicht angesprochen in der von Ihnen erwähnten Causa dieser Begutachtung seitens einer Beamtenkommission, und ich höre heute das erste Mal von Ihrer, wie sagten Sie? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Abqualifizierung!“) Abqualifizierung. Sie haben mich nie angesprochen, obwohl Sie mich jedesmal ansprechen könnten. Also bitte, erzählen Sie mir die Geschichte. Ich bin gerne bereit, mich zu kümmern und nachzufragen, was der Grund ist. Ich weiß es nicht, ich kenne den Fall überhaupt nicht.

Und das letzte in dem Zusammenhang: Der Herr Universitätsdozent Köck ist überhaupt der einzige habilitierte Umwelthygieniker Österreichs – überhaupt der einzige. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wenn er der einzige ist, gibt es die Ausbildung nicht!“) Wir haben also anzunehmen, Herr Kollege, daß Sie das nicht wissen. Aber eines ist sicher, er ist qualifizierter als ein nicht habilitierter Universitätsassistent der Technischen Universität. Rein formal. Und das wollte ich Ihnen mitteilen, weil sonst die Sache im Raum stehenbleibt. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 17.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (17.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die bisherige Debatte zur dringlichen Anfrage war eigentlich sehr beachtlich. Nicht überraschend bei Eichinger in seiner bekannt sachlichen Darstellung, das hat niemand anders erwartet, auch eigentlich nicht überraschend bei der SPÖ in ihrer so vornehmen Zurückhaltung zu diesem Thema. Sie wird schon wissen, warum sie sich so vornehm zurückhält, denn das Rote Meer der objektivierungsresistenten Bereiche ist schier unübersehbar, wie wir wissen. (Abg. Erhart: „Das Schwarze Meer ist viel größer!“) Aber wirklich überraschend war für mich der Abgeordnete Mag. Rader. Denn aus seinem Munde so ausschließlich staatstragende Worte zu hören, ist nicht ganz neu, aber sehr positiv. Und das tut er ja nicht so von ungefähr. Da muß ja etwas dahinterstehen, und dahinter steht einfach ein wirklich ausgezeichnetes Objektivierungsmodell im steirischen Landesdienst. Ich möchte dafür dem zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba auch einmal hier herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.) Denn bei aller Divergenz der Wortmeldungen im Detail, ich meine jetzt nicht Herrn Dr. Korber, war doch von Gundi Kammlander bis zu Rader eigentlich außer Streit, daß dieses Modell, so wie es angewendet wird, den Erfolg bringt, den man sich erwartet. Und nicht zuletzt hat Herr Landeshauptmann Jörg Haider von Kärnten gebeten, daß ein Mann aus dem Amte des Landesrates Dipl.-Ing. Hasiba zu ihm kommt und dieses Modell erörtert, und es ist dann in Kärnten in einer ähnlichen Weise zu einer Richtlinie geworden. Nur gibt es hier ein kleines Problem von Theorie und Praxis. Mir liegt eine „Kronen Zeitung“-Ausgabe vom Juli 1990 vor. Da steht drinnen: „Mit der ihm zustehenden verfassungsrechtlichen Entscheidung wischte der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider gestern die Diskussion um den Wolfsberger Bezirkshauptmann vom Tisch und bestellte Dr. Arthur Trausnig nunmehr fix für die Position eines Bezirkshauptmannes“. Das heißt in Verletzung aller Richtlinien, die er sich bei uns geholt hat. Das ist die andere Seite der Praxis in Kärnten. Haider hat überhaupt niemanden der anderen Bewerber angehört, er hat überhaupt nichts Objektivierendes gemacht, sondern hat Trausnig verlängert. Daher ist ein Modell auch nie ganz gefeit vor einer mißbräuchlichen Verwendung oder Nichtverwendung. Theorie und Praxis hängen natürlich immer auch damit zusammen, wie die jeweiligen Politiker mit so einem Modell umgehen. Der Herr Haider hat eine Form, aber es gibt auch andere.

Darf ich ein ganz kurzes Wort noch sagen zur Diskussion, die wirklich sehr breit ist. Wir sind in einem Umbruch beim Amtsverständnis, beim Verständnis von Aufgaben der öffentlichen Hand. Das ist ganz evident, daß immer mehr die Idee hervortritt, betriebliche Aufgaben der öffentlichen Hand von denen der Hoheitsverwaltung zu trennen, und die sind dann aber auch anders zu behandeln als die Hoheitsverwaltung.

Es ist ein Unterschied, ob ich eine Spitalholding, einen ausgegliederten Museumsbetrieb, die Landesbahnen oder was auch immer vor mir habe oder eine bescheiderlassende Behörde, die im Zwei-Parteien-

Verfahren handelt. Ich kann nicht ganz dieselben Maßstäbe anwenden. Und etwas ist in der Diskussion noch ein bißchen zu kurz gekommen. Auch im Rahmen der Hoheitsverwaltung gibt es sehr unterschiedliche Funktionen. Sie können natürlich bei aller Objektivierung nicht übersehen, daß ein Baudirektor eine andere Funktion ist als ein Umweltschützer, ein Energiebeauftragter eine andere Funktion ist als beispielsweise der Umweltkoordinator und die neuen Positionen, die es gibt. Und da bedarf es bei aller Objektivierung auch einer gewissen Flexibilität. Sie können nicht alles über einen Leisten scheren. Ich bin sehr einverstanden, Objektivierung, das heißt, Professionalität, Qualifikation, Leistung. Da sind wir uns auch im Schulbereich völlig einig, aber gleichzeitig auch eine gewisse Flexibilität, um die sehr große Vielfalt der Möglichkeiten einzufangen. Ich möchte über den Schulbereich nicht reden. Wir sind da mitten in einer an sich interessanten Diskussion. Ich bin gerne bereit, wenn Sie es wollen. Da gibt es auch Theorie und Praxis (Abg. Rainer: „Das verstehen wir!“) In der Theorie ein Wahlmodell, in der Praxis der Gott sei Dank nicht geglückte Versuch, unmittelbar in das pädagogische Geschehen einzugreifen, nachdem Pädagogen gesprochen haben und sich entschieden haben zu sagen. Da will ich mich gar nicht näher auslassen, denn in einem sind wir uns ja einig, daß wir auch im Schulbereich nunmehr immer mehr den betrieblichen Charakter sehen. Schulleiter sind eher Manager. Denken Sie einmal an eine Schule wie die HTL Gösting, fast 2000 Schüler, 160 bis 200 Lehrer. Das ist ja schon ein Großbetrieb nach herkömmlichen Vorstellungen. Den kann man nicht so einfach führen. Da braucht man Managementqualitäten. Daß wir hier die Besten aussuchen wollen, das ist klar. (Abg. Trampusch: „So wie beim Krobath!“) Und bitte, wir müssen auch aufpassen, daß nämlich durch dieses sehr große Ablehnen der Parteipolitik nicht eine Situation der Gesinnungsschnüffelei entsteht. Ich wundere mich immer wieder ganz ehrlich, wie Herr Rader so eindeutig weiß, wer wohin gehört. Wie geht das wirklich? Ich weiß das wirklich nicht. Ich sage Ihnen das ganz offen. Weil wir fragen auch nicht danach. Und wenn Sie das so genau wissen, ich weiß nicht, ob das wirklich jedesmal zutrifft. Gar nicht zu reden, das tatsächliche Wahlverhalten, es ist ein anderes Kapitel. Aber diese Zuordnung hat mich immer überrascht, wie sicher sie die vornehmen. Eines müssen Sie uns schon allen zugestehen. Wir sind im höchsten Maße interessiert, gute Leute zu bekommen, egal wie. Denn letztlich steht und fällt diese ganze Landesregierung mit ihren Ämtern damit, daß das alles wirklich funktioniert. Prof. Dr. Eichinger hat ja schon recht gehabt, Gott sei Dank gibt es so gute Leute, daß es funktioniert. Einen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Mag. Rader, ich habe mir Ihr Modell angeschaut, so wie es aus den Fragen hervorkommt. Da kann ich auf weiten Strecken mitgehen, auch einmal bei der Frage eines Leiters auf Zeit, im Schulbereich sowieso. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das gehört sowieso. In der Politik muß jeder alle fünf Jahre den Schädel hinhalten!“) Wir müssen nur wirklich nachdenken, Vor- und Nachteile.

Also dagegen habe ich gar nichts. Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn man wirklich versucht zu trennen zwischen politischer Verantwortung und betrieblicher Managementleistung. Aber wie paßt dann eigentlich das Empfehlungsrecht eines parteipolitisch durch-

aus nicht unbesetzten Gremiums, wie des – (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Mag. Rader.) Ja, Herr Mag. Rader, ich tue mir nicht schwer, wenn Sie es so machen wie der Jörg Haider in Kärnten, der ein Informationsrecht installiert hat. Das gefällt mir gut. Wir Abgeordnete sollen Informationen bekommen, wie die Bestellung leitender Beamten aussieht. Aber ein Empfehlungsrecht, ein Eingriffsrecht, das ist in der Trennung Regierungssache, und da entsteht ein bißchen der Verdacht, daß Sie via dieses Modell ein wenig Regierungsluft schnuppern wollen. (Abg. Mag. Rader: „Sie sind weniger liberal als das Regierungsmitglied. Das fällt mir auf!“) Nein, das Regierungsmitglied hat sich nicht festgelegt und hat gesagt, wir können einmal über alle Formen diskutieren, aber ein Anhörungsverfahren mit anschließender Empfehlung durch Politiker, der soll bestellt werden, ich weiß nicht, ob das wirklich sehr – (Abg. Mag. Rader: „Das haben wir ja!“) Ja, aber in einer anderen Form in diesem Beirat. Das ist eine andere Form, als wenn ich alle Abgeordneten abstimmen lasse, wer was werden soll. Da, glaube ich, ist Ihr Modell nicht schlüssig. Bis dahin kann ich Ihnen folgen. Vielleicht habe ich Sie mißverstanden. (Abg. Mag. Rader: „Da geht die Phantasie mit Ihnen durch.“) Bitte, vielleicht ist es ein Mißverständnis, aber mir gefiele ein Modell, in dem fachlich entschieden wird, besser, und die Zuständigkeit der Landesregierung, die ja letztlich die Verantwortung dafür hat, nicht angetastet wird. Das möchte ich schon auch sagen, denn sonst hört sich jede politische Verantwortung auf. Wenn die Landesregierung dann ersetzt wird durch irgendein Gremium, das können wir auch nicht brauchen. Ich würde bitten, daß man diese Modelle durchdenkt – es ist alles sehr gescheit –, Vor- und Nachteile abwägt, aber nicht daran vorbeigeht, daß letztlich die Landesregierung das entscheidende Organ ist.

Ich darf daher den Beschlußantrag der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Prof. Dr. Eichinger, Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Pußwald, Prof. DDr. Steiner, Grillitsch, Göber, Bacher und Dr. Cortolezis vorlesen. Der Hohe Landtag wollen beschließen:

Erstens: In Ergänzung des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. Dezember 1971, betreffend Richtlinien für die Ausschreibung von Dienstposten leitender Beamter, wird die Landesregierung im Hinblick auf die nunmehr weitgehend offene Ausschreibung leitender Funktionen aufgefordert, neben der Prüfung der formalen Voraussetzungen auch die für die Betrauung mit einer Funktion geforderten fachlichen und sonstigen für die Innehabung der jeweiligen Funktion notwendigen Voraussetzungen festzustellen und über die vorgesehene Vorgangsweise dem Landtag zu berichten.

Zweitens: Es ist zu prüfen, welche Vor- und Nachteile die Bestellung leitender Funktionen auf Zeit mit sich bringt. Darüber ist dem Landtag ebenfalls Bericht zu erstatten. (Abg. Kammlander: „In welcher Zeit?“) Ich bitte Sie um Annahme dieses Beschlußantrages. (17.30 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (17.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe jetzt nicht die Absicht, auf den Disput zwischen dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber einzugehen, obwohl er da noch freihändig steht, denn es muß schon eine einmalige und außergewöhnliche Sache gewesen sein, wenn sich der Herr Landeshauptmann so genau erinnert, daß es auch auf diesem Wege möglich ist, jemand in den Landesdienst aufzunehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich gebe eines gerne zu, die Besetzungsautomatik unterlag bisher – und ich habe Hoffnung für die Zukunft – schon einer besonderen Automatik in der Steiermark, und sie hat sich sicher nicht nur auf die hohen und höchsten Beamten unseres Landes bezogen, sondern auch auf Landesbeauftragte, ich nenne hier nur Krobath, Etschmaier, Bosch, oder ich könnte auch mehr nennen, bis hin zum steirischen Botschafter. Ich habe hohen und höchsten Respekt vor unseren hohen Beamten, aber allein durch Qualifikation läßt sich das Verhältnis wirklich nicht genau erklären. Die Kollegin Minder hat es ja gesagt, ich muß das noch einmal betonen. Wenn bei den höchsten Beamten der Klassen A/VIII und IX doch 113 von 123 der ÖVP angehören und bei Landesdienststellen zufällig 79 von 89 auch der ÖVP, dann sage ich noch einmal in aller Entschiedenheit, da muß wohl neben der Qualifikation, die vorhanden ist, noch etwas anders auch mit eine kleine Rolle gespielt haben. Darf ich das etwas anders darstellen. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist schon interessant, wenn man jetzt den Weg gegangen ist, und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hat es ja betont, wirklich offen auszuschreiben, wieso hat man gerade in jüngster Zeit gerade bei zwei Bestellungen wieder Abstand genommen von dieser allgemeinen offenen Ausschreibung und sie wieder sehr beschränkt ausgeschrieben? (Beifall bei der SPÖ.) Da ist auch irgendwo ein gewisser Widerspruch feststellbar.

Herr Prof. Dr. Eichinger hat so sehr von Erneuerung gesprochen. Er kann ja mitmachen bei der Erneuerung, nur, er hat in dem Zusammenhang auch von der Nationalratswahl gesprochen. (Abg. Schützenhöfer: „Du brauchst keine rhetorische Sprache führen!“) Mir fällt aber ein, daß bei der steirischen ÖVP die einzige Erneuerung der Kandidat Prof. Brunner, war und er war der einzige, der angeblich nicht von der ÖVP direkt gekommen ist. Also, dort, wo die ÖVP nach wie vor bestimmt, ist die Erneuerung anscheinend noch immer nicht gegeben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie viele habt ihr zusammengebracht?“) Aber, Herr Prof. Schilcher, wie die Qualifikation und Mitsprache dort gemacht wird, wo die ÖVP wirklich entscheidet, haben Sie ja heute schon betont. Sie haben also wirklich von der Autonomie der Hochschulen beim Wissenschaftsbericht gesprochen und davon geschwärmt. Nur, wir wissen, daß dort auf Zeit gewählt wird. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Seit wann?“) Und dort, wo nicht auf Zeit gewählt wird, wo nämlich berufen wird nach Qualifikation, verweise ich noch einmal auf die Vorgänge rund um die HNO, denn dort hätte ja Minister Busek genau die Möglichkeit, das zu beweisen, wovon Sie hier reden, wo Sie sagen, es kommt darauf an, wie man ein Modell in der Praxis oder in der Theorie behandelt. Minister Busek scheint das anscheinend in guter ÖVP-Praxis zu behandeln.

Das ist der Unterschied bei dieser Geschichte. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was werfen Sie ihm vor?“ – Beifall bei der SPÖ.) oder, Herr Kollege (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was werfen Sie dem Minister Busek vor?“) Ich werfe ihm gar nichts vor. Ich werfe ihm nur vor, daß er genau jenen nimmt, obwohl die – weil soviel von Basis die Rede war –, die mit dem arbeiten, der bestellt wird, eigentlich eine ganz andere Reihung vorgeschlagen haben. Das werfe ich ihm vor. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist überhaupt nicht wahr. Fragen Sie die Studenten!“) Herr Professor, entweder haben Sie Recht oder lügen alle steirischen Zeitungen, aber ich nehme nicht an, daß letzteres passiert. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die haben Sie informiert!“) Ich kann ja gerne ein anderes Beispiel bringen, wie man Qualifikation unterschiedlich sieht – weil der Herr Kollege Dr. Hirschmann so ruhig sitzt. Er hat vor einigen Tagen, als Landesrat Dr. Strenitz an einer Diskussion um die Bestellung eines Ombudsmannes oder einer -frau in der Steiermark teilgenommen hat, dann so locker in der Zeitung erklärt: „Na ja, die SPÖ hat die frühere Landtagspräsidentin Zdarsky vorgeschlagen. Ist denen keine jüngere eingefallen?“ (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Kreisky hat das schon gesagt!“) Und da habe ich auch über Qualifikation nachgedacht. Die ÖVP hat Prof. Möse, den ich schätze, vorgeschlagen für eine sehr hohe Verantwortung. Gegenüber dem Herrn Prof. Möse ist Frau Präsidentin Zdarsky noch ein knuspriger Teenager. Das soll man sich einmal bei Qualifikationen überlegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und beim Herrn Prof. Schilcher habe ich immer das besondere Problem. Ich weiß nie, in welcher Eigenschaft er hier spricht, wenn er am Rednerpult steht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Als Mensch!“) Menschen haben Schwächen und können sich auch irren, Herr Univ.-Prof. Schilcher. Das geben Sie ja zu. Sie haben ja heute betont, es gibt immer Probleme. Sie haben gesagt, kleine Probleme zwischen Theorie und Praxis. Manchmal gibt es halt leider große Probleme. Sie haben das am Beispiel der Wolfsberger Bezirkshauptmannschaft hier erklärt, Herr Professor. Ich könnte das am Schulleiterbestellungsmodell erklären (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Bitte gern!“), weil Sie heute gemeinsam mit anderen Freunden das eingebracht haben, und Sie lehnen das Denken in Besitzständen ab. Das wäre ein Fortschritt. Denn die ÖVP hat bisher immer in Besitzvermehrungskategorien gedacht, und nicht nur im Bewahren von Beständen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie dazu bereit sind, dann schauen Sie sich unser Modell wirklich einmal genauer an. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Im Gegensatz zu Ihnen habe ich es mir schon angeschaut!“) Ja, Herr Professor, ich weiß. Sie haben ja auch schon dazu Stellung genommen. Sie haben gesagt, man soll nicht alles über einen Leisten scheren und mehr Flexibilität bewahren. Was machen Sie bei Qualifikationen? Wenn nämlich jemand wirklich sehr qualifiziert ist, und ich könnte Namen nennen, dann sagen Sie, den kann man nicht nehmen, der ist überqualifiziert. Oder, wenn jemand als Chauffeur – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie sitzen immer irgendwelchen Gerüchten auf!“) Kennen Sie den Namen des Herrn Prof. Hinteregger, oder, Herr Kollege, dann berufe ich mich auf ein persönliches

Gespräch, das ich mit Ihnen geführt habe. Ich habe einmal über einen kleinen Volksschullehrer in der Südsteiermark mit Ihnen gesprochen und daß der alle Kriterien erfüllt, vor allem das, was die ÖVP immer wieder wünscht. Er ist örtlich so integriert, daß er in der Kultur, im Sport, aber leider auch in der Politik ist. Er ist nämlich kleiner Gemeinderat, zufällig von der SPÖ. Er ist überall drinnen, und Sie haben gesagt, dann höre ich mir den Mann an, und es haben auch ÖVP-Funktionäre für ihn interveniert. Er ist es trotzdem nicht geworden, und wissen Sie, was Sie mir gesagt haben: „Das stimmt alles, was Sie mir gesagt haben, Herr Kollege, aber ich bin zur Erkenntnis gekommen, das ist ein Egozentriker. Der ist ja nur deshalb überall in diesen örtlichen Organisationen, weil er selbst im Mittelpunkt stehen will“. Das meine ich damit, Theorie und Praxis in der Qualifikation, Herr Professor, damit können Sie mir – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er ist es nicht deshalb nicht geworden, sondern weil ihn die Leute nicht gemocht haben!“) Nein, nein, Herr Professor, Sie haben mir ja selbst gesagt, Sind sind zur Erkenntnis gekommen, das sei ein kleiner Egozentriker. So schaut das nämlich in der Praxis dann aus, wenn es um echte Qualifikationen geht. Und daher weiß ich nicht, in welcher Eigenschaft Sie hier manchmal sprechen.

Weil Sie einen Beschlußantrag der ÖVP vorgelesen haben, und das möchte ich zum Schluß sagen, wir gehen gerne mit dem Beschlußantrag mit, nur, es ist ein halber Schritt. Daher werden wir für Ihren Beschlußantrag stimmen. Wir halten unseren Beschlußantrag aber aufrecht, weil wir glauben, das ist ein ganzer Schritt, und zwar ein ganzer Schritt in die richtige Richtung. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (17.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es kann natürlich eine solche Wortmeldung nicht so stehenbleiben. Ich würde dir zwei Dinge empfehlen, Kollege Trampusch. Erstens, glaube nicht alles, was dir der Dörflinger aufschreibt und einsagt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Brauchst du jemanden, der dir etwas schreibt?“) Ich habe kein Blatt vor mir, ich habe nichts vor mir, ich rede, was ich mir denke. (Abg. Trampusch: „Wenn dir keine andere Ausrede einfällt, dann sagst du immer das gleiche!“) Und zweitens, Kollege Trampusch, darf ich dir folgendes sagen: Du weißt, daß ich dich im Prinzip schätze, aber wenn sich hier einer herstellt und über die Personalpolitik der ÖVP spricht, der Bürgermeister in einer Gemeinde namens Wagna war, wo es niemanden gibt, der nicht das sozialistische Parteibuch hätte oder der SPÖ nahesteht (Abg. Trampusch: „Das stimmt gar nicht!“), dann hat er das moralische Recht nicht, hier über Personalpolitik zu reden.

Meine Damen und Herren. (Abg. Trampusch: „Fragen Sie Ihre Kollegen im Gemeinderat!“) Da möchte ich mich künstlich nicht erregen (Abg. Trampusch: „So kann man ein Problem zerlegen!“), aber eines sage ich Ihnen, so, wie Sie über die Personalpolitik hier reden, lasse ich es nicht zu als einer, der in der Arbeiterkam-

mer und im ÖGB Jahrzehnte nunmehr erlebt, wie eine Mehrheit die Hand erhebt und sagt, das ist die Mehrheit, wenn wir Mitsprache wollen. Und ich lasse es nicht zu, wenn ich die Reihe hier durchgehe und anfangs beim Trampusch, beim Sponer – Judenburg, Erhart – Knittelfeld, oder fragen Sie den Kohlhammer. Es ist kein Zufall, daß der jetzt nichts sagt, wie bei Siemens die Aufnahmepolitik in Deutschlandsberg vor sich geht. (Abg. Kohlhammer: „Das kannst du dir gerne anschauen!“) Oder fragen Sie Ihren Jungrentner Dr. Klausner, der heute vormittag gesprochen hat, wie in der Stadtgemeinde Deutschlandsberg die Personalpolitik vor sich geht. Oder fragen Sie den Gennaro, wie viele von 1200 Beschäftigten in der Gebietskrankenkasse sich noch bekennen zu einer anderen Fraktion als der der SPÖ. (Beifall bei der ÖVP.)

Oder fragen Sie den Herrn Abgeordneten Rainer, der Fraktionsführer in der Arbeiterkammer gewesen ist. (Abg. Vollmann: „Frage, wie das bei der Handelskammer ist!“ – Abg. Zellnig: „Wie ist das bei der Sozialversicherung der Bauern?“) Ja, meine Damen und Herren, wenn sich bei einem Drittel der Stimmen, die der ÖAAB dort in der Arbeiterkammer hat, die 250 Beschäftigte hat, drei Menschen befinden, die nicht der SPÖ angehören, ja, meine Damen und Herren, dann haben Sie moralisch nicht das Recht, überhaupt über Personalpolitik hier zu reden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Wie schaut es bei der STEWEAG aus?“) Noch dazu, wo wir vor Jahren gegen den Widerstand einiger auch in unserem Klub, das sage ich offen, diesen Personalbeirat eingeführt haben, in dem sich alle Fraktionen befinden. Ja, wo bleiben die Gewerkschafter, warum stehen sie nicht auf, kommen hier her und sagen: „Schützenhöfer, das ist gut, was ihr hier im Lande macht“. Ich darf dir mitteilen, ich werde in der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion, ich werde in der Kammerfraktion der SPÖ, ich werde in der Fraktion der SPÖ in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter nicht lockerlassen.

Ja, meine Damen und Herren, wir reden hier von Abteilungsleitern. Da gibt es 800 Beschäftigte in der PVA, dort ist weder ein Direktor, noch ein Direktorstellvertreter, noch ein Beschäftigter, also kein einziger, der nicht Mitglied der SPÖ wäre. Das ist ja unerhört. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben überhaupt nicht das Recht, hier über diese Dinge zu reden. Oder fragen Sie den Kollegen Franz Ofner. Auch hier füge ich in Klammer hinzu, den ich durchaus schätze, aber bei der GKB sind wir das letzte Mal ganz hinausgefallen (Abg. Trampusch: „Das glaubst du selber nicht, daß du die Mitgliederliste der SPÖ besitzt!“), weil sich niemand mehr findet, der sich dort uns wählen getraut. Und von den vielen anderen, die hier sitzen und sich nicht rühren und jetzt nichts sagen, rede ich gar nicht. Meine Damen und Herren, eines darf ich Ihnen schon sagen, in bezug auf die Personalpolitik und über die Verstaatlichte möchte ich heute nicht reden. Es wird wieder Gelegenheit sein. Aber in bezug auf die Personalpolitik haben Sie uns nicht nur nichts vorzuwerfen, sondern ganz leisezutreten, denn das, was Sie dort, wo Sie die Mehrheit haben, aufführen! Ich hoffe, Trampusch, du erinnerst dich, wie du seinerzeit Magistratsbeschäftigter geworden bist, es hat dich ja wahrscheinlich auch niemand gekannt und niemand gewußt, daß du der SPÖ angehörst. (Abg.

Trampusch: „Ich will eine Antwort schreiben lassen, weil mir fällt dazu nichts mehr ein!“) Ich sage es Ihnen wirklich in Ruhe, weil es ohnehin eine Ungeheuerlichkeit ist, und ich bin bestürzt, daß sich hier in den letzten Jahren letztlich geändert hat. Ich hoffe, es gibt da und dort vage Anzeichen (Abg. Trampusch: „Die ÖVP hätte die Möglichkeit mit ihrer Mehrheit!“) Wo haben wir in der PVA die Möglichkeit? (Abg. Trampusch: „Wir reden von der Landesregierung!“) Wissen Sie, es ist für euren Vorsitzenden DDr. Schachner-Blazizek leicht, von irgend welchen Bestellungen in der Schule zu reden, wenn er keine Ahnung hat, wie die Gesetze sind und wie das vor sich geht. Er weiß von den Stadtwerken, was Personalpolitik heißt und wie es dort möglich ist, Leute von uns einzustellen, nämlich kaum einmal. Sie können mir viel erzählen, nur eines nicht, daß dort, wo Sie die große Mehrheit haben, Sie objektiv einstellen. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden. Und darum gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß das, was wir im Land längst tun, dort, wo die SPÖ die Mehrheit hat, eines Tages auch geschehen wird. Verlassen Sie sich darauf, daß ich Sie darauf immer wieder ansprechen werde. (Beifall bei der ÖVP. – 17.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich war heute entsetzt, als ich gehört habe, wie die Frau Kollegin Minder erklärt hat, daß bei den hohen Dienstposten von 123 113 der ÖVP angehören. (Abg. Dr. Maitz: „Da muß er selber lachen!“) Ich war der Auffassung, meine Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein. (Abg. Dr. Maitz: „Stimmt auch nicht!“) Jetzt habe ich aber darauf gewartet, daß die Damen und Herren der ÖVP hier in diesem Hause einen sehr großen Protest anbringen werden und sagen, das entspricht doch alles nicht der Wahrheit. Aber dies, meine Damen und Herren, ist ausgeblieben. Es muß also doch ein großer Funke Wahrheit dahinter sein. (Abg. Dr. Maitz: „Ist gesagt worden!“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ist gesagt worden!“) Und wenn der Kollege Schützenhöfer hier gesagt hat, in vielen Bereichen ist es seit 50 Jahren so geblieben, so behaupte ich, im Land Steiermark ist es mit der Objektivierung seit 50 Jahren gleichgeblieben. (Beifall bei der SPÖ.) Man muß nämlich nach wie vor (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ostdeutsch ist das!“) das richtige Parteibuch mitbringen. Und, lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, worüber ich weiters entsetzt bin, ist, daß du als erster Redner heute ein so wichtiges Thema, ein so bedeutendes Thema so lächerlich gemacht hast. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wirklich?“) Du warst nämlich der erste Redner deiner Partei und hast nichts anderes gemacht, als nur über andere Dinge gesprochen, über Lächerlichkeiten, und dich darüber hinweggesetzt, wie die Tatsache hier im Land Steiermark ist. Ich glaube, das Thema, lieber Karl, ist so ernst, als daß man so vorgehen kann. Und ich verstehe nun auch, meine Damen und Herren, daß Sie unruhig geworden sind, als unser Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek ein Objektivierungsmodell vorgestellt hat, das ermöglichen soll, diesen Parteieinfluß, den kein Mensch in diesem Lande mehr will, zurückzudrängen. (Abg.

Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ein Subjektivierungsmodell!“ – Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) Sie und Ihre Vertreter waren die ersten, die sich gegen dieses Modell ausgesprochen haben. Ist es doch wieder eine erste Domäne, die verlorengehen wird, wenn die Objektivierung greifen wird. Und die Damen und Herren in der Steiermark werden sich zu diesem Vorschlag, den unser Herr Landeshauptmannstellvertreter hier eingebracht hat, bekennen. Und Sie werden Ihre Domänen und Ihre Parteipolitik nicht uneingeschränkt weiterführen können, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Dr. Maitz: „Schrittwieser, du irrst dich!“) Und ein nächster Punkt: Wenn Sie so voller Demokratieverständnis sind und wenn Sie in Zukunft mehr Mitsprache des einzelnen wollen, wer auch in diesem Hause vertreten ist, so können Sie dies beweisen, wenn Sie bei unserem Modell, wie auch in der Zukunft dieses Hohe Haus gewählt werden sollte, mit uns mitgehen, unsere Vorschläge aufnehmen. Sie werden gut beraten sein. Die Wählerinnen und Wähler werden es Ihnen danken. Und ein großes Beispiel, ein Beispiel objektiver Personaleinstellung. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist ein alter Hut!“) Jetzt höre ich schon wieder, es ist ein alter Hut, aber ein Beispiel objektiver Personaleinstellung ist der bei uns in der Obersteiermark tätige Herr Dr. Krobath. Nicht nur ich, auch der „Trend“ – so glaube ich – hat in letzter Zeit ihm einige Seiten gewidmet, und auch in dieser Frage war die Objektivität nicht so groß, weil hier hat die Landesregierung – unsere Fraktion – nicht zugestimmt (Abg. Vollmann: „Ihr wißt es und habt nicht den Mut, das zu bereinigen!“), weil sie gewußt hat, daß dieser Mann für eine so wichtige Aufgabe nicht geeignet ist und seine Aufgaben nie erfüllen wird können. Wir wissen heute, ich bin nicht froh darüber, daß er die Aufgabe überhaupt nicht erfüllen konnte, daß er uns jährlich 3,6 Millionen Schilling kostet, und wenn er sich abfertigen läßt, weil er nicht in der Lage ist, weiterzukommen, wird er eine saftige Pension beziehen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das hast du schon einmal erzählt!“) Ich weiß, ihr wollt das nicht hören, aber dieses Beispiel der Objektivierung bei der Einstellung von Personal zeigt, daß in Wirklichkeit hier nur davon geredet wird und in keiner Weise danach gehandelt. (Beifall bei der SPÖ.) Ich sage dir ein Beispiel. Die SPÖ stellt im Bundesdienst – ich glaube, man kann nur Bundesdienst und Landesdienst direkt gegenüberstellen – seit 20 Jahren den Bundeskanzler, hat die Mehrheit in dieser Regierung. Hier ist Objektivierung eingetreten, weil es steht noch immer 70 Prozent für den ÖAAB und 30 Prozent für die Sozialistische Partei. (Abg. Trampusch: „Weil man sich das beim Bund getraut!“) Wir haben nicht umgedreht und haben gesagt, weil wir 20 Jahre den Bundeskanzler stellen, werden wir auch nach den Richtlinien, wie es hier die ÖVP tut, einstellen. Wir haben versucht, die besten Leute einzustellen, und da waren immer viele dabei aus eurer Fraktion. Aber für uns hat diese Frage keine Rolle gespielt. Ich glaube noch etwas, wenn wir über die Objektivierung in der Steiermark sprechen, kommt sofort der Herr Kollege Schützenhöfer, fällt ihm die Arbeiterkammer ein. Ich könnte jetzt sagen, mir fällt die Handelskammer ein, mir fällt die Bauernkammer ein, mir fällt die Landarbeiterkammer ein, mir fällt Raiffeisen ein. (Abg. Schützenhöfer: „Weißt du, was dir einfallen könnte: die Stadt Kapfenberg!“) Ich glaube,

ihr wollt, indem ihr immer diese Vergleiche anstellt, von dem eigentlichen Problem hier in diesem Land ablenken. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bitte also, wir laden Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, ein, daß euch solche Fehler, die euch in der Vergangenheit passiert sind, nicht mehr passieren. Wir werden euch dabei helfen, daß wir zu einer wirklichen Objektivierung kommen werden. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 17.53 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (17.53 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich befürchte, unter dem Vielen, das der Kollege Dr. Korber heute gesagt hat, war doch ein richtiger Satz. Der Satz war nämlich, daß man seinen Illusionen doch nicht zu sehr trauen soll. Und das, was sich in den letzten Stunden abgespielt hat, war eher wieder dazu geeignet, die Illusionen verlieren zu lassen. Ich will mich aber davon nicht beeindrucken lassen, weil, wie die Situation jetzt ist, wissen wir ja alle, und die draußen auch. Es geht eigentlich vielmehr darum, nicht zu schreien, bitte, was jetzt alles ist und wie grauslich das ist, sondern daß man es besser macht, und zwar gemeinsam. Und diesem Ziel hat dieser Vorstoß gedient. Daher will ich auf diese ganzen Dinge überhaupt nicht eingehen. Aber nur eines irritiert mich wirklich. Ich habe die Anfragebeantwortung des zuständigen Personalreferenten ganz sicher nicht ohne Absicht und im vollen Wissen über dieses positive Wort als sehr beachtlich bezeichnet. Das zuständige Regierungsmitglied, das eigentlich die Entscheidungsgewalt gemeinsam mit dem Kollegium der Landesregierung hat, ist offen für alle Modelle, die schlußendlich nur dazu führen können, daß hier Machtverzicht geleistet wird. Da müßte man eigentlich meinen vom Rollenbild her, daß der Landtag, der diese Regierung zu kontrollieren hat und darauf zu achten hat, daß möglichst wenig Macht hier oben konzentriert ist, dies mit Freude aufnimmt. Und zu meinem großen Erstaunen sind auf einmal die Abgeordneten hier herunter in den Bänken päpstlicher als das Regierungsmitglied (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Als der Papst!“) Mich hat das irritiert, was der Kollege Schilcher – ich wollte den Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Hasiba nicht als Papst bezeichnen, da müßte er dem Zölibat frönen, und das will ich ihm nicht antun – als Entschließungsantrag der ÖVP vorgelegt hat, weit hinter dem zurückbleibt, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba in seiner Anfragebeantwortung bereits angekündigt hat. Das erschütterte mich. Weil ich kann mir nicht vorstellen, daß hier herunter gesagt wird, um Gottes willen, nein, tu das nicht, wir müssen das im parteipolitischen Bereich im großen Teil behalten. Und dieser Satz mit elf Zeilen, ohnehin eine beachtliche grammatikalische Leistung, wenn der Präsident des Landesschulrates einen Antrag einbringt, wo ein Satz gleich elf Zeilen beinhaltet. Wenn das mein Bub in der Schule macht, dann bekommt er gleich einen riesigen Strich und gleich eine schlechte Note. Aber bitte, dem Präsidenten muß man das ja nicht zumuten. Dieser eine Satz beinhaltet in Wahrheit viel weniger als das, was der Herr Landes-

rat schon angekündigt hat. Und jetzt ehrlich, wenn wir diese Debatte jetzt beenden wollen mit dem Signal an alle Öffentlichkeit, mit dem Signal: bitte, wir probieren es, mit all den Schwierigkeiten, die es jetzt gibt, und all den Vorwürfen rechts und links und all diesen grauslichen Zuständen, über die ich gar nicht reden will, weil es mir genauso wie den Leuten draußen zum Halse steht. Wir wollen neu beginnen. (Abg. Pinegger: „Wolfsberg!“) In Wolfsberg war übrigens der erste Bezirkshauptmann Österreichs, der nicht aus dem Beamtenapparat gekommen ist, der erste, und eine Mehrheit der Landesregierung, die übrigens keine ÖVP-Mehrheit war, falls dich das beruhigt, hat probiert, hier einen Parteibonzen hinzustellen. Aber lassen wir das einmal auf der Seite. Ich warte darauf, daß der erste Bezirkshauptmann in der Steiermark, der bitte von außen kommt, tatsächlich bestellt werden wird von der Steiermark. Ich freue mich, daß du dazu beitragen wirst. So hoffe ich ja wohl, weil sonst hättest du ja nicht geschimpft über Wolfsberg. Aber lassen wir das weg. Wenn wir das Signal geben wollen, daß wir wirklich gemeinsam beginnen wollen, dann ist das, was wir gemeinsam beantrag haben, und das läßt alle Prüfungsmöglichkeiten offen, das sage ich offen, der Mindeststandard, den dieses Haus beschließen soll. Und ich bitte herzlich, ich warne Sie davor, mit Ihrem Antrag genau das, was wir positiv gemeinsam erreicht haben, wieder zunichte zu machen. (17.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Gennaro, Reicher, Heibl, Rainer, Minder und Weilharter, betreffend Objektivierung der Besetzung von leitenden Positionen im Bereich des Landes Steiermark.

Weiters wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Prof. Dr. Eichtinger, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Pußwald, Prof. DDr. Steiner, Grillitsch, Göber, Bacher und Dr. Cortolezis eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Gennaro, Reicher, Heibl, Rainer, Minder und Weilharter und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Prof. Dr. Eichtinger, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Pußwald, Prof. DDr. Steiner, Grillitsch, Göber, Bacher und Dr. Cortolezis.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Gennaro, Reicher, Heibl, Rainer, Minder und Weilharter die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Prof. Dr. Eichtinger, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Pußwald, Prof. DDr. Steiner, Grillitsch, Göber, Bacher und Dr. Cortolezis die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zurück zum Tagesordnungspunkt 17. Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Zellnig.

Abg. Zellnig (18.00 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Und jetzt zurück zu der Regierungsvorlage 1228/1 und 2. Sehr geehrte Damen und Herren, hier geht es um die Frage, Kammer ja oder nein. Was wollen jene, die die Kammer auflösen wollen? Kammer weg, Sozialpartner auflösen – die Folge: mehr Arbeitskampf, mehr Straßendemos für Minderheiten und Ende des Sozialstaates. Nein danke. Das wollen wir nicht.

Zur Frage zwei, sehr geehrte Damen und Herren. Was will die ÖVP mit ihrem Initiativantrag? Prof. Korinek, Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes sagt: „Das Kammersystem, der derzeitige Sozialstaat, die Sozialpartnerschaft kann nur aufrechterhalten werden, wenn die Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern nicht in Frage gestellt wird“.

Sehr geehrte Damen und Herren, für mich stellt sich die Frage, warum kommt es zu einem Antrag von seiten des Bauernbundes, der ÖVP, die die Mitglieder fragt, ob sie die Kammer haben wollen oder nicht? Ist das nicht eine Infragestellung des Kammersystems von dem, der diese Frage stellt – nach Aussage vom Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes? Weiters will die ÖVP mit ihrem Antrag das bestehende starre System der Kammer erhalten, die Macht über die Mitglieder von den Mitgliedern bestätigen zu lassen, die Mitglieder an das bestehende Kammersystem anpassen, nicht umgekehrt. Diskussionen entstehen dort, wo notwendige Veränderungen nicht durchgeführt werden. Die dem Initiativantrag zustimmen, sind Systemerhalter.

Sehr geehrte Damen und Herren. Was wollen wir, die SPÖ, was wollen die SPÖ-Bauern? Wir wollen die reformierten Kammern, wir wollen die Kammern, die auch die Mitglieder haben wollen. Vielleicht noch einen Satz zu den Parteienverhandlungen. Ich war schon bei vielen Parteienverhandlungen anwesend. Ich habe noch nie eine Parteienverhandlung so erlebt, wie diese zu dem Initiativantrag der ÖVP. Man verspürt schon bei den ersten Gesprächen, daß von seiten der ÖVP überhaupt kein Entgegenkommen zu Verbesserungsvorschlägen zu erwarten war. Es wurde unter dem Motto verhandelt: „Wir sind die Mehrheit, Recht ist das, was die Mehrheit bestimmt“. Und das ist die ÖVP. Was wollen wir? Wir wollen eine reformierte Kammer. Wir wollen eine Kammer nach dem Volksrechtsgesetz, damit in unserem Kammergesetz die Möglichkeit geschaffen wird, daß das Kammermitglied jederzeit mitbestimmen kann, also nicht nur die Funktionärinnen und Funktionäre in der Kammer, sondern von der Basis her während der Legislaturperiode soll die Möglichkeit geschaffen werden, Wünsche, Veränderungen, notwendige Anpassungen in die Kammer einzubringen. Wir stellen uns vor, 500 Unterschriften

würden eine diesbezügliche Veränderung und Behandlung in der Hauptversammlung bewerkstelligen. Wir wollen, sehr geehrte Damen und Herren, eine Stärkung der Minderheitsrechte, die innere Kontrolle soll verbessert werden. Es ist unverständlich, daß das derzeitige Kammergesetz ein Mitwirken in der Kontrolle erst ermöglicht, wenn mindestens drei Sitze in der Vollversammlung die betreffende wahlwerbende Partei für sich vereinigen kann. Nein, wir wollen, daß die Minderheit voll auf jeden Fall, auch wenn sie nur einen Sitz hat, in die innere Kontrolle eingebaut wird. Im Initiativantrag der ÖVP finden wir nichts davon. Wir wollen weiters, sehr geehrte Damen und Herren, eine echte Berufsvertretung schaffen, und zwar nach unseren Vorstellungen. Wenn wir das wollen, dann muß es zur Trennung der Funktionen innerhalb von Genossenschaftsfunktionären und innerhalb von standespolitischen Vertretern kommen. Was würde zum Beispiel in der Öffentlichkeit passieren oder wie würde es in der Öffentlichkeit diskutiert werden, wenn zum Beispiel die Bundeswirtschaftskammer und der Gewerkschaftsbund die Agenden zusammenlegen und gemeinsam wirken, wie es in der Bauernkammer, in der Landwirtschaftskammer der Fall ist? Innerhalb der Landwirtschaftskammer wird die Arbeit für die Bauern verteilt und gleichzeitig auch die Wertschöpfung auf Kosten der Bauern durch die Kammerfunktionäre entschieden, wer in Zukunft Bauer sein darf und wer nicht. Im Paragraph 30 a, sehr geehrte Damen und Herren, wollen wir ebenfalls einen Passus nach dem Volksrechtsgesetz miteinbauen, daß von der Basis her eine Urabstimmung beziehungsweise eine Kammerbefragung durchgeführt werden muß, wenn mindestens 2000 Unterschriften in einer Angelegenheit das verlangen. Das einzige, was wir in diesen Gesprächen bewegen konnten, war, daß eine Änderung in bezug von Frage auf Fragen umgewandelt worden ist auf Grund der letzten Aussprache. Wir wehren uns schärfstens dagegen, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Befragung gleichzeitig am Tag der Kammerwahl erfolgen soll, weil wir glauben, daß das eine das andere ausschließt. Was würden die steirischen Wählerinnen und Wähler sagen, wenn wir zum Beispiel bei einer Landtagswahl gleichzeitig auch die Wähler fragen, ob sie einen Landtag in der Steiermark haben wollen oder nicht? Ich glaube, das ist einer der größten Widersprüche in diesem Initiativantrag der ÖVP.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich lade Sie hier nochmals ein, helfen Sie mit, daß wir eine reformierte Kammer, eine wirkliche Kammer für alle Bauern bekommen. Ich stelle daher den Antrag, unterstützen Sie unseren Minderheitsantrag und geben Sie ihm die Zustimmung. Es kann doch nicht sinnvoll sein, Kammergeld, also viel Geld von den Bauern, für eine Vorzugsstimmenaktion des derzeitigen Präsidenten Pörtl einzusetzen. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.08 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (18.08 Uhr): Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich vorweg entschuldigen, daß ich zu diesem Thema überhaupt das Wort ergreife, weil ich

gehört habe von einer Pressekonferenz eines obersteirischen Kollegen, der der Meinung ist, daß diejenigen, die sich nicht auskennen bei den Bauern, gefälligst den Mund halten müssen. Ich bin selbst Zwangsmitglied der Bauernkammer. Allerdings in einem anderen Bundesland. Die Situation ist nicht weniger drückend. Aber ich verstehe den Kollegen Grillitsch schon, diese Großbauern haben auf die kleinen Keuschler, wie ich einer bin und wo ich herkomme, immer schon heruntergeschaut und haben sie nicht zur Kenntnis genommen. Daher verstehe ich schon, daß er natürlich so umgeht mit uns. Und ich muß sagen, diese Bemerkung ist auch eine Beleidigung meiner Eltern, die er da gemacht hat in der Pressekonferenz. (Abg. Dr. Hirschmann: „Geh, geh!“) Und das weise ich ganz einfach zurück. Die Nebenerwerbslandwirte sind von diesem Bauernbund natürlich immer übel behandelt worden. Und das ist ja auch die Problematik, um die es in diesem Zusammenhang geht. Wir sind Nebenerwerbslandwirte. Wir werden uns das vom Kollegen Grillitsch überhaupt nicht nehmen lassen. Aber gehen wir zurück zu dem, was es tatsächlich ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Diskussion um die Kammern ist ein Bestandteil der Diskussion um die politische Erneuerung in unserem Lande. Es ist ganz einfach falsch, daß die Frage, um die es geht, lautet, wollt ihr eine Kammer oder wollt ihr keine Kammer. Ich weiß das schon, daß das aus taktischen Gründen die Fragestellung sein wird in dieser oder ähnlicher Form, aber es ist falsch. Sondern es geht lediglich darum, ob die Interessensvertretung der Bauern so organisiert ist, daß alle Zwangsmitglieder sein müssen und auch zahlen müssen oder so organisiert werden soll, daß sie das nicht tun müssen. Ich weiß jetzt schon, daß all diese wunderbaren Einbindungen und all diese wunderbaren Gutachten, die man an der Universität sich in den letzten Jahrzehnten geholt hat, sich irgendwann einmal rechnen und daß die damit Begünstigten auch freundliche Interviews geben, wie ich einige hier habe, aber im Endeffekt trotz vieler Worte, sie können eines nicht verschleiern: Eine Interessensvertretung, sei es bei den Bauern, sei es bei den Landarbeitern, sei es wo immer, ist selbstverständlich auch in anderer Rechtsform, indem es die Zwangsmitgliedschaft nicht geben muß, möglich. Es ist auch falsch, daß die Aufgaben, die die Kammern derzeit machen, in anderer Rechtsform nicht erfüllt werden können. Zum Beispiel, natürlich ist auch die Subventionsvergabe durch eine Interessensvertretung ohne Zwangsmitgliedschaft möglich, selbstverständlich. Nur, meine Damen und Herren, wir werden bei dieser Gelegenheit diskutieren müssen, ob diese Mittelvergabe, die durch die Bauernkammer durchgeführt wird, überhaupt die optimale Situation ist. Es ist ja nicht wenig Geld. Es hat immerhin inzwischen vom Jahr 1980 bis zum Jahr 1990 die Bauernkammer 867,48 Millionen Schilling verteilt für die verschiedensten Bereiche, die ich aufgeschlüsselt habe. Da werden wir einmal hineinschauen müssen, ob diese Verteilung der Subventionsmillionen tatsächlich so objektiv erfolgt ist und ob es nicht gescheiter wäre, wenn wir auch hier einmal versuchen würden, eine objektive Vergabe dieser Mittel sicherzustellen. Es ist ja nicht die Alternative, haben wir Kammer oder haben wir Staat. Nein, meine Damen und Herren, die Alternative heißt anders. Es ist auch nicht so, daß der nur arbeiten kann,

wenn Zwangsmitgliedschaft besteht. Ich kann mich erinnern, da hat im Juni dieses Jahres der Kollege Buchberger eine wesentliche Äußerung gemacht. Er hat gesagt, wenn keine Zwangsmitgliedschaft besteht, müßte er jeden, der kommt, fragen, bist du Kammermitglied, ja oder nein. Wenn nein, dann tue ich nichts für dich. Bitte herzlich, was ist denn das für eine Auffassung? Sie können es nachlesen im Protokoll, habe ich da liegen, der Bertl Buchberger hat gesagt, da müßte ich ja jeden fragen, ob er Mitglied ist, bevor ich etwas für ihn tue. Bitte herzlichst, ist denn das tatsächlich so, daß man nur für diejenigen etwas tut, die auch Mitglieder sind? Das ist eine ungeheuerliche Auffassung.

Und drittens, meine Damen und Herren, die Aktivitäten wären natürlich bei mehr Konkurrenz viel höher.

Meine verehrten Damen und Herren, die Auseinandersetzung um die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern, und zwar nicht nur in der Bauernkammer, das ist eine alte, da hat es schon viele Vorstöße gegeben, nicht zuletzt auch jene Vorstöße, die die einzig wirkliche Lösung vorgesehen haben, so, daß das geschieht, was der Pörtl nämlich möchte, daß nämlich alle Kammern gleichartig behandelt werden. Diese einzige Vorgangsweise wäre gewesen, wenn man die Geschichte mit einer Volksbefragung gemacht hätte, weil der Kollege Rainer hat ja unrecht. Er hat schon recht, daß die Säuglinge nicht Mitglieder bei Kammern sind, aber die stimmen ja auch nicht ab bei einer Volksbefragung. Daher ist das alles nicht so tragisch. Was dann noch übrig bleibt sind ein Teil der Hausfrauen, weil diese sind ja auch berufstätig, und die Beamten. Und damit hat sich die Geschichte schon. So gesehen sind ja wirklich beinahe alle Mitglied in irgendeiner Kammer in Österreich. Wenn man das System untersucht, und es geht ja um die Systemuntersuchung, und nicht um den kleinen Bereich der Kammerwahl, da muß man das anders machen, meine verehrten Damen und Herren. Der Ideenwandel, das stattgefunden hat im Bereich der Mehrheitspartei in diesem Land, hat stattgefunden in Wahrheit in der Nacht vom 8. auf 9. Oktober 1990. Nach Vorliegen des Wahlergebnisses hat man sich zusammengesetzt und gesagt: „Fix noch einmal, jetzt müssen wir was tun gegen diese Geschichte“. Und daher ist man auf den Gedanken der Urabstimmung gekommen. Der Gedanke der Urabstimmung ist ja nicht neu. Bei den Verhandlungen, die wir gehabt haben mit den anderen, haben wir den Gedanken ebenso vorgeschlagen, aber nur dann, wenn es halt wirklich alle machen, und nicht nur einer. Von diesem Gedanken ist in Wahrheit nichts mehr übriggeblieben, weil Tatsache ist, daß diese Argumente, die hier stattfinden, von einer hohen Scheinheiligkeit geprägt sind. Das Argument, daß die Volksbefragung nicht stattfinden kann, ist deshalb falsch, weil alles, worüber der Landtag beschließen kann, natürlich auch Gegenstand einer Volksbefragung sein kann. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Das steht ja auch im Volksrechtgesetz.

Das Argument, daß hier eine Urabstimmung stattfindet, ist falsch, weil ja keine stattfindet, sondern was Sie machen wollen, ist die Möglichkeit, eine völlig harmlose Befragung zu machen, die auch überhaupt keine Konsequenzen hat, wenn das Ergebnis nicht paßt, dann wird schubladisiert und davon nicht mehr geredet.

Es wird ja auch keine Befragung über die Zwangsmitgliedschaft sein, und wer die Artikel liest, die der Herr Kollege Pörtl bis zum Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, bis zu allen Gastkommentatoren, die man sich von überall hergeholt hat, bis zu den Zitaten, die aus dem Landesbauernrat erfolgt sind, tatsächlich anschaut, wird es keine Befragung geben, ob Zwangsmitgliedschaft gewollt wird, ja oder nein, sondern es wird eine Befragung geben: Wollt ihr eine Interessensvertretung, ja oder nein! Weil, wenn ich die Zwangsmitgliedschaft nicht fresse, dann haben wir keine Interessensvertretung. Das ist eine getürkte Befragung. Oder um es anders zu sagen, das ist im wahrsten Sinne des Wortes Bauernfängerei.

Meine Damen und Herren, und im Endeffekt geht es auch nur darum, daß die Kammerwahl, deren Ergebnis man sich ja in etwa ausrechnen kann, noch geschwind aufgefangen wird. Deshalb muß das ja auch geschwind mit einem gelben Stimmzettel am selben Tag stattfinden, damit diejenigen, die kritisch sind, und wie viele es sind, weiß der Kollege Pörtl noch viel besser als ich. Wahrscheinlich sind es noch viel mehr. Und wenn der Herr Kollege Grillitsch sagt, daß eine Mehrheit, so klein sie auch immer sein mag, für die Kammer schon ein großer Erfolg ist, dann scheint der Erosionsprozeß im Bauernbund ja noch viel größer zu sein, als man überhaupt nur vermuten kann derzeit in diesem Augenblick. Daher muß man mit dem gelben Stimmzettel die Möglichkeit geben, geschwind gegen die Kammer zu protestieren und mit dem anderen, mit dem weißen Stimmzettel, trotzdem ÖVP wählen können. Das ist der tatsächliche Hintergrund. Diese Geschichte als großen Akt der direkten Demokratie zu verkaufen, ist von einer Unverfrorenheit, die man wirklich nicht mehr vertreten kann. Dann muß die Geschichte noch heute durchgeboxt werden. Da haben Sie bitte ein Gesetz, und dabei haben Sie vergessen, daß die Wahlordnung auch geändert hätte werden müssen. Sie haben einen Teil der Wahlordnung in das Kammergesetz mit dieser Novelle hineinschreiben müssen. Für einen Juristen ist das etwas Grausliches, für euch wahrscheinlich nicht. Das macht aber nichts. Nur, diese Schlampigkeit der Gesetzgebung haben schon viel Scheitere als ich kritisiert. Ich zitiere ein Buch, das ich schon einmal zitiert habe, nämlich das Buch, das der Herr Landeshauptmann mitherausgegeben hat, nämlich das Buch: „Nachdenken über Politik“, und dort hat einer, der heute schon mehrmals zum Rednerpult hat geschickt werden müssen, daher scheint es Ihnen schlecht zu gehen heute, nämlich der Herr Prof. Schilcher, über die Gesetze und über die Gesetzgebung folgendes Wesentliches gesagt: „Im qualitativen Bereich sind moderne Gesetze“ – so sagt Schilcher – erstens „viel zu detailistisch geschwätzig“. – Da scheint er die Gesetze gelesen zu haben, die der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller üblicherweise liest. Zweitens: Da meint er dieses Gesetz vermutlich in weiser Voraussicht: „Viel zu überhastig und schlampig beim Zusammenkommen“, und drittens, da scheint er wahrscheinlich auch dieses Gesetz gelesen zu haben und einige andere noch, die im Hause liegen: „Für den Bürger praktisch unlesbar und kaum verständlich“, weil sie im Grunde von Beamten für Beamte mit gewissen Nebenwirkungen auf Bürger konzipiert sind.

Ich weiß nicht, woher der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher die prophetischen Äußerungen herge-

nommen hat, das hat er vor einem halben Jahrzehnt geschrieben, und heute haben wir diese Dinge im Haus, und unverfroren bringt er sie noch immer mit ein, was mich wirklich wundert.

Meine Damen und Herren, mit dieser Novelle, mit diesem Durchpeitschen, mit dieser Vorgangsweise, und das sage ich jetzt ohne jeden Zynismus, wie der Herr Landeshauptmann immer zu sagen pflegt, machen Sie in Wahrheit die Dinge nur noch schlechter. Jeder merkt die Absicht, die Sie haben, jeder ist verstimmt, und Sie werden doch nicht glauben, daß die Bauern auf diese Bauernfängerei, die Sie hier inszenieren, tatsächlich hineinfallen werden. Es ist zu befürchten, meine Damen und Herren, und ich sage das ganz knochentrocken und deutlich, daß die Bauern nicht nur getäuscht werden im Zuge dieser angeblichen Befragungsaktionen, sondern natürlich wahrscheinlich auch unter Druck gesetzt werden, weil Sie jedem einzelnen sagen werden, wenn wir die Zwangsmitgliedschaft mit dieser Kammer nicht haben und keine Mehrheit haben werden, dann kriegst du keinen Kredit mehr, dann kriegst du keine Förderung mehr, dann kriegst du das alles nicht mehr, weil wir verteilen ja die 800 Millionen Schilling in zehn Jahren. Das werdet ihr sagen. Ihr werdet sagen, wir können das Geld nicht mehr verteilen, wenn es uns nicht mehr gibt. Und deshalb müssen sie mehrheitlich für die Zwangsmitgliedschaft sein. Ich sage euch, die Bauern werden nicht nur getäuscht, sondern auch unter Druck gesetzt werden, psychologisch unter Druck gesetzt werden, und das ist eine Ungeheuerlichkeit. Ich muß Ihnen noch etwas sagen: (Abg. Dr. Maitz: „Das ist bei uns nicht üblich, was bei euch üblich ist!“) Lieber Freund, eine Partei, die sich nicht scheut, zum Zwecke der Manipulation vorzuschlagen, daß auch Stimmzettel 14 Tage vorher heimgeschickt werden, wird auch davor nicht zurückschrecken. Das sage ich in dieser Situation. Und das Problem ist, ich verstehe es psychologisch ja, daß ihr wißt, daß ihr im Verlieren seid, und mit aller Gewalt alles versucht, um dieses Verlieren abzufedern. (Abg. Dr. Maitz: „Das hättet ihr gerne!“) Lieber Kollege Dr. Maitz, die Qualität und die Güte einer politischen Partei wird auch daran gemessen werden, ob sie in der Lage ist, in Würde zu verlieren. Dazu seid ihr im Moment nicht in der Lage. Wir haben oft genug gezeigt, daß wir in Zeiten, wo es uns weniger gut gegangen ist, in Würde verloren haben. Ihr müßt das erst zeigen. Ihr werdet in den nächsten Jahren ja ausreichend dazu Gelegenheit haben.

Meine Damen und Herren, eine wirklich ehrliche Lösung wäre eine Volksbefragung gewesen. Ich habe mich nie der Illusion hingegeben, daß Sie zum jetzigen Zeitpunkt zu diesem Schritt bereit sein werden, aber so, wie in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober 1990 nach Vorliegen des Wahlergebnisses ein dramatischer Umdenkprozeß Sie zu diesem Schritt bewogen hat, bin ich überzeugt, wird das nächste Wahlergebnis bei der Landtagswahl in der Nacht bei Ihnen einen Nachdenkprozeß auswirken, um auch weitere Schritte gehen zu können, damit wir in der Steiermark wirklich endlich ein freies Klima haben werden. Und dafür werden wir kämpfen, und ich würde Sie jetzt schon einladen, diesen Weg doch gemeinsam zu gehen. Ersparen wir den Bürgern draußen sehr viel an Auseinandersetzung, sehr viel an politischer Diskussion. Wir haben uns

schon etwas gedacht dabei, als wir Ihnen vorgeschlagen haben, doch gleichzeitig mit der Nationalratswahl zu wählen, weil dann die Bürger das, was sich jetzt an Auseinandersetzung abspielt, die Sie natürlich provozieren müssen gegen alle anderen, um irgendwie über die Runden zu kommen, erspart geblieben wäre. Es tut uns leid, daß das nicht der Fall ist, aber nach der nächsten Landtagswahl werden wir ein vernünftiges Verhältnis haben. (Beifall bei der FPÖ. – 18.22 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grillitsch das Wort.

Abg. Grillitsch (18.22 Uhr): Sehr geschätzte Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube eigentlich, die vorigen Worte haben gezeigt, welche Nervosität durch unsere absolut richtige Entscheidung entstanden ist. Wir haben das Thema nicht heraufbeschworen. Wir haben sehr lange zugehört, wir wußten, daß der Herr Mag. Rader ein politisches Thema für sich starten wollte, und wir wußten aber auch, daß wir uns auf gar keinen Fall mit den Vorkommnissen in der Arbeiterkammer identifizieren können als Kammer. (Abg. Weilharter: „Das ist kein Thema.“) Wir sind auch der Überzeugung, daß wir ganz offensiv und ganz offen unsere Mitglieder befragen können, wie sie zu ihrer Interessensvertretung stehen. Bei uns steht die Wahl an, und wir wollten im Hinblick auf diese Diskussion auch die Wahl nicht durchführen, ohne gleichzeitig auch die Mitglieder zu befragen, weil ansonsten würde, meine Damen und Herren, dieses Thema lange Zeit weitergespielt. Wir brauchen uns nicht fürchten, Herr Abgeordneter Mag. Rader, es gibt nur Bauern in der Steiermark, keine Großbauern und keine Kleinbauern (Abg. Mag. Rader: „Aber Nebenerwerbslandwirte gibt es!“), das hat es in Ihrer Politik gegeben, wie ihr den Revisor unterwegs gehabt habt mit dem schwarzen Kofferl, der einzelnen Betriebe und einzelnen Förderungswerber am Hof besucht hat, ungerechterweise mit dem Förderungsakt (Abg. Mag. Rader: „Den habe ich hinausgeschmissen!“), das hat es nur in Ihrer Zeit gegeben, unter Ihrem Staatssekretär, unter Ihrem freiheitlichen Obmann aus dem Bezirk Leoben.

Und, meine Damen und Herren, die Kammer für Land- und Forstwirtschaft hat gesetzliche Aufträge zu erfüllen, seien sie seitens des Bundes oder seien sie seitens des Landes. Und wenn Sie die Kontrolle ansprechen, dann bitte, wir freuen uns über jede Kontrolle. Es gibt eine interne Kontrolle. Es hat für die Landesmittel jederzeit der Rechnungshof die Möglichkeit, Einblick zu nehmen. Hoffentlich kommt es auch, daß für die Bundesmittel dann auch der Bundesrechnungshof Einschau hat. Herr Abgeordneter Zellnig, als einer, der lange nicht gewußt hat, bin ich wahlberechtigt oder bin ich nicht, aber trotzdem eine Funktion angenommen hat und eigentlich erst nach der Hofübergabe ein fixes Wahlrecht hat und immer in der Landwirtschaftskammer seine Funktion innehatte und haben konnte und selbst Mitglied des Kontroll-Ausschusses ist, ich würde mir das überlegen, solche Dinge anzuzweifeln. Ich glaube, dir dürfte auch nicht unbekannt sein, die Demokratie – (Abg. Zellnig: „Zweifelst du mein Wahlrecht seit 1962 an?“) Jawohl, bis zu deiner Hofübergabe, das weißt du selbst, hast du selbst bestens

gewußt und weißt auch, daß wir es geduldet haben. Ganz offen gesprochen bitte, wir haben gesagt, warum sollen wir es nicht dulden, er soll, von seinem Beruf her früher, bei der Arbeiterkammer und bei der Bauernkammer wählen. Wir haben das geduldet, bitte. (Abg. Zellnig: „Du bestätigst, daß die Nebenerwerbsbauern ein geduldetes Wahlrecht haben!“) Nein, nein, das ist ganz anders. (Abg. Zellnig: „Das hast du dokumentiert!“) Ich rede nicht über solche Dinge, die gehören in die private Sphäre, die man eben auch fallweise erfährt. Aber das soll nicht das Hauptthema sein. (Abg. Zellnig: „Das ist im Protokoll drinnen!“) Das Hauptthema ist das, daß – so gesagt – einfach gewisse Dinge im Mund umgedreht werden. Und wenn der Vorwurf der Nebenerwerbsbauern kommt (Abg. Zellnig: „Die Nebenerwerbsbauern sind nach deiner Meinung eine Duldung der Bauern. Ihr braucht die Nebenerwerbsbauern nur zur Wahl!“) Also bitte, das lasse bitte die Nebenerwerbsbauern entscheiden. Wir fürchten uns nicht vor dieser Urabstimmung, und wir fürchten uns auch vor keiner Wahl. Ich war selbst über 18 Jahre Obmann einer Bezirkskammer, und ich weiß, was die Sorgen der Bauern waren. Es war nie eine Frage, bist du Nebenerwerbsbauer, bist du der oder bist du der, sondern es sind einfach die Sorgen der Bauern vertreten worden, und deshalb können wir auch – (Abg. Zellnig: „Du hast gesagt, es ist eine Duldung. Du hast gesagt, ich bin geduldet als Nebenerwerbsbauer!“) Für dich persönlich war das so, und von mir aus schauen wir gemeinsam zu Hause nach, dann brauchst du dich nicht hier offenbaren, aber es ist Tatsache, und das lassen wir dabei. Ich glaube, daß gerade du als amtierender Landeskammerrat, der du auch weißt, daß es dort korrekt und auch demokratisch zugeht, daß man sogar so weit gegangen ist, obwohl das Kammergesetz es nicht vorschreiben würde, daß ihr einen Sitz im Hauptauschuß habt, wo die klärenden Dinge gemacht werden. Man hat gesagt, geben wir auch die zweitstärkste Gruppe hier hinein. Ich glaube, mehr Demokratie könnt ihr von uns einfach nicht verlangen. Und das ist gut gegangen mit deinem Vorgänger, weil das ein ehrlicher, aufrechter Mensch war, der sehr geschätzte Herr Abgeordnete Zinkanell. (Abg. Zellnig: „Wir haben 17 Stimmen im Vorstand drinnen!“) Ich habe es ihm selbst gesagt, und ich habe auch gezweifelt, weil ich dich persönlich gut kenne, ob es dann mit dir auch noch so gehen wird. Und siehe da, es geht nicht so. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, alles, was heute hier zu dieser Debatte gesagt wurde (Abg. Zellnig: „Zeit ist es, daß du die Wahlordnung einmal studierst!“) und vor allem auch bezüglich der Zwangsmitgliedschaft und so weiter, Leutln, ihr habt das heraufbeschworen, und ihr seht jetzt das Eigentor, und deshalb die große, große Angst. Ich möchte mich gar nicht unterhalten über sozialpartnerschaftliche Maßnahmen, sondern ich glaube, wir müssen erkennen, und es ist in den letzten Tagen auch öfters von potenten Leuten gesagt worden, letztlich am Dienstag in der Burg von der Präsidentin der Nationalbank, von der Frau Präsident Schaumaier, die auch die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der ganzen Volkswirtschaft erwähnt hat und auch die Sorgen, die in der zukünftigen Entwicklung mit diesem Berufsstand auch verbunden sind, und umso notwendiger, meine Damen und Herren, ist eine Interessensvertre-

tung. Ich bin überzeugt, daß sich die Bauern diese Interessensvertretung selbst wünschen werden und daß wir dann mit entsprechender Stärke auch die bäuerlichen Interessen wie bisher, meine Damen und Herren, vertreten. Ich nehme für die Österreichische Volkspartei in Anspruch, daß sie wirklich immer ehrlich, wie es so schön heißt, aufrichtig seit 1945 in ihrer Gesamtpartei auch die bäuerlichen Interessen vertreten hat. Bezüglich Bauernfängerei, was hier genannt wurde von einem Mann, wo ich das letzte Mal hier im Klub das Gefühl hatte, daß ihn etwa seine Bildung, daß ihn die Einbildung überragt und damit auch seine Entgleisung. Entschuldige – ich habe weder gesagt, er sei ein Benachteiligter, noch wollte ich seine Eltern irgendwo beleidigen, ich kenne sie gar nicht, sondern ich habe lediglich festgestellt, daß man das klarstellen muß, daß eine Berufsgruppe über ihre Interessensvertretung selbst entscheiden muß und daß nicht 92 Prozent der Bevölkerung 8 Prozent Bauern etwa sind, daß 92 Prozent über eine Berufsgruppe entscheiden sollen, die sie gar nicht interessiert. Das war meine Aussage, und das war meine heutige Aussage. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.31 Uhr.)

Präsident Meyer: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (18.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Kein Landwirtschaftsexperte, jedoch einer, der sich um das Kammerwesen kümmert und dem das Kammerwesen am Herzen liegt, man sei mir deshalb nicht böse. Ich glaube, daß die Kammervertreter, die es veranlaßt haben, diesen Antrag einzubringen, ebenfalls aus diesem Grunde, nämlich weil ihnen das Kammerwesen am Herzen gelegen ist, diesen Antrag gestellt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schätze den Kollegen Grillitsch eigentlich immer sehr wegen seiner sehr griffigen Ausdrucksweise, die er hat. Heute ist er ein bißchen zu tief in die Lade gerutscht. Es tut mir leid, weil ich glaube, daß diese persönliche Auseinandersetzung von mir aus in die Vollversammlung der Bauernkammer gehört hätte, aber nicht in den Landtag und zu dieser heutigen Sitzung. Ich würde ihm auch empfehlen, er möge sich mit dem Kollegen Zellnig darüber unterhalten. Denn eines scheint mir schon paradox zu sein, daß ansonsten all jene, die ein Hektar Grund besitzen, wahlberechtigt zur Landwirtschaftskammer sind, aber der Kollege Zellnig, der 52 Hektar besitzt, nicht wahlberechtigt sein sollte. Meine Damen und Herren, irgendwo liegt also hier eine Diskrepanz dazwischen, aber das überlasse ich deiner persönlichen Geistesgabe, wie du mit dem Kollegen Zellnig weiterreden wirst.

Meine Damen und Herren! Am 25. Jänner des heurigen Jahres hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller alle Kammern der Steiermark zu einem Gespräch und zu einer Aussprache eingeladen und hat gemeint, man sollte die Frage der Kammern ganz emotionslos diskutieren, und hat gebeten, daß alle ihren Beitrag dazu leisten, weil er meinte, die Meinung vieler wäre also die Richtlinie dafür. Wir haben ihm beigepflichtet, weil wir meinen, daß wir als steirische Arbeiterkammer oder als österreichische Arbeiterkammer nicht umsonst in den zwanziger Jahren darum gekämpft haben, eine

eigene Vertretung zu bekommen. Hatte die Handelskammer seit dem Jahre 1948, meine Damen und Herren, eine eigene Vertretung, so ist die Arbeiterkammer im Jahre 1920 durch Gesetz beschlossen worden und 1921 dann mit einem weiteren Gesetzesbeschluß die Gleichstellung mit der Handelskammer herbeigeführt worden.

Ich darf wieder zurückkommen auf das Gespräch am 25. Jänner 1990 und Ihnen nahebringen, was die damaligen Vertreter der Kammern gesagt haben. Der Vertreter der Ärztekammer meinte, die Frage sollte sein, ob Kammern noch zeitentsprechend sind. Er meinte, Pflichtmitgliedschaft in der Ärztekammer werde bejaht, und der Grund ist auch, daß die Wohlfahrtseinrichtungen sowie die Disziplinierung der Ärzte dies unbedingt notwendig machen würden. Der Vertreter der Ingenieurkammer sagte, die Auflösung der Pflichtmitgliedschaft würde noch mehr Staat bedeuten und Änderungen der Verwaltungsgesetze. Die Handelskammer meinte dazu, Interessensausgleich zwischen den einzelnen Gruppen sei unbedingt notwendig. Freiwillige Pflichtmitgliedschaft würde für mich der Erpressung – entweder du tust was ich will oder ich trete aus – Tür und Tor öffnen. Gesetzliche Mitgliedschaft dereguliert, sie verhindert die Macht des Stärkeren. Somit profitieren die Schwächeren von der Pflichtmitgliedschaft in dieser Einrichtung. Das gilt bitte für alle diese Einrichtungen. Der Vertreter der Kammer der Wirtschaftstreuhandler meinte, für ihn sei dies keine Debatte, und auch für seine Mitglieder nicht, denn die Pflichtmitgliedschaft sei eine Frage der Überzeugung, daß aber vor allem die Information der Mitglieder nicht entsprechend funktionieren würde, wenn es keine Pflichtmitgliedschaft gäbe, und außerdem bei Verhandlungen seien sie immer Ansprechpartner für alle staatlichen Einrichtungen.

Tierärzte: Wir haben 50 Jahre gebraucht, bis wir auch eine Interessensvertretung erhalten haben. Wir wollen sie auch nicht aufgeben, von einer Freiwilligkeit halten wir nichts. Aber Kollegen, welche schon längst nicht mehr Mitglieder bei uns sein bräuchten, halten uns noch immer die Treue und bleiben freiwillig bei uns. Der damalige Vertreter der Landwirtschaftskammer meinte, Pflichtmitgliedschaft kann nicht ersetzt werden, wir verwahren uns mit aller Vehemenz gegen eine Abschaffung. Diesem haben sich die Notariatskammer, die Apothekerkammer und die Dentistenkammer angeschlossen. Die Landarbeiterkammer sagte, sie sei die älteste Berufsgruppe, aber erst nach 1945 diesem Gesetz unterzogen worden, daß es eine eigene Landarbeiterkammer gegeben habe. Und die Rechtsanwaltskammer sagte, sie bestehe seit 1868. Zwangsmiitgliedschaft sei für sie unerlässlich. Und zum Schluß dazu stellte Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller fest, Selbstverwaltungskörper arbeiten effizienter als staatliche Einrichtungen, und daher danke er allen für ihre Meinung, für diesen Beitrag, weil er glaube, daß er die Gemeinsamkeit in diesem Lande um das Wollen, das Bestehen der Kammern zeige. Ich glaube daher, daß es unnötig ist, eine Befragung in dieser Form, noch dazu bei einer Wahl, durchzuführen, wenn man sich in dieser Frage bekennt, aber es sei jedem offen geblieben. Wir meinten nur, daß er Anlaß der Landwirtschaftskammerwahl nicht der richtige Bereich sei, ansonsten sei es jeder einzelnen Kammer überlassen,

was sie tun wolle. Möge sich der eine beim anderen nicht einmischen, dann gelingt es wahrscheinlich leichter. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ. – 18.39 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl (18.39 Uhr): Frau Präsident!

Meine liebe Abgeordnete ist gar nicht da, und der liebe Herr Kollege Mag. Rader, der jetzt in letzter Zeit so aktiv war, ist leider auch nicht da. Mir tut es sehr leid, aber ich muß ihn trotzdem ein bißchen durchbeuteln, weil so einfach kann man es sich nicht machen, laufend den Schutt abladen, und wenn es um den Kern der Frage geht, sich dann aus dem Staub zu machen. Ich bin sehr froh, daß in einigen Wortmeldungen, auch vom Kollegen Vollmann und vom Kollegen Zellnig, die Schwere und der Inhalt dieser Sachfrage sehr grundsätzlich positiv beleuchtet wurden. Und wenn also einige hitzige Diskussionen da waren, so möchte ich wirklich noch einmal in den Raum stellen, daß wir als Landwirtschaftskammer und als Landarbeiterkammer landesgesetzlich geregelt sind. Wenn der Kollege Mag. Rader meint, wir machen eine allgemeine Volksabstimmung, und ich wiederhole, was der Herr Abgeordnete Grillitsch gerade vorher gesagt hat, daß man praktisch nach dem Modell der Gerechtigkeit alle nach der gleichen Rasur abrasiert, sind wir einfach persönlich nicht bereit, daß wir uns einer solchen Entscheidung ausliefern. Daher glaube ich vor allem – und ich habe es im Ausschuß schon gesagt –, zum Glück können die Bauern lesen, auch die Abgeordneten hier, und zum Glück haben wir einen gesunden Hausverstand und einen guten Instinkt. Es geht uns leider, was die zukünftigen Herausforderungen betrifft, nicht so gut, daß wir laufend selber sozusagen von außen her in Frage gestellt werden. Ich glaube, es fehlt vor allem speziell der Freiheitlichen Partei in dieser konkreten Frage an der Betroffenheit, und ich sage das ganz offen. Mich haben einige eurer Kollegen bereits angesprochen, die die Frage ganz anders in den Raum stellen. Die wissen ganz genau, daß dies in Wahrheit eine parteipolitische Aktion ist. Es sagen auch gar nicht wenige, mit freiem Auge sichtbar. Gundi Kammlander hat dies erläutert, daß man den Lobbyismus wieder mitfördert, direkt und indirekt. Wenn ich also heute frage, wer würde am ehesten Lust haben auszusteigen, so fallen mir zwei schnell ein, das wären die Bundesforste und Mayr-Melnhof. Da muß ich mich dann schon fragen, ob das die Hauptanliegen der freiheitlichen Vertreter in Wahrheit in dieser Frage sind. Ich glaube vor allem, wir haben mit dieser Entscheidung sehr direkt und sehr offensiv, nicht, wie es Murer gesagt hat als Zwangsmiitgliedschaftskammerpräsident, diese Frage in den Raum gestellt, sondern die Bauern sollen selber entscheiden, was sie zu diesem Vorwurf und zu dieser Frage ganz konkret sagen. (Abg. Weilharter: „Nicht mit dieser Fragestellung!“) Die Fragestellung ist gar nicht so sicher. Wir stellen fest, auch der Kollege Zellnig und der Kollege Vollmann, auch alle Verfassungsrechtler, und ich möchte nur wissen, wo Mag. Rader in die Schule gegangen ist, das ist ein Verwaltungsrechtler. Ob er das nicht auch weiß, daß jede Körperschaft, wo nicht die allgemeine Mitgliedschaft aller Berufsständischen gegeben ist, keine Körper-

schaft ist. Das ist ein Verein, und dieser Verein ist dann praktisch nicht mehr in der Lage, daß er solche Vertretungen übernimmt, und ist selbstverständlich den verschiedensten Einflüssen ausgeliefert.

Ich möchte aber auch noch auf ein paar Fragen konkret antworten, weil man in den Raum schmeißt, ja, machen wir es so wie beim Gewerkschaftsbund. Wir haben leider nicht das Glück, daß das so zu organisieren ist. Der Gewerkschaftsbund ist deshalb so stark, weil er praktisch ebenfalls einen überparteilichen Charakter in Wahrheit hat, und vor allem, weil er auch das starke Instrument des Streiks in sich birgt, und wenn er streikt, bestreikt er immer den anderen und nicht sich selber. Wir Bauern, wenn wir streiken, sind zuerst selber dran. Und nachher vergeht es uns. Ich habe bei so einem Streik selbst mitgemacht als Hendlbauer. Ich habe geglaubt, wir werden es ihnen zeigen. Es hat nicht lange gedauert. (Abg. Zellnig: „Solange es sozialistische Minister gegeben hat, war es lustig zu streiken!“) Nein, nein, wir haben die eigenen Verwertungsbetriebe bestreikt. Das heißt, auch in dieser Frage ein offenes Wort, ich will mich da gar nicht verhaspeln, nur wenn sie in verschiedenen Auseinandersetzungen nicht um die Runden gekommen sind, oft schicken sie das immer wieder in die Sozialpartnerschaft hinein. Wir Bauern wissen sehr genau, daß wir dann oft die zweiten und die dritten sind. Aber in der Gesamtkonzeption kann man nicht sagen, daß wir in den letzten Jahrzehnten in diesem gewaltigen Strukturwandel, in dieser schwierigen Position, als österreichische und steirische Landwirtschaft generell schlechter gefahren sind wie im Raum der EG, oder wenn wir vor allem denken, andere großstrukturierte Gebiete. Ich möchte sogar in den Raum stellen, wir können es uns jetzt noch erlauben, so eine Diskussion abzuwickeln. In Ländern, wo es keine Bauern mehr gibt, da stellen sie momentan Lebensmittellkarten aus. Da gibt es allergrößte ökologische Probleme, die man sich kaum vorstellen kann. Und daher glaube ich, ist diese Frage kein Spielzeug. Wir haben das so ernst genommen und haben gesagt, bitte, da geht es um eine ganz substantielle Frage, wo die Bauern selbst eine klare Meinung für Entscheidungen im steirischen Landtag haben. Daher ist von uns aus gesehen eine Urabstimmung – schade, daß Mag. Rader nicht da ist – keine lockere Befragerei. Da geht es um die Wurst. Da geht es auch nicht um den Pörtl Erich, das sage ich auch ganz offen. Da geht es um die Bauernvertretung der Steiermark und damit im Dominoeffekt um die gesamte Vertretung der Interessen. Nur, wenn ich vor allem die Reaktion und vor allem die Erregtheit von Mag. Rader anschau, ist eigentlich die Körpersprache für mich die klarste Sprache. Ich glaube vor allem, ich bin jetzt schon 15 Jahre im Landtag, aber ich muß ganz ehrlich sagen, ich war ganz überrascht, als wir den Medien – der Präsident Wahl und ich – bekanntgegeben haben, jawohl, wir befragen unsere Mitglieder, haben alle gesagt: Gibt es denn so etwas? Aufreißen der Tore, das ist mehr Demokratie, das ist eine konkrete Möglichkeit der Mitgestaltung. Die Journalisten und breiteste Kreise der Bevölkerung haben gesagt Gott sei Dank, und da im Landtag sucht man jetzt Haare, führen wir einen Eiertanz auf, daß man nur gleich so lachen muß. (Abg. Zellnig: „Herr Präsident, Herr Kollege Pörtl, will es Präsident Wahl wirklich so wie du?“) Vielleicht hat er die Gelegenheit, einmal im Landtag das Wort zu

ergreifen. Aber soweit ich ihn kenne, und da haben wir keine Probleme, er will das auch so haben, weil die Landarbeiterkammer haben sie auch schon ein paar mal abmurksen wollen. Dabei wäre sogar eine Menge beteiligt gewesen. Das ist ja auch nicht unbekannt, soweit ich mich erinnere. Nein, ihr seid bei so etwas nie dabei. Das weiß ich so ganz genau. Da gibt es überhaupt nichts.

Liebe Freunde! Wenn die Gundi Kammlander dageswesen wäre, hätte ich ihr vor allem den Leistungspegel – (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, sie tut laufend schwatzen und schwätzen. Du mußt ein bißchen mehr aufpassen, wenn Antworten kommen auf die pauschalen Aussagen, daß die Kammer sozusagen ein relativ unbewegliches Unternehmen sei. (Heiterkeit beim Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber.) Ja, Korber, mit der Natur, da haben wir schon soviel zu tun wie du, da hat es überhaupt nichts. Bei den Empfindungen in bezug auf Natur und Gemeinschaft und in weitesten Strecken, da gibt es sogar Wissenschaftler, die sagen, es geht um zwei große zentrale Fragen. Eine davon ist die Ökologisierung der Gesellschaft, und der gleiche Wissenschaftler sagt, wir können bei den Bauern noch Bestände dieser konkreten Ansätze, damit uns die Ökologisierung der Gesellschaft gelingt, finden. Und daher ist die Frage, wie die Bauern sich weiterentwickeln, eine permanente Reform. Wir sind sehr offen, lieber Kollege Zellnig, für uns ist die Reform der Kammer eine Selbstverständlichkeit. (Abg. Zellnig: „Warum machst du es nicht?“) Wir täten es gerne machen. Nur laufen derzeit erstens die Regierungsverhandlungen, zweitens läuft der Termin ab. Der ist gesetzlich vorgegeben, daß wir die Kammerwahl machen müssen. Wir wollen in weiterer Folge eine umfassende Reform machen. Nicht nur einige kleine Eckerln. Ich möchte auch haben, daß es mir nicht so geht, wie es euch gegangen ist beim Rechberger, daß ich auch abgewählt werden kann, gleich wie der Kammerobmann. (Beifall bei der ÖVP.) Das gehört alles gleich schön mit anständig geregelt, damit die Dinge dann (Abg. Zellnig: „Wieso die Abwahl des Präsidenten nicht in die Reform einbauen? Wieso willst du das nicht?“) in Ordnung sind. Nur, ich muß noch einmal – (Abg. Trampusch: „Ein Bauer baut sein Haus bevor es regnet!“) Ja, da ist eine relativ einfache lockere Behauptung in den Raum gestellt. Über das können wir alles reden.

Liebe Freunde, wir werden es dann so machen, daß wir Zellnig als Konsulenten für die Arbeiterkammerreform empfehlen. Wir sind auf dem Gebiet ja schon kilometerweit voraus. Wir sind ja nur durch diese Umstände an die Oberfläche geschwappt worden. Aber ganz konkret, wir brauchen auf schnellstem Wege weiterhin in dieser Frage eine effiziente Bauernvertretung. Denkt, was momentan los ist in der Frage GATT, in der Frage EG, in der Frage der Großmarktentwicklungen, in der gesamten Frage Osteuropa. Was und da alles begegnet ist, unwahrscheinlich. Wir sind ja fast jede Woche unterwegs und konfrontiert, weil die zu uns kommen: „Wie können wir ein Modell schaffen, damit wir erstens wieder Bauern eventuell schaffen können“, und zweitens wollen sie abfragen, wie es möglich war, in diesem Land, in dieser schwierigen Struktur weiterhin eine flächendeckende Bewirtschaftung zu haben. Ich vergesse nicht, Frau Kollegin

Kammlander, weil du angepöbelst hast, daß wir so quasi für die Ökologisierung oder für den biologischen Landbau zu wenig aktiv wären. Wir sind es im weitesten Sinne. Wir haben 600 Biobauern, wir haben ein sehr offensives Förderungsprogramm. Wir sind auf dem Gebiet ganz d'accord. Im Grünen Bericht sind alle 600 noch nicht drinnen. Wir sind ja schneller. Ganz klar ist vor allem, daß wir den Markt mitentwickeln. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir die Biobauern zur Produktion anregen, und sie gehen dann auf Grund der wirtschaftlichen Gegebenheiten drauf. Daher, glaube ich, ist unsere Form eine permanente Reform. Das ist überhaupt keine Frage. Ich könnte eine ganze Litanei ablesen, weil du glaubst, bei uns ist nichts los. Wer hat zum Beispiel die ganze Bioenergieentwicklung forciert? Wer hat die erste Ökodieselanlage hier geschaffen? Da ist die Landwirtschaftskammer – (Abg. Kammlander: „Ich weiß Ihre Modelle alle zu schätzen!“) Jawohl, aber da nichts von den Modellen sagen. Da willst du von einer verkrusteten Partie reden. Du mußt ganz klar und offen bekennen, daß wir mit unserer Interessensvertretung immer der Zeit entsprechend uns mitentwickelt haben. Und jetzt, wo es allgemein lustig ist, über bestehende Strukturen sozusagen offensiv und aggressiv in einem Abwischen alle niederzumachen, die Bauernkammer, weil die nächste Wahl bevorsteht, und nur von Zwangsmitgliedschaft zu reden. Mich hat bis jetzt noch kein Bauer wegen der Zwangsmitgliedschaft angesprochen. Bei einer Veranstaltung in St. Nikolai ob Draßling, wißt ihr, wer das war? Der Herr Dürr, ein freiheitlicher Kandidat, der zweite war der Herr Michael Gruber, und der dritte hat sich ausgegeben als Bauer und war auch ein Journalist von dieser rechten Ecke. Alle drei, die haben mich attackiert in dieser Frage Zwangsmitgliedschaft. Der Herr Jörg Haider hat verkündet: Punkt eins, Frage Zwangsmitgliedschaft muß niedergemacht werden. Und jetzt bekommen sie die Bockerlfräsen, jetzt bekommen sie Angst, und wir dürften gar nicht fragen in dieser konkreten Frage, daß es geht, Kammer ja oder nein. Ich möchte aufhören, weil ich die Zeit – (Unverständlicher Zwischenruf.) Das mit der getürkten Frage, da gibt es eine andere Antwort. Weißt du, was mir vor kurzem ein Bauer gesagt hat? Bauernabschätzen im Landtag, nix gelten lassen! Wenn einer mit den Bauern spielen will, Bauernabschätzen kannst im Casino drüben. So billig lassen wir uns da nicht wegmachen. Das ist eine ganz klare Frage. Da werden wir schön offen und direkt reden, wie mit uns die Natur, wie mit uns der Markt redet. Wir haben in der Zukunft Interesse an einer breiten Partnerschaft mit der gesamten Bevölkerung. Wir werden diesen Weg eines Selbstverständnisses für eine starke bäuerliche Vertretung sehr offensiv, bewußt und für die Bauern und für alle gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort. (Abg. Purr: „Muß das sein?“)

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (18.54 Uhr): Ja, das muß sein. Ich zahle ja schließlich auch Sozialversicherung für die Bauernkrankenkasse. Daher muß es sein. Also ist es genehmigt.

Die Diskussion über die Landwirtschaftskammer und Zwangsverein ist sicher medial sehr gut über die

Bühne gegangen. Und ich glaube, daß man heute ohne weiteres sagen soll, es geht um die Bauern, und es geht um die Zukunft der Bauern. Da gebe ich dem einzigen Landwirt in unserem Landtag vollkommen recht, weil der Herr Grillitsch ist wirklich ein Wirt vom Lande, und indem ist er ein Landwirt. Grundsätzlich habe ich aber miterlebt, daß man es von der Landwirtschaftskammer nicht erwarten konnte, wie diese ganzen EG-Diskussionen gelaufen sind, daß auch ein Herr Vranitzky irgendwie dann auf diesem Boot mitgeheult hat und daß alles in Richtung EG gelaufen ist. Heute bekommen manche von dieser EG-Geschichte schon wieder Bauchweh, und am liebsten wäre es vielen, wenn sie diese Geschichte gar nicht mehr zu diskutieren bräuchten. Warum, weil man aus Erfahrung weiß, und zwar aus Dänemark, daß der EG-Anschluß, und ich bezeichne das als Wirtschaftsanschluß, etwa 40 Prozent der dänischen Betriebe das Ende bereitet hat. Das Ende der Bauern. Und die Leute haben versucht, irgendwo mit Erwerb, sprich Industrie, im Gewerbe, unterzukommen oder natürlich auch in Pension zu gehen, weil schließlich auch das eine Möglichkeit ist, um hier auf der Arbeitsmarktstatistik gewisse Zahlen positiv färben zu wollen und färben zu lassen. Wenn der Herr Kollege Pötl sagt, der Bauer hat einen gesunden Hausverstand und Instinkt, dann pflichte ich ihm voll bei. Der Bauer, der heute in unseren Alpenregionen ökologischen dynamischen Landbau betreibt, ökologisch dynamische Bewirtschaftung seiner Kulturen, der noch eine flächenbezogene Tierhaltung hat, der einen Bezug hat zur Kreatur, der auch als landschaftspflegende Art ohne weiteres akzeptiert werden kann oder auch soll, das ist für mich mit Recht ein Bauer, der sich um seine Scholle bemüht, um seine Flächen, und der auch seinen Erben, und ich habe das heute schon einmal gesagt, gerne einen gesunden Betrieb verantworten will oder überantworten will. Das sind diese Leute, die instinktiv und mit gutem Hausverstand nicht mitteilen wollen mit einer Überproduktion, die nicht mitteilen wollen mit einer Überdüngung, die nicht mitteilen wollen mit einem Betrieb, wo vielleicht dann eine Massentierhaltung ist, ob das jetzt Rinder oder Kälber sind, wo dann irgendein Techniker denen einreden will, ja, da müssen sie jetzt wie in einer Apotheke euer Futtermittel zusammenmischen und ein bißchen Antibiotika dazugeben, natürlich mit Hormonen. Wir kennen ja alle die Sachen, wie man mit Wachstumshormonen arbeitet, ob das dann krebserregend ist, wenn die Leute das essen und die Kinder die Milch bekommen, ist ja dann in zweiter Linie. Die Hauptsache ist, der Ertrag und das Wachstum stimmen. Ich gratuliere also allen, die mit gesundem Hausverstand und mit Instinkt hier nicht mittun wollen, die eine gesunde Nahrung produzieren wollen, die nicht wollen, daß ein Schnitzel, wenn man es dann hat, dann nachher ausschaut wie eine Zehn-Schilling-Münze, weil soviel Wasser drinnen ist durch das Antibiotikum, daß dann das sozusagen wie eine kleine Medaille zusammenschumpft, die eine ordentliche Qualität erzeugen wollen und wo die Tiere auch lebenswert leben können. Das nenne ich dann einen gesunden Bauern mit einem gesunden Instinkt und einem gesunden Hausverstand. Wenn aber hier erwähnt wird die sogenannte ökosoziale Marktwirtschaft, dann muß ich feststellen, daß das, was die ÖVP heute darunter versteht, eine ökonomisch soziale

Marktwirtschaft ist. Und öko nur dann als ökologisch verwendet wird, weil es halt gerade paßt, weil gerade die richtigen Leute waren und Grüne dabei sind und genug Leute aus der Stadt, weil das Wort ökologisch dann zieht. Tatsächlich ist es aber eine beinharte ökonomisch soziale Marktwirtschaft. Und es ist heute für die Bauern ein derartiger Druck da, auch bis zu der Klausel, daß ich nicht einmal die eigene Milch ab Hof verkaufen kann oder soll, damit sie nicht da wieder mit ihrem Kontingent Schwierigkeiten bekommen, daß ihnen das Kontingent nicht gekürzt wird. Daher bekommen wir sie alle so schön entweder in der Flasche, meistens Gott sei Dank in der Flasche, oder auch paketierte die homogenisierte Milch. Eine Milch, die heute meiner Meinung nach gerade vom Wert her sehr in Frage zu stellen ist, weil durch die sogenannte Homogenisierung, die Fettmoleküle derart zerbombt und zerschlagen werden, daß diese Milch sehr stark über den Darm direkt in den Blutkreislauf und damit natürlich auch in das Fettgewebe aufgenommen wird. Und dann wundert man sich, wenn heute junge Leute, Sportler, Milchtrinker einen weitaus überhöhten Cholesterinspiegel haben. Das ist leider ein Faktum dieser Homogenisierung und Ärzte warnen davor, weiterhin diese Milch zu homogenisieren. Ich bin also einer, der gerne und immer wieder die Milch vom Bauernhof holt, und ich bin auch der, der sagt, auch ein Eisenbahner, wenn er ein paar Eisenbahnerkühe hat – so nennt man Ziegen –, auch eine sehr wertvolle Milch liefern kann, die ich heute sogar höher einschätze als die Kuhmilch, weil sie Enzyme und Fermente hat und auch geschwulsthemmend ist. Und auch, man weiß ja, daß bei Lungenkrankheiten, bei Tbc und anderen Erkrankungen die Ziegenmilch ein Heilmittel war. Und daher ist der Ausdruck heute über Zellnig als Eisenbahner sicher nicht qualifiziert, weil die Eisenbahnerkuh, die Ziege, heute auch immer wieder und immer mehr in der Landwirtschaft Eingang findet und der Ziegenkäse eine besondere Spezialität ist, die Sie heute teuer kaufen müssen.

Grundsätzlich ist die Frage des Großmarktes sicher für die bäuerliche Bevölkerung ein ganz großes Problem, denn es ist halt leider so, daß der normalgeprägte Mensch, also nicht der natürlich, sondern normalgeprägte Mensch, schaut, wie schaut das aus, ist das ordentlich verpackt, ist das Fleisch schön weiß und stimmt der Preis. Das heißt, es gibt sehr wenig Menschen, ich würde sagen im Durchschnitt die Mehrheit, die preisbezogen kauft, und je billiger umso besser, und je größer der Handelsmarkt, desto besser muß es ja sein, weil da ist noch schön laue Musik, und unter dem Einfluß der Musik kauft man noch leichter. Es ist also alles von der Vermarktung her auch nicht bauernfreundlich, sondern eher heute schon EG-freundlich. Wenn dann jemand mit Wehmut feststellt, wir als Bauern haben nur mehr 8 Prozent der Wahlberechtigten und damit 8 Prozent im politischen Einfluß durch unsere Stimmen, dann sage ich Ihnen heute, daß mein letztes Wort gilt, und da möchte ich vor allem dem Herrn Grillitsch noch einmal das nachsagen, nach dem EG-Anschluß wird dieser politische Einfluß im Bereich von 4 Prozent liegen. Und es werden dann wesentlich mehr sagen, na gut, ich habe eher durch die Gewerkschaft einen Arbeitsplatz bekommen, dort und da und da, und der politische Einfluß, den ihr da herausstreicht, daß eh nur 8 Prozent sind, wird noch mehr

schwinden. Aber es geht nicht um politischen Einfluß, sondern es geht um ökologiepolitischen und umweltspezifischen. Und was machen wir dann, wenn eine Auswanderung dieser Alpenregionen stattfindet? Wer wird dann hier pflegende Maßnahmen setzen? Wir werden dann wieder mit Steuergeld Leute anstellen, die pflegend diese Almen bewirtschaften, und man weiß heute, daß durch die Viehwirtschaft die Lawinengefahr gemindert wird, weil, wenn das abgegrast wird, dann ist ein kurzer Rasen, das ist wie ein Teppich, der hält eine Lawine wesentlich leichter oder verhindert, daß dies ins Rutschen kommt, als ein liegendes glitschig nasses Gras. Also ist das auch in dieser Richtung interessant, auch die Almwirtschaft, die normale Almwirtschaft weiterzumachen. Es gibt heute sehr wenig Almer oder Sennerinnen. Wir als Berschen sind halt noch gerne auf die Alm gegangen und haben halt bei der Sennerin dort einen Steirerkas und ordentliche Nudeln gegessen. So war es. Und es war auch ein Erlebnis, weil eine Sennerin ist immer etwas Schönes. Man geht immer gerne hinauf, weil das ist immer ein gemütlicher Abend. (Abg. Kanduth: „Ja!“) Nicht so, wie du wieder denkst. Der Richard Kanduth, der kennt das noch. Wie war das schön auf der Grabneralm, auf der Alm hinten. Wie hat die Alm geheißen? Du wirst es sicher noch wissen. Dort war eine alte Sennerin, es war lustig bei ihr. Es muß ja nicht immer eine junge sein, so wie es bei den Alpenfilmen ist oder in den sogenannten Heimatfilmen. Nein, es ist schön oben auf der Alm, und es ist schön, wenn die Almen bewirtschaftet werden. Es ist schön, wenn hier diese bäuerliche Bewirtschaftung weitergeht. (Abg. Kanduth: „Es gibt eine Förderung für die Almwirtschaft!“) Ja, du hast vollkommen recht, jetzt kommen wir zu dem Punkt, Bewirtschaftung im Steilgebiet, daß es Förderungen gibt, daß es Zuschüsse gibt. Das ist genau das, was du anschnidest. Es gibt tatsächlich – und das habe ich in unserer Gemeinde auch ermöglicht, daß die Leute das bekommen haben – den Bergbauernzuschuß, Kategorie I, Kategorie II, Kategorie III. Ich muß sagen, das sind immerhin Zuschüsse, die nicht von der Hand zu weisen sind. Auch diese ganze Trockenmilchaktion, die es gegeben hat. Ich finde dies alles positiv. Aber überlegen Sie sich einmal, wie viele Leute. Das ist aber auch zonierte worden, unsere Gemeinde war gerade an der Grenze der Zonierung. Das war Weinitzen. Ich habe dort 15 Bauern hineingebracht, und ich war froh, weil sich die anderen mit der Steilheit nicht ausgekannt haben. Du weißt, wie das ist. Es war zuwenig Information. Der Bürgermeister war der erste der Kommission. Den hat das kaum interessiert. Wir haben das bewirkt. Nur unsere Gemeinde ist an der Grenze. Kollege Buchberger, höre mir zu, das ist für euch alle nicht uninteressant. Jetzt haben wir Regionen – in der Gemeinde Weinitzen ist die Straße genau die Grenze. Ich sage Ihnen, in anderen Gemeinden, in Kainbach und in Purgstall, hier sind die Leiten noch viel steiler, und die verstehen nicht, daß die diesseits in Weinitzen etwas bekommen und jenseits nichts bekommen. Ich glaube, daß man das generalisieren muß. Es geht hier nicht sosehr um das Wort Bergbauernzuschuß, sondern um die Steilheitsbewirtschaftungszulage. Kollege Zellnig, du kennst sie auch, die kleinen Betriebe in der Oststeiermark, diese Betriebe mit 10, 15 Hektar. Ich glaube, daß man auch hier das erweitern sollte, weil die dort auch mit den Steigeisen mähen und mit den

Steigeisen ihre Flächen bewirtschaften und gar keine andere Chance haben als Milchwirtschaft. Sie können nicht wieder in den Talflächen, wo reguliert worden ist, ihre Mais- und Sterzäcker machen. Das können die nicht. Das heißt, es gehört in dem Sinne gefördert, und das wäre für die Kammer einmal eine ganz gute Anregung, eine Steilheitszulage zu geben, weil in der West- und Oststeiermark gibt es auch Leute und Betriebe, die wirklich klein sind und an der Existenzgrundlage sind. Kollege Zellnig, Kollege Buchberger, vielleicht könnt ihr das einmal einbringen mit dem Pörtl, jetzt ist er nicht da, aber er hört mir sicher zu. Wenn nicht, dann werde ich es ihm später sagen, daß man hier etwas unternimmt, denn die Steilbewirtschaftung, und ich habe oft geholfen in der Obersteiermark bei der Almwirtschaft, ist tatsächlich körperlich eine anstrengende Arbeit, und es ist wirklich nicht einfach, im Jahr zweimal das zu mähen und am Schluß mit dem Seilzug das Heu hinaufzuziehen auf die Straße und dann mit dem Fuhrwerk wegzuführen. Viele haben zwar jetzt einen Traktor, aber auch mit dem Traktor ist es eine große Anstrengung. Wenn wir heute das betrachten, wenn es heißt, die Kammer hat Projekte unterstützt, die richtungweisend sind, durchaus – ich unterstreiche das voll. Das ist vom Landtag ausgegangen, das ist von der Kammer ausgegangen, das ist von einem Kopetz und wie die Leute alle heißen in der Kammer voll unterstützt worden.

Es ist tatsächlich eine richtungweisende Energiepolitik, weil ich mit der Biomasse, mit der von der Sonne erneuerbaren Energie, weil Holz ist nichts anderes als gespeicherte Sonnenenergie, tatsächlich energiepolitisch richtig liege. Und nicht dann von Fernwärme reden muß, sondern ohne weiteres ein kleines Bioheizblockkraftwerk auch mit Nahwärme machen kann. In Radegund machen sie eines für die Nahwärmeversorgung. Super, das sind Dinge, die tatsächlich gestützt und gefördert gehören und auch von der Dividende der STEWEAG gefördert gehören. Und daher, Karli, würde ich sagen, überlegt euch noch einmal dieses Projekt, zehn Biomassekraftwerke in günstiger Lage, wo das ganze Abfallholz verwendet wird, Rinden verwendet werden, wo unter Umständen Borkenkäferholz verwendet wird, das kein Tischler mehr nimmt, das blaustichig ist, das aber als Biomasseenergie absolut wertvoll ist, und in der Richtung. Auch Heu und Stroh und das ganze, was als Biomasse verwendbar ist, sollte man dort in Energie umsetzen. Das wäre etwas, was ich dich bitte, an die Herren Oskar Beer und so weiter weiterzugeben. Noch einmal, diese zehn Biomassekraftwerke, sie sind zwar – und da gebe ich dir vollkommen recht – in der Investition teurer, nur, sie sind in der Amortisation, wenn man die ganzen Probleme und auch die Probleme des landwirtschaftlichen Einkommens berücksichtigt, der Holzbauern berücksichtigt, einfach ökologisch und volkswirtschaftlich besser amortisierbar. Das ist meine Meinung. Dann sind alle, die von der Kammer damit arbeiten, vom Ing. Kopetz angefangen – (Abg. Dr. Maitz: „Der Wirkungsgrad von Biokraftwerken mit Strom und Wärme ist 15 Prozent und daher zur Zeit technisch nicht lösbar. Biowärme okay, aber beides geht nicht!“) Ich habe bei jeder elektrischen Energieerzeugung Abwärme, das ist ja klar. Die Generatoren, die erzeugen Abwärme, und warum soll diese Abwärme nicht als Nahwärme verwendet werden? Ich

bin gerne bereit, mit dir einmal mit Dozent Raggam, mit Ing. Kopetz von der Kammer und einmal mit dem Herrn Generaldirektor Beer über das Thema ernsthaft zu reden. Sicher auch mit dem Kollegen Buchberger, mit Pörtl, weil das ist ja Gewinn, das ist tagtäglich Holzzuwachs, das ist Biomassezuwachs. Und in der Richtung ist das für mich amortisierbar. Das Öl müssen wir uns kaufen, und es steht ganz klar, in 50 Jahren sind die Ölvorräte erschöpft. Wir müssen ja bitte in längeren Zeiträumen denken als in lächerlichen 50 Jahren. Und vor allem noch etwas, das Öl ist ja auch für die Menschheit in Zukunft noch wichtig, und es ist zu wertvoll, um es kurzzeitig zu verheizen.

Wir wollen uns hier nicht lustig machen über den Bauernstand. Du weißt, wo wir unsere Jugend verbracht haben. Wir haben sie großteils in den Ferien in einer Landwirtschaftsschule verbracht. Ich danke noch allen, die mir geholfen haben, hier ein landwirtschaftliches Denken mitzubekommen. Wir sind wirklich in der Richtung geprägt. Wir waren auf der Alm. Es war schön. Ich finde, daß die Landwirtschaft in dem Sinne auch für uns Städter ein Rückzugsgebiet ist für bedrohte Menschen, für bedrohte Städter, die heute durch den Alltagsstreß schon so verstreßt sind, daß man immer wieder glaubt, das ökologische Empfinden ist zwar verbal, aber nicht tatsächlich. In dem Sinne erwarte ich mir, daß wir Österreich gegenüber der EG zumachen, daß wir so wie die Schweizer zumachen. Auch die Schweizer haben Bedenken, vor allem die Bauern, vor der EG. Wir sollen unsere Bauern schützen vor einem Eingriff, den man EG nennt. Das ist nichts anderes als ein Wirtschaftsanschluß. Ich bin überhaupt gegen diese ganzen großen Macht- und Wirtschaftskonstellationen, weil dann alles zentralistisch läuft, alles zentralpolitisch gesteuert ist und irgend ein paar Leute in Brüssel feststellen, wie zum Beispiel bei uns der Milchpreis oder Fleischpreis ist. Wir wollen das nicht. Wir haben die herrliche Situation, in unserem schönen Land autark zu sein, eigenständig, selbständig, und das wollen wir halten. In dem Sinne bin ich dafür, daß wir die ökologischen Grenzen vom dynamischen Landbau her, von einer ökologischen, sozialen Marktwirtschaft schon so zumachen, daß man nicht mit jedem, mit allen Sachen mit einem Unterpriß bei uns die Landwirte an den Abgrund der Existenz bringt. Ich sehe sonst keine Möglichkeit, wenn eine Abwanderung ist. Wer wird dann die Bannwälder schützen, wer wird dann schauen, daß das alles in Ordnung ist? Wer wird dann schauen, daß keine Lawinen sind? Das machen heute die Forstwirte, die Leute, die den Wald pflegen. Daher sind wir für eine Energiepolitik mit erneuerbarer Energie ohne Treibhauseffekt, ohne Verschärfung, Hochwasser, Muren und Lawinen durch die ganzen Abgase. Und auch wenn Sie Filter machen, haben Sie noch immer Spuren drinnen, wenn es 10 Prozent sind, genügt das reichlich, daß dieser Prozeß nicht von heute auf morgen aufhört, und wir sind daher dafür, daß die Landwirte auch von der ökologischen Seite her eine Existenz- und Überlebensberechtigung haben. Und in dem Sinne kann ich den Herrn Kollegen Zellnig und die Kollegen Buchberger und Pörtl nur bitten, eure Interessen auf das heftigste zu vertreten, weil ich weiß, ihr liegt richtig. Schaut bitte schön, macht alles gegen diesen EG-Anschluß, der nur vom ÖVP-Wirtschaftsbund dominiert wird. Danke. (19.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (19.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Tag war schon sehr lange, und ich habe es mir gut überlegt, mich noch einmal zu Wort zu melden. Ich glaube aber, daß es zur Pflege unserer gemeinsamen demokratischen Institution sinnvoll ist. Zuerst aber ein kurzer Nachsatz zum Kollegen Dr. Korber. Ich habe hier eine Liste von 43 Projekten, die die Landeslandwirtschaftskammer und der Landesenergieverein gemeinsam im Sinne von Herstellungen von Wärme aus Biomasse, vor allem aus Holzschnitzel, machen. Es gibt eine ebenso große Liste, wo elektrischer Strom aus Hackschnitzel, aus Biomasse, erzeugt wird. Aber beides gemeinsam geht leider technisch noch nicht. Die Biokraftwerke, die Strom und Fernwärme abgeben können, gibt es leider noch nicht.

Zur Demokratiereform und zu den Belehrungen, die uns der Herr Abgeordnete Mag. Rader heute mehrmals in seinem durchaus sympathischen Timbre staatsmännisch versucht hat zu erteilen, möchte ich ihm nur sagen, wir haben auf seine Belehrungen nicht gewartet. Die erste Vorwahl in Österreich hat die steirische Volkspartei durchgeführt. Gemeinsam haben die Regierungsparteien in diesem Hause den ersten Landesrechnungshof als unabhängige Institution eingeführt. Die Kontrolle im Wohnbau war ein steirisches Unikum in Österreich. Das Volksrechtsgesetz hat die weitestgehenden Mitbestimmungsrechte in Österreich, das Kontrollinitiativgesetz haben wir gemeinsam beschlossen. Die heute besprochene Objektivierung für die Anstellung in den Landesdienst ist österreichweit beispielgebend. Der Herr Parteiobmann Haider hat sich das Modell kommen lassen und es kopiert. Die heute zu schaffenden Möglichkeiten einer ordentlichen Urabstimmung in den Landwirtschaftskammern und Landarbeiterkammern sind ein weiterer Schritt einer konsequenten Demokratiereform, die wir betreiben. Und nun zu meinem persönlichen Anliegen. Aus vielen Diskussionen in der letzten Woche mit Studenten und mit Lehrlingen will ich folgendes sagen. Der Herr Abgeordnete Mag. Rader und auch die sozialistische Fraktion haben in dieser Debatte um die Schaffung von Urabstimmungsmöglichkeiten in den Kammern eine Wortwahl, die mich sehr nachdenklich stimmt. Damit ich nicht mißverstanden werde, möchte ich vorweg sagen: Wir sind alle froh und glücklich und dankbar, daß wir in einem Land leben, in dem jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger seine Meinung in seiner Form völlig frei sagen kann und soll. Das ist ein selbstverständliches Grundrecht in der Demokratie. Aber im Sinne eines verantwortlichen Umganges mit diesen demokratischen Grundwerten sollten öffentliche Verantwortungsträger ihre Wortwahl sich doch etwas besser überlegen. Wenn ich mir Presseausendungen aus der letzten Woche anschau, „mit noch nie dagewesener Brutalität“, sagt Rader, „will die ÖVP in Rambo-Manier etwas durchboxen im Landtag“, dann fragen mich junge Leute: Was ist denn los? Ist eine Brutalisierung in diesem Lande im Gange, die ganz schrecklich sein wird? Dann kommt es zu einer ähnlichen Aussendung und zu einer ähnlichen Wortmeldung von SPÖ-Abgeordneten. Jetzt bitte ich Sie,

doch sehr gut zu überlegen, was wir den jüngeren Mitbürgern für ein Bild geben, „mit noch nie dagewesener Brutalität“. Wenn in der Zeit der NS-Diktatur Menschenrechte in Österreich mit Füßen getreten wurden, das war Brutalität. Wenn menschenverachtende Systeme in kommunistisch regierten Ländern in Europa noch vor wenigen Jahren Menschen liquidiert haben und verschwinden ließen, das war Brutalität. Wenn in Peking am Platz des Himmlischen Friedens Studenten ermordet wurden und später noch jüngere Menschen hingerichtet wurden, weil sie für die Freiheit demonstriert haben, das war Brutalität. Oder wenn ein Diktator Saddam Hussein einen kleinen Staat überfällt und in einem Raubzug Kuwait annektiert, das ist Brutalität. Aber in diesem Kontext mutet es wie eine arge Entgleisung an, wenn hohe Funktionäre zweier Parteien hier im Landtag im Zusammenhang mit der steirischen Politik, mit der Arbeit im Landtag von „noch nie dagewesener Brutalität“ sprechen. (Abg. Mag. Rader: „Vielleicht denkt ihr einmal darüber nach, was ihr falsch macht!“) Wenn wir mehr direktdemokratische Möglichkeiten für die Kammermitglieder, wie heute, einführen wollen und dabei konsequent sind und ein öffentliches Verfahren unter Einbeziehung der gesetzlichen Wahlbehörden für die Betroffenen selbst, für ihre Entscheidung, einrichten wollen, dann soll das brutal sein? Ich bitte, das einfach zum Nachdenken mitzunehmen. Wenn jüngere Leute auf diese Art von Auseinandersetzung in einem öffentlichen Parlament empfindlich reagieren, dann soll uns das nicht wundern. Die Brutalität, möchte ich Sie bitten, dorthin zu verbannen, wo sie hingehört. Brutalität gehört aber sicher nicht in unsere Arbeit hier im Landtag. (Beifall bei der ÖVP. – 19.20 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

Abg. Trampusch (19.20 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte nur eine kurze Bemerkung machen, weil der Kollege Dr. Maitz jetzt so pathetisch von angeblicher Brutalität in der Öffentlichkeit gesprochen hat. Wir haben dieses Wort nie verwendet. Nur, ich darf auf eines aufmerksam machen: Wenn man hier in einem Stil, in demokratischer Gesinnung und in Ablehnung vergangener Methoden, da gebe ich ihm vollkommen recht, zum Rednerpult geht, dann bitte darf ich mit Bescheidenheit anmerken, daß es auch keine politisch gute Kultur ist, wenn man vorher schon sagt, entweder stimmt es nicht oder es ist schade um die Zeit, wir haben die Mehrheit, dann gehen wir lieber Kaffeetrinken als verhandeln. Oder wenn man in der Öffentlichkeit hört, es wird ein Wahlrechtsmodell vorgelegt, und es wird vorher schon gesagt, wenn die anderen Parteien nicht mitstimmen, dann bestimmen wir das eben allein. Das bitte ist zwar nicht Brutalität, aber keine politisch gute Kultur. Und nur das erlauben wir uns bescheiden anzumerken, Herr Kollege, nicht mehr und nicht weniger. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 19.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile der Frau Abgeordneten Kammlander noch einmal das Wort.

Abg. Kammlander (19.21 Uhr): Meine zweite Wortmeldung betrifft nur mehr den Abänderungsantrag. In der Begründung heißt es, die Intention, direktdemokratische Elemente als Teil der Partizipation, der Beteiligung eben, in das Landwirtschaftskammergesetz einfließen zu lassen, ist grundsätzlich zu begrüßen, daß eine entsprechende Novellierung erst im Zusammenhang mit der Diskussion über die Pflichtmitgliedschaft vorgelegt wird, mag die Durchschnittlichkeit des Vorhabens etwas relativieren. Wenig sinnvoll erscheint die gemäß Paragraph 30 a, Absatz 3, vorgesehene Möglichkeit, den Befragungstag, betreffend grundsätzliche Fragen der Organisation, mit dem Tag der Wahl der Landeskammerräte und -rätinnen zu koppeln. Anhand der Pflichtmitgliedschaftsdiskussion müßte dieser Kritikpunkt besonders einleuchten. Beschließen die Mitglieder mehrheitlich, daß sie nicht länger dieser Organisation zwangsweise zugehören wollen, so wäre es widersprüchlich, ja sogar grotesk, wenn sie sich gleichzeitig an der Wahl der Kammerrätinnen und -räte beteiligen. Im übrigen sollte auch dieses Gesetz endlich geschlechtsneutral formuliert werden. Das heißt, männliche und weibliche Personenbezeichnungen müssen ausdrücklich in den Gesetzestext aufgenommen werden.

Der Hohe Landtag wolle beschließen.

Ich darf von der Verlesung der verschiedenen Paragraphen und Ziffern Abstand nehmen und diesen Abänderungsantrag, so wie ich ihn begründet habe, dem Präsidenten überreichen. Die Kollegen der Fraktion der SPÖ, die Kollegen Zellnig, Rainer, Herrmann, Günther Ofner, sind Mitunterzeichner. Ich glaube, damit kann ich auf die restliche Verlesung verzichten. Danke. (19.24 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile nun dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (19.24 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich muß zu zwei Punkten noch kurz ein abschließendes und klärendes Wort sagen. Ich möchte das aufgreifen, was der Herr Abgeordnete Dr. Maitz und auch der Herr Klubomann Trampusch am Schluß gesagt haben. Ich wäre auch dankbar, wenn man bei der Wortwahl auch sich seiner Verantwortung bewußt ist. Ich kann die künstliche Erregung und manche Entgleisungen in diesem Zusammenhang nur erklären mit der inzwischen ausgebrochenen Vorwahlstimmung oder mit dem Vorwahlkampf. Denn, meine Damen und Herren, worum geht es bei dieser Novelle des Landwirtschaftskammergesetzes und des Landarbeiterkammergesetzes? Die Verantwortlichen der Bauern haben von sich aus im Zusammenhang mit der Diskussion um die gesetzliche Berufsvertretung erklärt, daß sie die Kammermitglieder im Rahmen einer Befragung oder Urabstimmung aufrufen möchten und sie einladen zu sagen, ob sie die Kammer wollen oder nicht, ob sie die Pflichtmitgliedschaft bejahen oder nicht. Meine Damen und Herren, das ist der Kern dieser heutigen Novelle. Ich stehe nicht an zu sagen, ich unterstelle weder der SPÖ noch dem Kollegen Mag. Rader, daß sie versucht haben, diese Novelle zu verzögern. Ich unterstelle ihnen das nicht, auch wenn manchmal der Eindruck entstanden ist. Es geht darum, das ist immer

sehr klar gesagt worden, wenn wir diese Befragung und diese Urabstimmung von der Landwirtschaftskammerwahl oder mit ihr zusammen machen wollen, dann ist das terminlich heute der letztmögliche Termin. Ich frage Sie, was unsere Bauern sagen würden, wenn wir vielleicht ein Monat später beschlossen hätten, dann meinestwegen im März die Kammerwahlen durchgeführt hätten und 14 Tage später sie gefragt hätten, ob sie die Landwirtschaftskammer und die Pflichtmitgliedschaft wollen oder nicht. (Abg. Mag. Rader: „Es hätte früher einfallen können, dann hätte man es machen können!“) Das wäre ganz sicher als Frotzelei empfunden worden. Herr Mag. Rader, ich kann mir Ihre Reaktion eigentlich auch nur so erklären, daß Sie nervös geworden sind, weil der Präsident der Bauernkammer – ich sage, Gott sei Dank – gesagt hat, jawohl, ich möchte gerne wissen, ob Bauern eine Bauernkammer haben wollen oder nicht. Ich bin sehr froh darüber, daß er offensiv an dieses Thema herangeht und daß er vor allem auch in Zusammenhang mit der Kammerwahl diese Frage stellt. Ich bin sehr froh darüber. Ich glaube, Sie müßten sich eigentlich freuen über diese demokratiepolitisch wichtige Entscheidung. Und jetzt sage ich ein Zweites: Wir haben in diesen Verhandlungen auch überlegt, gewisse weitere Schritte in Richtung Reform mitzubeschließen, wobei der Antrag der SPÖ insoweit weitergehend war, als damit auch das aktive und passive Wahlrecht betroffen gewesen wäre. Aber es ist auch sehr klar dargestellt worden, daß dann die Durchführung der Kammerwahl zum gesetzlich vorgesehenen Termin nicht mehr möglich gewesen wäre. Ich erkläre hiemit auch im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer Erich Pörtl, daß wir selbstverständlich jederzeit bereit sind, die Novellierung des Kammergesetzes und die Reform der Kammer in Angriff zu nehmen. Das heißt, eine Stärkung der Mitgliederrechte, eine Stärkung der Kontrollinstanz, etwa in die Richtung hin, daß die Minderheitsfraktion auch den Vorsitzenden des Kontroll-Ausschusses beanspruchen kann, auch in die Richtung hin, daß Befragungen und Abstimmungen auch von den Kammermitgliedern eautriert werden können und daß wir damit jenen Schritt der Reform, der einfach notwendig ist, meine Damen und Herren, auch in einer gesetzlichen Berufsvertretung durchführen können. Aber bitte, ich sage auch eines sehr klar, eine solche Reform muß auch sehr gewissenhaft und seriös durchgeführt und kann sicherlich nicht innerhalb weniger Stunden verabschiedet werden. Dazu bekenne ich mich auch. Und wir werden sie sehr wohl einladen, möglichst bald mit uns über die weiteren Schritte dieser Kammerreform zu beraten, so daß wir dem Landtag dann eine umfassende Gesetzesnovelle vorlegen können, um umfassendes Kammergesetz, wo alle diese Dinge berücksichtigt sind.

Und ein Letztes noch, zum Kollegen Mag. Rader. Sie sind im Unrecht, wenn Sie sagen, es bestehe kein Zusammenhang zwischen der Pflichtmitgliedschaft – Sie sagen immer Zwangsmitgliedschaft, die Bauern empfinden es nicht als Zwangsmitgliedschaft – und der Interessensvertretung. Es besteht sehr wohl ein Zusammenhang zwischen einer gesetzlichen Interessensvertretung und der Pflichtmitgliedschaft. Sie haben auch diese vom Herrn Abgeordneten Vollmann heute zitierte Enquete mit den Präsidenten aller in der Steiermark vertretenen Kammern mitgemacht, wo

auch sehr klar herausgekommen ist, daß es eine gesetzliche Interessensvertretung nur gibt, wenn eine allgemeine, das heißt, wenn alle Mitglieder dieser Berufsgruppe in einer solchen Kammer vertreten sind. Aber es ist etwas anderes natürlich. Ich kann durchaus sagen, okay, ich will die Kammer nicht, oder ich will die Pflichtgemeinschaft nicht, und ich mache einen Verein, von mir aus einen Bauernverein oder auch eine Bauerngewerkschaft. Aber das ist dann bitte keine gesetzliche Berufsvertretung und ist keine Landwirtschaftskammer. Ich glaube daher, damit komme ich zum Schluß, daß wir mit dem heutigen Gesetz nichts anderes machen als die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Interessensvertretung der Bauern auf Grund dieses Gesetzes dann in ihren eigenen Entscheidungsbereichen, also in der Kammervollversammlung, beschließt, ob sie die Bauern im Hinblick auf Pflichtmitgliedschaft befragt oder nicht. Das ist eine Entscheidung, die die Kammer und nicht der Landtag zu treffen hat. Wir bekennen uns dazu, daß wir diesen Schritt in Richtung Reform heute setzen und damit der Bauernvertretung die Möglichkeit geben, diese Frage auch an ihre Mitglieder weiterzugeben, damit diese entscheiden, ob es eine Mitgliedschaft, eine Pflichtmitgliedschaft, ob es eine Bauernkammer auch in Zukunft gibt oder nicht. Und, abschließend ein Wort: Ich glaube, das ist kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke, wenn der Präsident hintritt und sagt, ich möchte wissen, wie die Bauern über uns und über die Kammer denken. Das ist ein Zeichen der Stärke. Und, meine Damen und Herren, noch etwas. Wir gehen sicher auch in Hinblick auf die künftige Entwicklung der Landwirtschaft schwierigen Zeiten entgegen. Das ist heute schon gesagt worden. GATT, EG. Und die Sorge der Bauern ist eine sehr große. Ich glaube, daß wir gerade in einer solche Phase alles dazu beitragen müssen, um jenes Instrument, das sich die Bauern selbst geschaffen haben, auch weiter zu stärken. Und wir stärken es am allermeisten, wenn sie sich selbst und freiwillig dazu bekennen. Und daher bitte ich Sie, dieser Vorlage heute auch die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP. – 19.32 Uhr.)

Präsident Meyer: Es hat sich noch der Herr Abgeordnete Zellnig zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig (19.32 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Ich will nicht verlängern, aber Herr Landesrat, ich muß etwas sagen. Ich habe es zumindest so gehört und auch so aufgefaßt. Wir, die SPÖ, haben keine Verzögerungstaktik angewendet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe ausdrücklich gesagt, ich unterstelle es euch nicht!“) Keine Verzögerungstaktik. Wir können sicherlich darüber diskutieren, daß es zeitlich vielleicht schwierig gewesen sein würde, die Verfassung wegen des passiven Wahlrechts zu ändern. Aber alles andere, was wir für eine reformierte Kammer eingebracht haben, könnte heute hier beschlossen werden. Da haben wir keine Termenschwierigkeiten. Der Minderheitsantrag ist beschlußfertig, er ist gesetzlich ausformuliert und kann heute beschlossen werden. Der März 1991 als Wahltermin kann gehalten werden, obwohl in der Landeskammer darüber noch nicht gesprochen wurde. Wir, die SPÖ, sind für die Kammer, aber wir sind für eine reformierte Kammer. Und daher glaube

ich, daß die Art der Befragung nicht zielführend ist, sondern ein anderes Ziel verfolgt, über das in dieser Sitzung nicht gesprochen wird. Daher werden wir gegen diesen Antrag stimmen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.33 Uhr.)

Präsident Meyer: Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner, betreffend Steiermärkisches Landwirtschaftskammergesetz.

Abänderungsanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der SPÖ, zweitens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner und drittens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1228/2, Beilage Nr. 114.

Ich komme jetzt zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der SPÖ ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1228/2, Beilage Nr. 114, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist sodann mit Mehrheit angenommen.

18. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 1229/2, Beilage Nr. 115, über den Antrag, Einl.-Zahl 1229/1, der Abgeordneten Pöfl, Bacher, Buchberger, Dr. Cortolezis, Prof. Dr. Eichtinger, Göber, Grillitsch, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Purr, Pufwald, Dr. Rupp, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Prof. DDr. Steiner und Ing. Stoisser, betreffend die Erlassung einer Novelle zum Steiermärkischen Landarbeiterkammergesetz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Grillitsch (19.38 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Mit dem genannten Antrag der Abgeordneten der ÖVP sollen die Voraussetzungen für die Durchführung einer Befragung der Kammerzugehörigkeit geschaffen werden. Über diesen Antrag haben bereits vor der Landwirtschaftsausschußsitzung Parteienverhandlungen

gen am 14. November stattgefunden. In der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses am Dienstag, dem 20. November, wurde dieser Initiativantrag samt den für die Durchführung der Befragung erforderlichen Ergänzungen mehrheitlich beschlossen. In derselben Sitzung haben die Abgeordneten Zellnig, Günther Ofner, Hammer, Sponer, Reicher und Ussar einen Minderheitsantrag zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Landarbeiterkammergesetz geändert wird, eingebracht, welcher aber nicht die erforderliche Mehrheit erlangt hat. Ich stelle daher namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft den Antrag, der Hohe Landtag wolle den Entwurf des Gesetzes, mit dem das Landarbeiterkammergesetz geändert wird, in der Fassung des heute aufliegenden Berichtes des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 1229/2, zum Beschluß erheben. (19.39 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (19.39 Uhr): Ich habe hier denselben Abänderungsantrag zum selben Bericht, wie vorhin beim Landwirtschaftskammergesetz, mit derselben Begründung und ähnlichen Formulierungen, nur adaptiert auf das Landarbeiterkammergesetz. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages. (19.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner, betreffend Steiermärkisches Landarbeiterkammergesetz.

Abänderungsanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der SPÖ. Zweitens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner und drittens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1229/2, Beilage Nr. 115.

Ich komme jetzt zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der SPÖ ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Kammlander, Zellnig, Rainer, Herrmann und Günther Ofner ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, dem dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1229/2, Beilage Nr. 115, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist sodann mit Mehrheit angenommen.

19. Antrag, Einl.-Zahl 1246/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Günther Prutsch, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986 auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 ist für einen Beschluß auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich sehe, daß die genügende Anzahl der Abgeordneten hier ist.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 25, betreffend erste Lesungen.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat der Präsident, wenn in einem selbständigen Antrag von Mitgliedern die Vornahme einer ersten Lesung verlangt wird, diese auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen zu setzen. Bei dieser ersten Lesung erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 3 findet bei der Begründung selbständiger Anträge eine Wechselrede nicht statt. Jedoch dürfen gemäß Paragraph 29 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Anträge darüber gestellt werden, ob der Antrag einem schon bestehenden oder einem erst zu wählenden Ausschuß oder der Landesregierung zugewiesen werden soll.

In den nun folgenden Anträgen haben die Antragsteller beantragt, nach Vornahme der ersten Lesung diese Anträge der Landesregierung zuzuweisen.

Ich komme nun zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 22, betreffend die Anträge auf erste Lesung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber.

20. Antrag, Einl.-Zahl 1202/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Untersagung des Chemielagers Neuber in Judendorf-Straßengel, nahe dem Wohngebiet, wegen des Auftretens von Emissionen und Verbot derartiger Belastungen im Industriegebiet 1 nahe der Siedlungsbereiche.

Erste Lesung.

21. Antrag, Einl.-Zahl 1203/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend den Aufenthalt eines Elternteiles während eines Spitalsaufenthaltes von Minderjährigen, eher Kleinkindern bis zum Schulalter, in steirischen Krankenhäusern;

Erste Lesung.

22. Antrag, Einl.-Zahl 1244/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die beispielgebende Förderung beziehungsweise Forcierung der Solarenergienutzung als Förderung erneuerbarer Energie durch das Land Steiermark von Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und Solarelektromobilen.

Erste Lesung.

Ich erteile zur Begründung der Anträge dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber das Wort.

Er ist nicht da. Damit hat er verzichtet.

Da keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Nun komme ich zu den Tagesordnungspunkten 23 bis 25, betreffend die Anträge auf erste Lesung der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander.

23. Antrag, Einl.-Zahl 1197/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die ehebaldigste Errichtung einer Schule für Ergotherapie im Land Steiermark.

Erste Lesung.

24. Antrag, Einl.-Zahl 1199/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Schaffung eines steiermarkweiten Verkehrsverbundes nach Züricher Muster sowie die Erlassung eines Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr.

Erste Lesung.

25. Antrag, Einl.-Zahl 1200/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Abwärmenutzung des STEWEAG-Kraftwerkes Werndorf 1 und die Befeuerung mit Erdgas;

Erste Lesung.

Die Frau Abgeordnete hat auf die Begründung verzichtet.

Da keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.45 Uhr.)